CARING COMMUNITIES FÜR MENSCHEN MIT UNTERSTÜTZUNGSBEDARF

EVALUATIONSSTUDIE DER NEUEN WOHNFORM DES WOHNVERBUNDES HALL UNTERE LEND DER LEBENS-HILFE TIROL

Innsbruck, 22.6.2018
Projektgruppe "Caring Communities"
Masterstudiengang "Soziale Arbeit, Sozialpolitik- & Management",
Department Soziale Arbeit

Adelheid Bachler, BA; Karin Guggenberger, BA; Julia Heuvelmann, BA; Sabine Kröll, BA; Magdalena Meindlhumer, BA; Lisa Moser, BA; Laura Schramm, BA; Svenja Schüürmann, BA; Anna-Lena Wessel, BA; Angelika Wittek, BA

Mitarbeit: Simon Prucker, Peer-Berater

Leitung:

Lorenz Kerer, MSc., FH-Prof. in Mag.a Dr.in Eva Fleischer, DSA

Im Auftrag der Lebenshilfe Tirol



Inhaltsverzeichnis

TABELLENVERZEICHNISVI						
A	BBILDUNGSVERZEICHNISVI					
1	EINLI	EITUNG	1			
	1.1	AUSGANGSSITUATION UND FRAGESTELLUNG	1			
	1.2	THEORETISCHE BEZÜGE	2			
	1.3	Vorgehensweise	2			
	1.4	Aufbau des Berichts	4			
2	KURZ	ZDARSTELLUNG DER ERGEBNISSE	5			
	2.1	FRAGESTELLUNG UND FORSCHUNGSMETHODIK	5			
	2.2	Perspektive BewohnerInnen	5			
	2.3	Perspektive MitarbeiterInnen	7			
	2.4	Perspektive Sozialraum	8			
	2.5	Empfehlungen	10			
3	WOH	INUMFELD UNTERE LEND	12			
	3.1	BESCHREIBUNG STADT HALL UND STADTTEIL UNTER LEND	12			
	3.2	Wohnverbund der Lebenshilfe in der Unteren Lend	12			
4	THEC	DRETISCHE ASPEKTE	16			
	4.1	MENSCHENRECHTLICHE ASPEKTE — BEHINDERTENRECHTSKONVENTION	16			
	4.1.1	Behindertenrechtskonvention	16			
	4.1.2	Behindertenrecht in Österreich	18			
	4.2	Inklusion	20			
	4.2.1	Was bedeutet Inklusion?	20			
	4.2.2	Umbruch in der Inklusionsdebatte für Menschen mit Unterstützungsbedarf	21			
	4.2.3	Inklusion bezogen auf das Projekt Caring Communities	22			
	4.3	De-Institutionalisierung	23			
	4.3.1	Warum De-Institutionalisierung?	24			
	4.3.2	Ist-Situation in Österreich	25			
	4.4	SOZIALRAUMANSATZ UND GEMEINWESENARBEIT	27			
	4.4.1	Sozialraumansatz	27			
	4.4.2	Gemeinwesenarbeit	29			
	4.5	SORGENDE KOMMUNEN (CARING COMMUNITIES) ALS NEUE AKTEURE	30			
	4.5.1	Definition	30			
	4.5.2	Grundaedanken und Ziele	31			

	4.5.3	Voraussetzungen	32
	4.5.4	Vorteile	32
	4.5.5	Kritik	33
	4.6	COMMUNITY CARE - ANSATZ	34
	4.6.1	Theoretische Ansätze als Basis des Community Care - Ansatzes	35
	4.6.2	Was braucht es, damit der Community Care - Ansatz funktioniert?	35
	4.7 I	NNOVATIVE WOHNFORMEN	36
	4.7.1	Strukturierung von Wohnformen und Unterstützungsleistungen	36
	4.7.2	Hürden in der Umsetzung von inklusiven Wohnformen	37
	4.7.3	Paradigmenwechsel – von (teil-)stationär zu Inklusion	38
	4.8	Nirkungsorientierung	39
	4.8.1	Einführung in die Wirkungsorientierung	39
	4.8.2	Definition von Wirkungsorientierung	40
	4.8.3	Wirkungsorientierter Steuerungskreislauf	41
	4.8.4	Herausforderungen und Grenzen der Wirkungsorientierung	46
5	FORSO	CHUNGSDESIGN	49
	5.1	JNTERSUCHUNGSLEITENDE FRAGESTELLUNGEN	49
	5.2	Mixed Methods	50
	5.3 I	Perspektive BewohnerInnen	51
	5.3.1	Beschreibung der beforschten Gruppe	51
	5.3.2	Begründung und Beschreibung der Methoden	52
	5.3.3	Forschungsprozess	63
	5.4 I	Perspektive MitarbeiterInnen	65
	5.4.1	Beschreibung der beforschten Gruppe	65
	5.4.2	Begründung und Beschreibung der Methoden	65
	5.4.3	Forschungsprozess	68
	5.5 I	Perspektive Sozialraum	69
	5.5.1	Beschreibung des beforschten Sozialraumes	70
	5.5.2	Begründung und Beschreibung der Methode	70
	5.5.3	Forschungsprozess	72
6	ERGE	BNISSE	75
	6.1	ERGEBNISSE PERSPEKTIVE BEWOHNERINNEN	75
	6.1.1	Ergebnisdarstellung	75
	6.1.2	Diskussion der Ergebnisse	76
	6.1.3	Theorie/Praxiszusammenhang	78
	6.2 I	ERGEBNISSE PERSPEKTIVE MITARBEITERINNEN	79
	6.2.1	Einzeldarstellung und Zusammenführung der Ergebnisse	80

	6.2.2	Diskussion der Ergebnisse	92
	6.2.3	Theorie/Praxiszusammenhang	95
	6.3 E	rgebnisse Perspektive Sozialraum	99
	6.3.1	Ergebnisdarstellung	99
	6.3.2	Diskussion der Ergebnisse	115
	6.3.3	Theorie/Praxiszusammenhang	121
7	EMPFE	HLUNGEN & AUSBLICK	124
8	LITERA	TURVERZEICHNIS	127
9	ANHAI	NG	133
	9.1 L	EITFÄDEN UND FRAGEBÖGEN	133
	9.1.1	Leitfaden Team BewohnerInnen, Piktogramme und Beobachtungsbogen	133
	_		
	9.1.2	Leitfäden Team MitarbeiterInnen	142
	9.1.2 9.1.3		

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Methodenübersicht, eigene Darstellung 51
Tab. 2: Qualitätskriterien nach Hauser (vgl. Hauser 2016, S. 80 - 96)
Abbildungsverzeichnis
Abb. 1: Projektablauf
Abb. 2: Wahrgenommene Personengruppen in absoluten Zahlen
Abb. 3: Soziale DienstleisterInnen in absoluten Zahlen
Abb. 4: Nachbarschaftliche Unterstützung in absoluten Zahlen
Abb. 5: Hall in Tirol - Untere Lend
Abb. 6: Prozess des Wandels von Exklusion zu Inklusion
Abb. 7: Die Wirkungstreppe
Abb. 8: Wirkungsorientierung im Steuerungskreislauf
Abb. 9: Alte Wohnform
Abb. 10: Neue Wohnform
Abb. 11: Partizipationspyramide
Abb. 12: Stationen partizipativer Forschung
Abb. 13: Qualitätskriterien Inklusiver Forschung
Abb. 14: Piktogramme
Abb. 15: Ausschnitt aus dem Beobachtungsbogen
Abb. 16: Aufteilung des Teams in der Unteren Lend und in der Mobilen Begleitung 83
Abb. 17: Altersgruppen in Prozent der Gesamtantworten
Abb. 18: Geschlecht in Prozent der Gesamtantworten
Abb. 19: Wohndauer in Jahren
Abb. 20: Häufigkeit des nachbarschaftlichen Kontaktes in Prozent der Gesamtantworten 102
Abb. 21: Art des nachbarschaftlichen Kontaktes in absoluten Zahlen
Abb. 22: Kombinationen der Art des nachbarschaftlichen Kontaktes in absoluten Zahlen 103
Abb. 23: Vergleich von Häufigkeit und Art des nachbarschaftlichen Kontaktes
Abb. 24: Zusammenhang von nachbarschaftlichen Kontakt und Wohndauer in der Anna-Dengel-
Straße
Abb. 25: Unterstützungsbedarf in Prozent der Gesamtantworten
Abb. 26: Vergleich von Häufigkeit des nachbarschaftlichen Kontaktes und der Wahrnehmung
nachbarschaftlicher Unterstützung

Abb. 27: Wahrgenommene Personengruppen in absoluten Zahlen	107
Abb. 28: Vergleich ob Menschen mit Unterstützungsbedarf an unterschiedlichen Wohno	rten
unterschiedlich wahrgenommen werden in absoluten Zahlen	108
Abb. 29: Vergleich von Kontakthäufigkeit und der Wahrnehmung von Menschen	mit
Unterstützungsbedarf	109
Abb. 30: Erlebte Zunahme von Personengruppen in absoluten Zahlen	109
Abb. 31: Erlebte Zunahme genannter Gruppen in absoluten Zahlen	110
Abb. 32: Eignung der Wohnanlage für verschiedene Personengruppen in absoluten Zahlen.	111
Abb. 33: Nachbarschaftliche Unterstützung in absoluten Zahlen	111
Abb. 34: Art der nachbarschaftlichen Unterstützung in absoluten Zahlen	112
Abb. 35: Zusammenhang nachbarschaftliche Unterstützung und Kontakthäufigkeit i	113
Abb. 36: Soziale DienstleisterInnen in absoluten Zahlen	113
Abb. 37: Zusammenhang Wahrnehmung Menschen mit Unterstützungsbedarf und	der
Lebenshilfe mit der Wohnnähe in absoluten Zahlen	114
Abb. 38: Anregungen bezüglich Sozialraum in absoluten Zahlen	115

1 Einleitung

In dieser Einleitung wird die Ausgangssituation des Forschungsprojektes beschrieben und auf welche theoretischen Aspekte Bezug genommen wurde. Zudem werden das Vorgehen der Forschung und der Aufbau des vorliegenden Forschungsberichtes geschildert.

1.1 Ausgangssituation und Fragestellung

Die Lebenshilfe Tirol hat am Standort Stadtgraben in Hall in Tirol, am Areal des Franziskanerordens, bis zum Jahr 2016 ein Wohnhaus für Menschen mit Unterstützungsbedarf betrieben. Die Räumlichkeiten waren ursprünglich für eine sozialtherapeutische Wohngemeinschaft konzipiert. Von einem langen Gang aus ging es in die Zimmer der BewohnerInnen, die alle neben einander lagen. In der Mitte der Etage lag das Zimmer der BetreuerInnen, welches wie ein Stationszimmer in einem Krankenhaus eingerichtet war. Eine gemeinsame Küche mit absperrbaren Kästen und ein gemeinsames kleines Wohnzimmer vervollständigten die Wohngemeinschaft. Es wurde für alle BewohnerInnen gekocht, gemeinsam gegessen und es gab Gruppenregeln, damit das Zusammenleben funktionierte. Immer wieder kam es zu Konflikten zwischen den BewohnerInnen, die durch die gemeinschaftliche Struktur ausgelöst wurden.

Im Jahr 2016 wurde dieses Wohnhaus für Menschen mit Unterstützungsbedarf aufgelöst und für die BewohnerInnen Drei-Zimmer Wohnungen in einer Wohnanlage in Hall angemietet. Die vier derzeit angemieteten Wohnungen werden von acht Personen bewohnt. Eine fünfte Wohnung wurde für die MitarbeiterInnen gemietet, in der sich das Büro und ein Schlafzimmer für diese befinden.

Die Lebenssituation der Menschen mit Unterstützungsbedarf hat sich verändert. Sie bewohnen nun eine eigene Wohnung und sind für ihren Haushalt selbst verantwortlich. Die Assistenz ist zwar 24h in unmittelbarer Umgebung erreichbar, befindet sich aber nicht mehr in denselben Räumlichkeiten, die von den BewohnerInnen bewohnt werden. Die neue Wohnform soll es Menschen mit Unterstützungsbedarf ermöglichen, mehr Selbständigkeit und Selbstbestimmung zu erlangen. Zudem soll mit dem Wohnkonzept Inklusion gefördert werden und die Menschen mit Unterstützungsbedarf in die Gemeinschaft mit einbezogen werden. Dabei wird auch der "Community Care Ansatz" (Schablon 2016b) mitgedacht, indem nachbarschaftliche Unterstützung zu einem wirkungsvollen Teil des Zusammenlebens wird.

Im ersten und zweiten Semester des Masterstudienganges "Soziale Arbeit, Sozialpolitik & -management" am Management Center Innsbruck ist die Durchführung einer Projektarbeit vorgesehen. Die Lebenshilfe Tirol etablierte ein Jahr zuvor das sozialräumliches Wohnkonzept für Menschen mit Unterstützungsbedarf und wünschte sich eine Evaluation dessen. Diese Evaluation wurde im Rahmen eines Lehr- und Lernforschungsprojekts durchgeführt, das in Kooperation zwischen der Lebenshilfe Tirol und dem Management Center Innsbruck unter der Leitung von Herrn Lorenz Kerer, Msc, Regionalleiter der Lebenshilfe Innsbruck Land Ost und Süd, und Frau FH-Prof. in Mag. Dr. in Eva Fleischer, Professorin am Management Center Innsbruck stattfand.

Die zentrale Forschungsfrage lautete: Wie hat sich das neue Wohnkonzept auf BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und den Sozialraum ausgewirkt?

1.2 Theoretische Bezüge

Das Forschungsthema basiert auf mehreren theoretischen Zugängen, welche im vorliegenden Forschungsbericht dargestellt werden. Sie dienen dazu, die Idee des Wohnkonzeptes zu verstehen und ein einheitliches Basiswissen über die Thematik zu erlangen. Dabei werden unter anderem "menschenrechtliche Aspekte mit Blick auf die Behindertenrechtskonvention" (siehe Kapitel 4.1) behandelt. Des Weiteren werden die Themen "Inklusion" (siehe Kapitel 4.2), "De-Institutionalisierung" (siehe Kapitel 4.3), "Sorgende Kommunen" - auch als "Caring Communities" bezeichnet – (siehe Kapitel 4.5)), "Innovative Wohnformen" (siehe Kapitel 4.7) und die "Wirkungsorientierung" (siehe Kapitel 4.8) behandelt.

1.3 Vorgehensweise

Wie bereits erwähnt wurde die Forschung im Rahmen der Lehrveranstaltung Projektarbeit: Caring Communities für Menschen mit Unterstützungsbedarf am Management Center Innsbruck, Studiengang Soziale Arbeit, durchgeführt. Das Projekt kann in vier Phasen gegliedert werden.

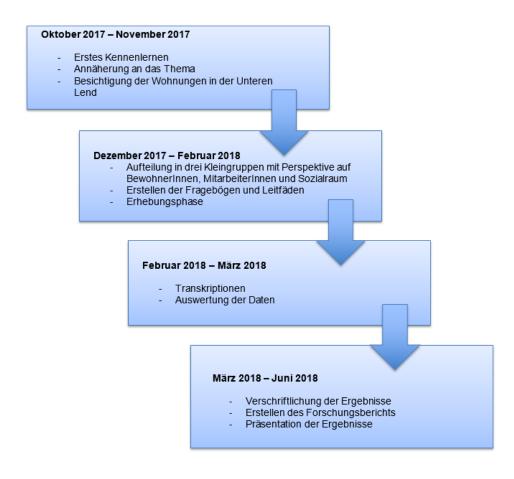


Abb. 1: Projektablauf; eigener Entwurf

Die erste Einheit der Lehrveranstaltung im Oktober 2017 kann als erstes Kennenlernen der teilnehmenden Forscherinnen¹ und der Projektleitung Lorenz Kerer und Eva Fleischer gesehen werden. Zudem näherten sich die Teilnehmerinnen dem Inhalt der Forschung und dem Wohnkonzept in Hall an. Im Laufe dieser ersten Phase wurden in den nächsten Einheiten der Sozialraum besichtigt, damit den Studierenden das Wohnkonzept deutlicher wurde. Die Zusammenarbeit mit zu Simon Prucker, der als Peer-Berater der Lebenshilfe beratend das Projekt unterstützte, wurde etabliert. Des Weiteren wurden die oben genannten theoretischen Bezüge von den Studentinnen präsentiert, damit die Gruppe mit einem einheitlichen Basiswissen in das Projekt starten konnte.

In einer zweiten Phase teilten sich die Studentinnen in drei Kleingruppen auf, die die Bereiche BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und Sozialraum evaluierten. Es wurde zunächst angedacht, die Angehörigen der BewohnerInnen zusätzlich zu befragen. Dieser Aspekt wurde jedoch aufgrund des zeitlichen Rahmens und der Größe des Projektes nur indirekt berücksichtigt. Der Themenbe-

¹ Adelheid Bachler, BA; Karin Guggenberger, BA; Julia Heuvelmann, BA; Sabine Kröll, BA; Magdalena Meindlhumer, BA; Lisa Moser, BA; Laura Schramm, BA; Svenja Schüürmann, BA; Anna-Lena Wessel, BA; Angelika Wittek, BA

reich wurde in der Gruppendiskussion der MitarbeiterInnen angesprochen. Direkt wurden die Angehörigen also nicht zum Wohnkonzept befragt, jedoch wurden sie mittels eines Informationsblattes über das Forschungsprojekt und den jeweiligen Prozessen zur Kenntnis gesetzt. In den Kleingruppen überlegten sich die Studierenden selbst, welche Forschungsdesigns sie anwenden wollten. Von Dezember 2017 bis Februar 2018 fand dann die Erhebungsphase statt. Im Februar und März 2018 fand die Auswertung der Daten statt. In der vierten und letzten Phase wurden die Ergebnisse verschriftlicht und die Präsentation im Juni geplant und durchgeführt.

1.4 Aufbau des Berichts

Der vorliegende Forschungsbericht beginnt mit einer Kurzdarstellung der Forschungsergebnisse. Diese beinhaltet sowohl die Forschungsfrage als auch die angewandten Forschungsmethoden der Kleingruppen für die beforschten Personengruppen BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und den Sozialraum. Das Kapitel schließt mit Empfehlungen für den Wohnverbund der Lebenshilfe in Hall als auch für eine Neuimplementierung dieser Wohnform an anderen Orten ab.

Im folgendem Kapitel wird das für das Wohnkonzept gewählte Umfeld, die sogenannte Untere Lend, beschrieben. Mit Bezügen aus Wissenschaft und Forschung, welche das theoretische Fundament des von der Lebenshilfe in Hall umgesetzten Wohnkonzeptes bilden, wird die Notwendigkeit einer innovativen und selbstbestimmten Wohnform für Menschen mit Unterstützungsbedarf dargelegt. Das angewandte und integrierte Konzept wird erklärt, als auch verschiedene Diskurse zum Thema dargestellt. Begonnen wird mit der Darlegung menschenrechtlicher Aspekte und des Behindertenrechts in Österreich. Weiter wird der Inklusionsbegriff erklärt und dessen Einfluss auf Menschen mit Unterstützungsbedarf und das beforschte Wohnkonzept erläutert. Die Beiträge zu De-Institutionalisierung und innovativen Wohnformen erläutern Gründe und Ansätze für selbstbestimmte Wohnkonzepte für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Der Caring Communities-Ansatz als sozialräumliche Verankerung inklusiven Wohnens wird in Bezug auf die Wohnform dargestellt. Abgeschlossen wird das Kapitel mit der Erläuterung des Konzeptes der Wirkungsorientierung.

Anschließend werden die Forschungsdesigns, die forschungsleitenden Fragestellungen und die Qualitätsstandards erklärt. Zudem wird auf zu beachtende Aspekte zum Thema partizipative und inklusive Forschung eingegangen. Es folgen die Darstellungen der jeweiligen Perspektiven aus den Forschungsgruppen zu BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und den Sozialraum. Die jeweils angewandten Methoden werden begründet und beschrieben, der Forschungsprozess erläutert und auch etwaige ethische Aspekte und das Thema Leichte Sprache beschrieben. Zudem fließen reflexive Erkenntnisse der Forschungsgruppen mit ein und die Wirkung des Wohnkonzeptes wird auf Basis der erhobenen als auch ausgewerteten Daten bestimmt. Weiter werden die Grenzen und Chancen aufgezeigt und Verbesserungsvorschläge formuliert.

Die Ergebnisdarstellung schließt mit einer Verschränkung aller Ergebnisse und einer resümierten Erläuterung von Empfehlungen. Eine Zusammenfassung des Berichts und Handlungsempfehlungen bilden dessen Ende.

2 Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im folgenden Kapital werden die Forschungsergebnisse der jeweiligen Kleingruppen bezüglich der BewohnerInnen, der MitarbeiterInnen und des Sozialraumes in Kurzform dargestellt.

2.1 Fragestellung und Forschungsmethodik

Die Ausgangsfragestellung der Forschung lautete:

"Wie hat sich das neue Wohnkonzept auf BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und den Sozialraum ausgewirkt?"

Ausgehend von dieser Fragestellung hat sich die Projektgruppe in die drei Teams "BewohnerInnen", "MitarbeiterInnen" und "Sozialraum" aufgeteilt. Die jeweilige Perspektiven wurden somit vertiefend von den Forscherinnen untersucht. Dazu wurden weitere untersuchungsleitende Fragestellungen entwickelt.

Für die Durchführung der Forschung wurde ein Methodenmix gewählt, da die Forschungsmethoden an die untersuchten Schwerpunkte angepasst wurden. Folgende Methoden wurden angewendet:

- Team BewohnerInnen: Beobachtungsbogen und halbstandardisiertes Interview
- Team MitarbeiterInnen: Problemzentriertes Interview und Gruppendiskussion
- Team Sozialraum: Standardisierter Fragebogen

Die Ergebnisse aller Teams werden folgend unter den jeweiligen Perspektiven vorgestellt.

2.2 Perspektive BewohnerInnen

Um die Forschung so inklusiv wie möglich zu gestalten, fand die Erstellung der Instrumente und die Durchführung der Erhebung mit Unterstützung von Simon Prucker, Peer-Berater bei der Lebenshilfe Tirol, statt. Ein in Leichter Sprache und mit unterstützenden Piktogrammen erstellter Fragebogen umfasste folgende Themen:

- Freizeit

- Neue Wohnung
- Kontakt zu BewohnerInnen
- Kontakt zur Nachbarschaft
- AssistentInnen

Die meisten BewohnerInnen sind in ihrer Freizeit sehr aktiv. Die Mehrheit der befragten Personen führt diese in Hall aus. Zwei Personen brauchen keine Unterstützung, um den Freizeitaktivitäten nachzugehen.

Hinsichtlich der Kategorie "Neue Wohnung" kann gesagt werden, dass die Neustrukturierung grundsätzlich als positiv zu bewerten ist. Besonders die eigene Küche und der vorhandene Platz für Individualität kann hervorgehoben werden. Hier wurden als Beispiele das Halten eines Meerschweinchens, ein Christbaum, eine Krippe und die eigenen Vorhänge genannt. Ferner kann die damit einhergehende Privatsphäre als ein weiterer positiver Aspekt gesehen werden. Allerdings wurde auch benannt, dass die größer gewordene Selbstständigkeit gleichzeitig mehr Verantwortung bedeutet, da man unter anderem eigenständig die Wohnung putzen muss.

Hinsichtlich der Thematik "Kontakt zu BewohnerInnen" kristallisierte sich heraus, dass eine der befragten Personen keinen Kontakt zu anderen Personen hat. Einmal wurde ein vereinzelter Kontakt und die Interaktion zu den MitbewohnerInnen benannt. Zwei der befragten Personen sahen die anderen BewohnerInnen als NachbarInnen und erzählten von Kontakten zu ihnen.

Hinsichtlich des Aspektes "Kontakt zur Nachbarschaft" ist deutlich hervorzuheben, dass die meisten keinen Kontakt zu den NachbarInnen haben und auch nur wenige kennen würden. Es wurde von einem Kontakt gesprochen, wobei es mit diesem Nachbarn Streit gibt. Es war deutlich der Wunsch nach mehr Kontakt zu entnehmen.

Hinsichtlich der Fragen bezüglich der AssistentInnen wurde bei der Frage, ob sich die BewohnerInnen was von diesen wünschen würde, von zwei Personen gesagt, dass sie sehr zufrieden sind. Allerdings wünschen sich die anderen Personen größere Unterstützung, wobei die Art der Unterstützung nicht explizit benannt wurde. Es wurde aber deutlich, dass die BewohnerInnen sich mehr Begleitung beim Wohnen und in ihrer Freizeit wünschen. Vier BewohnerInnen wünschen sich in irgendeiner Form mehr Betreuung/Unterstützung.

2.3 Perspektive MitarbeiterInnen

In der folgenden Kurzdarstellung der Ergebnisse aus der Sicht der MitarbeiterInnen werden die wichtigsten Aussagen aus dem geführten Einzelinterview mit der Leitung des Wohnverbundes Hall, Eva Wopfner, und den beiden Gruppendiskussionen mit den langjährigen und "neuen" MitarbeiterInnen angeführt. Die Einzeldarstellung des Interviews sowie die der Gruppendiskussionen und die Ergebniszusammenführung werden in 6.2.1.2 genauer dargestellt.

Die neue Wohnform hat sich auf den Arbeitsalltag und die Aufgaben insofern ausgewirkt, dass sich neue Herausforderungen ergeben und die Ausführung der Tätigkeiten im Vergleich zu früher anders ist. Die Aufgaben selbst sind jedoch dieselben geblieben. Die Dienstzeiten sind gestaffelt und es ist meist zu wenig Personal anwesend, um auch der Aufgabe der Freizeitbegleitung ohne Einschränkungen nachzukommen, auch wenn sich die MitarbeiterInnen nicht mehr als "Bespaßer" sehen. Dies liegt vor allem daran, dass der Wohnverbund Untere Lend mit der Mobilen Begleitung verbunden ist. Das Team ist mit seinen zwölf MitarbeiterInnen zwar sehr groß, doch auf Grund der internen Struktur und den unterschiedlichen Wochenstunden ist das Team zerrissen. Die Zeit- und Personalressourcen reichen nicht aus, um die BewohnerInnen bei der Verwirklichung ihrer individuellen Freizeitwünsche ausreichend zu betreuen bzw. zu begleiten. Dennoch empfinden die MitarbeiterInnen, dass sie die BewohnerInnen besser kennengelernt haben und sie deshalb auch in ihren individuellen Bedürfnissen besser betreuen können.

Als herausfordernd gilt wegen der Menge der beteiligten Personen auch die Kommunikation im Team. Der direkte Austausch untereinander erweist sich als schwierig. Zudem liegt die Beschaffung der Informationen, welche sich als nicht immer einfach erweist, in der Eigenverantwortung. Teamsitzungen werden deshalb als sehr wichtig betrachtet.

Nach der Ansicht der MitarbeiterInnen profitieren die BewohnerInnen am meisten vom neuen Wohnkonzept. Sie sind selbstsicherer, selbstständiger und erwachsener geworden. Zudem haben sie durch die neue Wohnform mehr Selbstbestimmung erhalten. Dies zu akzeptieren, erwies sich als herausfordernd für die MitarbeiterInnen. Des Weiteren haben die BewohnerInnen mit dem Wohnkonzept vermehrt die Chance sich zurückzuziehen. Die neu gewonnene Privatsphäre gilt als sehr wichtig und sollte von allen MitarbeiterInnen, sowie auch von den Angehörigen respektiert und geachtet werden.

Dem Thema "Caring Communities" stehen die Leitung und die MitarbeiterInnen noch skeptisch gegenüber. Sie sehen sich noch weit davon entfernt und zunächst sollte die Konzentration auf dem Wohnen selbst liegen. Der Kontakt zu den NachbarInnen gestaltet sich oberflächlich und ist durch Anonymität gekennzeichnet.

Zu beachten gilt, dass das Wohnkonzept (Zweier-WGs) nicht für alle Menschen mit Unterstützungsbedarf sowie auch nicht für alle AssistentInnen geeignet ist. Nicht alle bringen die benötigten Ressourcen oder Persönlichkeiten mit.

Es ist zudem wichtig, die Wünsche der Menschen mit Unterstützungsbedarf wahrzunehmen. Dies gilt für die MitbewohnerInnenwahl sowie für die Anzahl der MitbewohnerInnen. Die MitarbeiterInnen haben die Möglichkeit, ihre eigenen Kompetenzen zu entfalten. Laut der Leitung spielen Selbstständigkeit und Flexibilität im Wohnkonzept eine wesentliche Rolle.

2.4 Perspektive Sozialraum

Mithilfe eines Fragebogens wurden die BewohnerInnen der Anna-Dengel-Straße wurde die Wirkung des Wohnverbundes Hall auf den Sozialraum indirekt erforscht, indem auf einer allgemeinen Ebene erhoben wurde, wie sich nachbarschaftliche Unterstützung gestaltet, welche Personengruppen und DienstleisterInnen wahrgenommen werden. Damit sollte sichtbar werden, das Caring-Communities-Konzept Einzug in die Anna-Dengel-Straße gefunden hat.

Die Daten in den dargestellten Ergebnissen beziehen sich auf 184 vollständig ausgefüllten und retournierten Fragebögen. Die Gesamtanzahl der Antworten auf einzelne Fragestellungen variieren, da manche Personen nicht auf alle Fragen antworteten und auch Mehrfachnennungen getroffen wurden.

Zudem ist zu beachten, dass in diesem Kapitel der Begriff "Menschen mit Unterstützungsbedarf" die verwendeten Termini "Menschen mit Behinderung" und "RollstuhlfahrerInnen" zusammenfasst.

Studierende: 8 RollstuhlfahrerInnen: 20 Alleinerziehende: 20 Alleinstehende: 24 PensionistInnen: 36 Menschen mit Behinderung: 47 MigrantInnen: 60 Jugendliche: 62 Familien: 122 20 40 60 80 100 120 140

Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung und RollstuhlfahrerInnen

Abb. 2: Wahrgenommene Personengruppen in absoluten Zahlen

Auf die Frage hin welche Personengruppen die Befragten in der Anna-Dengel-Straße besonders wahrnehmen, antworteten 179 Personen. Die dargestellte Grafik zeigt, dass Menschen mit Behinderung mit 47 Nennungen die am vierthäufigsten genannte Personengruppe sind. RollstuhlfahrerInnen wurden von 20 Personen angegeben und stellen die am achthäufigsten genannte Personengruppe dar.

Die erhobenen Nennungen von Personengruppen wurden in Relation zur Wohnnähe zu von der Lebenshilfe Tirol für das Wohnkonzept angemieteten Wohnungen gesetzt. Daraus ergab sich, dass Menschen mit Behinderung ca. von 39% der Personen, die auf die oben genannte Frage antworteten und im selben Wohnhaus wie Menschen mit Behinderung leben, wahrgenommen wurden. Der Anteil der Nennungen von RollstuhlfahrerInnen liegt im gleichen Wohnhaus Wohnenden bei ca. 22%. Insgesamt antworteten neun Personen, die auf der gleichen Etage wie Menschen mit Behinderung oder RollstuhlfahrerInnen wohnen, auf selbige Frage. Menschen mit Behinderung stellen hierbei ein Drittel und RollstuhlfahrerInnen ca. 22% der Antworten dar. Hinsichtlich der Antworten von Personen, die in einem anderen Wohnhaus wie Angehörige der der beiden Fokusgruppen wohnen, gestaltet sich die Verteilung wie folgt:

- Menschen mit Behinderung: ca. 24%

- RollstuhlfahrerInnen: ca. 9%

Allgemein nehmen in der Anna-Dengel-Straße wohnende Personen Menschen mit Unterstützungsbedarf, im Vergleich zu anderen Personengruppen, am dritthäufigsten wahr.

Wahrnehmung sozialer DienstleisterInnen

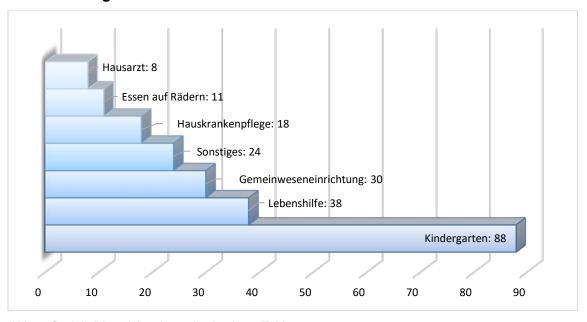


Abb. 3: Soziale DienstleisterInnen in absoluten Zahlen

139 Personen antworteten auf die Frage "Welche sozialen DienstleisterInnen nehmen Sie in der Unteren Lend wahr?". Hierbei wurde die Lebenshilfe am zweithäufigsten genannt, noch vor der Gemeinweseneinrichtung.

Nein : 40 Ich weiss es nicht: 61 Ja: 73 0 10 20 30 40 50 60 70 80

Caring-Communities-Ansatz und nachbarschaftliche Unterstützung

Abb. 4: Nachbarschaftliche Unterstützung in absoluten Zahlen

Die BewohnerInnen der Anna-Dengel-Straße wurden auch zur nachbarschaftlichen Unterstützung befragt. Wie sich aus der Grafik ablesen lässt, antworteten 73 Personen mit "Ja", 40 Personen verneinten irgendeine Form von Unterstützung und 61 Personen mit "Ich weiss es nicht" auf die Frage, ob es nachbarschaftliche Unterstützung in der Anna-Dengel-Straße gibt. Es ließ sich kein Zusammenhang zwischen Wohndauer und des Empfindens vom Vorhandensein nachbarschaftlicher Unterstützung mit der angegebenen Kontakthäufigkeit zu ihren Nachbarn.

Resümierend kann gesagt werden, dass 40% das Vorhandensein nachbarschaftliche Unterstützung bejahen und ein Drittel gibt an, nicht zu wissen, ob es nachbarschaftliche Unterstützung gibt.

2.5 Empfehlungen

Auf Basis der Forschungsergebnisse wurden Empfehlungen hinsichtlich der Gestaltung und Umsetzung des Caring-Communities-Konzeptes auf MitarbeiterInnenebene, auf KlientInnenebene und auf Sozialraumebene abgeleitet. Diese Empfehlungen können einerseits als Hilfestellung für die Implementierung eines weiteren Community-Care-Projektes herangezogen werden. Andererseits können sie als Anknüpfungspunkt für die Weiterentwicklung des Projektes in der Anna-Dengel-Straße fungieren. Folgend werden die Empfehlungen in einer Kurzdarstellung abgebildet:

Unterstützungsbedarf individuell abstimmen

Durch die Befragung der BewohnerInnen lässt sich die Empfehlung ableiten, dass der Unterstützungsbedarf individuell abzustimmen ist. Hier wird der Aspekt der Selbstbestimmung angesprochen. Dieser Punkt muss bedacht werden, da jeder Mensch über verschiedene Bedürfnisse verfügt, wobei eines die Selbstbestimmung darstellt. Um diesen Aspekt weiter zu wahren, sollte auch die Betreuung individuell auf die BewohnerInnen ausgerichtet sein soll.

Wird eine Weiterentwicklung dieses Projektes oder eine Neuimplementierung angestrebt, muss primär darauf geachtet werden, dass die individuellen Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigt werden und Menschen mit Unterstützungsbedarf in den Entscheidungsprozess involviert werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass der Unterstützungsbedarf bestmöglich individuell abgestimmt werden kann und die BewohnerInnen die Hilfe bekommen, die sie auch wirklich brauchen beziehungsweise wollen.

Kleineres Team mit höherem Beschäftigungsausmaß

Eine weitere Empfehlung bezieht sich auf die Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse. Ein kleineres Team mit höherem Beschäftigungsausmaß wird als notwendig angesehen, damit die MitarbeiterInnen besser ihre Schwerpunkte setzen können. Auch der von den KlientInnen geäußerte Wunsch, eine/einen persönlichen BetreuerIn zu haben, kann dadurch besser realisiert werden.

Caring Communities Konzept und Sozialraum

Die Forschungsergebnisse zeigen ganz deutlich, dass die BewohnerInnen der Unteren Lend der gegenseitigen nachbarschaftlichen Unterstützung keine große Rolle zuschreiben. Eine weitere Empfehlung beläuft sich demnach auf die vermehrte Miteinbeziehung des Sozialraums. Der Kontrast zwischen dem, dass die Personen die Menschen mit Unterstützungsbedarf wahrnehmen, es jedoch fast keine nachbarschaftliche Unterstützung gibt, macht deutlich, dass der Community-Care-Ansatz (noch) nicht umgesetzt wurde.

Es kann helfen, Zuständigkeiten innerhalb des Sozialraums abzuklären, um die Möglichkeit zur aktiven Gestaltung zu verbessern. Die Basis hierfür kann die Schaffung einer Stelle für sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit schaffen. Dies kann einerseits zu Arbeitsentlastung auf MitarbeiterInnenseite und andererseits zu mehr Inklusion innerhalb des Sozialraums führen.

Ergänzend ist festzuhalten, dass auch die Ausstattung mit Infrastruktur einen wesentlichen Einfluss auf die Umsetzung selbstbestimmten Lebens für alle, die in der Unteren Lend wohnen, hat. So könnten ein Lebensmittelgeschäft oder eine bessere Verkehrsanbindung für die BewohnerInnen des Wohnverbundes sowie für die gesamte Nachbarschaft den Alltag erleichtern bzw. die Angewiesenheit auf Unterstützung vermindern.

3 Wohnumfeld Untere Lend

Im folgenden Kapitel werden der Stadtteil Untere Lend und der Wohnverbund Untere Lend der Lebenshilfe Tirol näher beschrieben.

3.1 Beschreibung Stadt Hall und Stadtteil Unter Lend

Hall in Tirol liegt nahe der Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck. Um die 13.800 Menschen (Stand 2017) wohnen in Hall (vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2017).

Der Name der Stadt geht auf das Wort "hal" zurück, welches für Salzquelle oder Salzwerk steht. Seit dem 13. Jahrhundert wurde Salz im Halltal abgebaut und exportiert, weshalb die Stadt zum wichtigsten Wirtschaftsstandort Nordtirols wurde. Die Saline musste jedoch 1967 eingestellt werden. Seit 2004 hat Hall durch die Private Universität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik und Technik (UMIT) zur StudentInnenstadt entwickelt (vgl. ebd. 2017).

Das Wohnprojekt der Lebenshilfe Tirol befindet sich in der Anna-Dengel-Straße im Stadtteil Untere Lend. Nach eigenen Zählungen des Projektteams belaufen sich die Haushalte auf ca. 330. Im Forschungsschwerpunkt "Sozialraum" 5.5.1 wird auf diese Bezug genommen.

In der folgenden Grafik wird die Stadt Hall abgebildet. Die Anna-Dengel-Straße im Stadtteil Untere Lend wurde, zur besseren Ortsbestimmung, rot markiert.

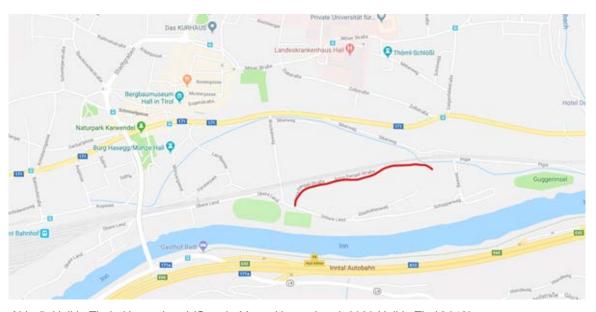


Abb. 5: Hall in Tirol - Untere Lend (Google-Maps, Untere Lend, 6060 Hall in Tirol 2018)

3.2 Wohnverbund der Lebenshilfe in der Unteren Lend

Der Wohnverbund Hall der Lebenshilfe Tirol, der sich in der Unteren Lend (Anna-Dengel-Straße 10, 6060 Hall in Tirol) befindet, begann im Jahr 2016 mit seiner Assistenztätigkeit von Menschen

mit Unterstützungsbedarf. Er bietet Menschen mit Unterstützungsbedarf ein individuelles Wohnen in eigenen Wohnungen und Räumlichkeiten und die Möglichkeit von Begleitung und Assistenz, wo diese benötigt wird. Es werden sowohl die Leistung 3 (Mobile Begleitung) als auch die Leistung 30 (Wohnen exkl. Tagesstruktur) des Leistungskataloges der Tiroler Behindertenhilfe von einem Standort aus angeboten (vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2015, S. 73f. und S. 211f.).

Die Leistung Mobile Begleitung "hat die Aufgabe, für erwachsene Menschen und Jugendliche mit Behinderungen, die für ein selbständiges Wohnen und für die Gestaltung ihres Lebens Anleitung, Unterstützung und Motivation benötigen, individuelle Dienste bereit zu stellen." (Amt der Tiroler Landesregierung 2015, S. 73f.). Der Leistungsumfang ist mit 75 Stunden pro Monat beschränkt. Einen Nachtdienst oder eine Nachtbereitschaft gibt es nicht. Ziel der Leistung ist neben Inklusion und einem selbstbestimmten und selbstständigen Leben in einer selbst gewählten Wohnform auch die Vermeidung der Inanspruchnahme einer stationären Wohnform. Die Begleitung kann innerhalb und außerhalb der Wohnung der KlientInnen stattfinden. Die Wohnung wird von der KlientIn selbst angemietet. Im Wohnverbund Hall Untere Lend werden aktuell fünf Menschen mit Unterstützungsbedarf in einem Ausmaß zwischen acht und zwölf Stunden je Woche begleitet. Die Begleitungen richten sich nach dem aktuellen Bedarf. Für diese Tätigkeiten stehen im Wohnverbund Hall Untere Lend 55 Wochenstunden Assistenz zur Verfügung.

Die Leistung 30 "Wohnen exkl. Tagesstruktur" des Leistungskataloges der Tiroler Behindertenhilfe "bietet Menschen mit Unterstützungsbedarf, die auf eine permanente Begleitung und Hilfestellung durch professionelles Fachpersonal angewiesen sind, eine bedarfs- und bedürfnisorientierte Form der Begleitung und Unterstützung in allen Bereichen der privaten Lebensgestaltung an" (vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2015, S.211f.). Im Gegensatz zur Mobilen Begleitung bietet diese Leistung eine Assistenz rund um die Uhr und wird tageweise und nicht stundenweise abgerechnet. Die Begleitungen finden innerhalb und außerhalb der Wohnräume statt, die durch die Trägerorganisation angemietet bzw. zur Verfügung gestellt werden. Laut spezifischem Qualitätsstandard dieser Leistung sollte diese Leistung in Wohnanlagen angeboten werden und die Größe der Wohngruppen sollten 5 Plätze je Gruppe nicht überschreiten. Die Ziele dieser Leistung werden unter anderem mit "Inklusion; selbstständiger Lebensführung; persönliches Wohlbefinden und sich-zu-Hause-fühlen; Teilhabe bei Aktivitäten und Tätigkeiten nach persönlichen Möglichkeiten" (vgl. ebd., S. 211f.) beschrieben. Im Wohnverbund Hall werden aktuell acht KlientInnen im Rahmen dieser Leistung mit 224 Wochenstunden Assistenz begleitet. Die MitarbeiterInnen des Teams des Wohnverbund Halls leisten somit Assistenzstunden sowohl in der Mobilen Begleitung, als auch in den Wohnungen der Leistung 30, Wohnen exkl. Tagesstruktur in der Anna-Dengel-Straße.

Der Fokus und das Forschungsinteresse dieses Projektes liegen auf den Veränderungen und Auswirkungen der neuen Wohnstruktur des stationären Wohnens (= Leistung 30), weshalb sich die folgenden Informationen primär darauf beziehen.

Die Wohnungen befinden sich mitten im sozialen Wohnbau in einem jungen Stadtteil von Hall in der Unteren Lend. Die Assistenzwohnung ist sowohl Treffpunkt für die BewohnerInnen, Rückzugsraum für Assistenz als auch Platz der Begegnung für Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf. Die Wohnungen der KlientInnen liegen in unterschiedlicher Distanz zu dieser Wohnung. Insgesamt gibt es vier Wohnungen für je zwei KlientInnen. Die Wohnungen sind als "anpassbarer Wohnraum" ausgeführt, somit sind diese jederzeit und ohne großen baulichen Aufwand barrierefrei umzugestalten und den Bedürfnissen der BewohnerInnen anzupassen. Alle Wohnungen sind mit einem elektronischen Rufsystem ausgestattet, sodass sich jede/r BewohnerIn im Notfall über Betätigung eines Tasters bei der Assistenz melden kann. Zurzeit wohnen sieben Männer und eine Frau im Wohnverbund.

Entsprechend den allgemeinen Menschenrechten und im Speziellen der UN-Behindertenrechtskonvention hat jede/r Mensch das Recht, das eigene Wohnen selbstbestimmt zu gestalten (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2011, S. 59). Daher ist das deklarierte Ziel des Wohnverbundes Hall die Unterstützung von Menschen mit Unterstützungsbedarf bei der Entscheidungsfindung, wie sie wohnen, wo sie wohnen, mit wem sie wohnen. Ausgehend von den persönlichen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Verwirklichungschancen der begleiteten Menschen stellt die Lebenshilfe Tirol folgende Angebote:

- Alle begleiteten Menschen erhalten durch umfangreiche Information, Beratung und Unterstützung die Möglichkeit, ihren eigenen Wohnbedarf zu erkennen.
- Menschen mit Behinderungen werden unterstützt, ihr eigenes Zuhause zu schaffen.
- Jede/r kann aus vielfältigen Wohnangeboten wählen. Dadurch wird individuelles Wohnen möglich.
- Die BewohnerInnen bestimmen die Begleitung durch ihren individuellen Wohnbedarf.
- Die BewohnerInnen vereinbaren individuell ihre Wohnbegleitung und die Grenzen der Begleitung.
- Der im persönlichen Umfeld vorhandene Sozialraum wird sichtbar und die Möglichkeiten der Nutzung werden erkennbar.
- Die Begleitung ist geprägt durch die Sicherstellung von Privatsphäre, Rückzugsraum und Intimität (Lebenshilfe Tirol 2017, S. 4)

Dies bedeutet, dass es vielfältige und individuelle Unterstützungsangebote braucht, die sich am persönlichen Wohnanspruch von Menschen mit Unterstützungsbedarf und den Möglichkeiten im jeweiligen Sozialraum orientieren.

Wohnen ist mehr, als sich in einem Raum aufzuhalten. Es bedeutet, dass man sich im Mittelpunkt seiner eigenen Lebensbezüge befindet. Ein Zuhause ist ein existentiell sicherer Ort, an dem man

sich nicht rechtfertigen muss. Ein Ort, an dem man sich mit seinen eigenen relevanten Lebensthemen entlang des persönlichen Lebensbogens auseinandersetzen kann. Das Zuhause ist ein Ort über den man Kontrolle hat, den man sich aneignen und gestalten kann (vgl. ebd., S. 3).

Bei der Umsetzung der Angebote stehen Menschen mit Unterstützungsbedarf MitarbeiterInnen der Lebenshilfe Tirol gem. GmbH als UnterstützerInnen zur Verfügung. Die Begleitung versteht sich als individuelle Begleitung für Menschen mit Unterstützungsbedarf, unabhängig vom Grad der Beeinträchtigung. Ziel ist, Menschen mit Unterstützungsbedarf eine möglichst selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Dies meint betreffend das Assistenzausmaß "so viel wie nötig, jedoch so wenig wie möglich" (vgl. ebd., S. 6f). Für die jeweiligen MitarbeiterInnen bedeutet dies, Unterstützung nur dort anzubieten, wo diese benötigt wird. Das Team des Wohnverbundes Hall besteht zum Zeitpunkt der Forschung aus einer Leitung und 12 MitarbeiterInnen. Unterstützt werden diese durch eine Person, die das Freiwillige Sozial Jahr (FSJ) macht.

4 Theoretische Aspekte

Dieses Kapitel beinhaltet die theoretischen und rechtlichen Aspekte, die die Basis für die Beantwortung der Forschungsfrage bilden. Zu Beginn wird auf die Menschenrechte, auf die UN-Behindertenrechtskonvention sowie auf die rechtliche Situation von Menschen mit Unterstützungsbedarf in Österreich eingegangen. Anschließend werden die Begriffe der Inklusion und der De-Institutionalisierung definiert, die im Zuge dieses Projektes große Relevanz haben. Die folgenden Ausführungen nehmen das "Caring Communities" Konzept in den Fokus und gehen auf den Sozialraumansatz und auf die Sorgenden Kommunen ein. Des Weiteren werden innovative Wohnformen vorgestellt, um so einen allumfassenden Überblick über das Konzept zu bekommen. Da dieses Forschungsprojekt und die untersuchte Forschungsfrage auf die Untersuchung der Wirkung abzielt, wird abschließend der Begriff der Wirkungsorientierung näher erklärt.

4.1 Menschenrechtliche Aspekte – Behindertenrechtskonvention

Europa-, Bundes- und Länderrechte tangieren, wie auch die Menschenrechte, die tägliche Arbeit von SozialarbeiterInnen und anderen Professionen in der Arbeit mit Menschen mit Unterstützungsbedarf. Im Folgenden werden deshalb kurz die rechtlichen Grundlagen, die für die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen relevant sind, erläutert. Da im Recht von Menschen mit Behinderungen gesprochen wird, wird im folgenden Abschnitt diese Begrifflichkeit verwendet.

4.1.1 Behindertenrechtskonvention

Im Bereich der Behindertenhilfe stellt das "Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention – BRK)" (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016, S. 3) die essentielle Grundlage für Hilfe und Angebote dar. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde im Jahr 2006 unterzeichnet. Im Jahr 2008 ist die BRK in Deutschland und Österreich in Kraft getreten. Die BRK ist ein Völkerrechtsvertrag. Das heißt, dass die Vorschriften von den Ländern auf nationaler Ebene umgesetzt werden müssen, sie werden also Bestandteil der Rechtsordnung des jeweiligen Landes. Die BRK schafft keine neuen Menschenrechte, sie erklärt vielmehr die Menschenrechte aus der Sichtweise von Menschen mit Unterstützungsbedarf. Das Übereinkommen wird von einem internationalen Fachausschuss der UN überwacht. Die Staaten haben nicht nur die Umsetzungs-, sondern auch die Achtungs-, Leistungs- und Schutzverpflichtung (vgl. Kreutz et al. 2013, S. 6).

Durch die Einführung der BRK wurde eine neue politische Ausrichtung in der Behindertenpolitik eingeleitet. Der "diversity-Ansatz" (Kreutz et al. 2013, S. 19) soll von einer Behindertenpolitik distanzieren, die sich hauptsächlich auf Fürsorge und Ausgleich pauschal unterstellter Defizite bezieht. Die Rechte der Menschen mit Behinderung müssen anerkannt werden, demzufolge kann die BRK nicht nur eine rechtlich verpflichtende Grundlage sein, sondern auch ein Leitbild für Non-Profit/Non-Governmental Organisationen (vgl. Kreutz et al. 2013, S. 19f.).

Die Konvention ist zusätzlich in leichter Sprache gedruckt, auch wenn nur die Originalfassung für gültig erachtet wird (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016, S. 1). Das Übereinkommen besteht aus 50 Artikeln, einer Präambel und einem zusätzlichen Fakultativprotokoll (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2011). Die Fassung in der leichten Sprache gliedert die BRK in diverse Themengebiete: Vereinbarungsdetails, Allgemeines, Inklusion/Integration/Teilhabe (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016, S. 4), "Geld und Gesundheit" (ebd., S. 5), "Bildung und Arbeit" (ebd., S. 5), "Freiheit und Sicherheit" (ebd., S. 5), "Wohnen und Familie" (ebd., S. 5) und Überprüfung der Vereinbarung (vgl. ebd., S. 6).

Für das Wohnprojekt in der Unteren Lend sind die Kapitel zu "Wohnen und Familie" am bedeutsamsten. Hierzu werden im Folgenden kurz die Artikel (Art.) 18, Art. 19, Art. 22 und Art. 23 erläutert.

Der "Art. 18 Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit" (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2011, Art. 18) bezieht sich im Hauptteil auf die freie Wahl des Aufenthaltsorts und des Wohnsitzes. Sowohl innerhalb des Staatsgebiets als auch international steht es Menschen mit Behinderungen genauso, wie allen anderen Menschen frei, wo sie wohnen beziehungsweise sich aufhalten wollen (vgl. Kreutz et al. 2013, S. 195ff.).

Die "Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft" (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2011, Art. 19) ist in Art. 19 der BRK geregelt. Durch diesen Artikel des Übereinkommens ist vereinbart, dass auch Menschen mit Behinderung die Autonomie und Selbstbestimmung haben, wo und mit wem sie leben möchten. Niemand verpflichtet sie, in besonderen Wohnformen zu leben. Diese Regelung gilt für alle Menschen mit Behinderung, egal, welcher Grad der Behinderung ihnen zugeschrieben wurde. Zudem ist gesetzlich festgeschrieben, dass diese Menschen durch staatlich finanzierte Dienstleistungen Unterstützung erhalten sollen, falls dies als nötig erscheint. Alle Menschen sollen in der Folge am gesellschaftlichen Leben gleichsam voll teilhaben können. Zudem müssen alle öffentlichen Einrichtungen für die Allgemeinheit zugänglich sein (vgl. Kreutz et al. 2013, S. 205-210).

In Art. 22 "Achtung der Privatsphäre" (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2011, Art. 22) steht, dass Privatsphäre unabhängig der Wohnform und des Aufenthaltsortes, in jeglicher Form gewahrt werden muss. Dieses Recht haben Menschen mit Behinderung genauso wie Menschen ohne Beeinträchtigungen (vgl. Kreutz et al. 2013, S. 224f.).

Der letzte relevante Artikel zur Thematik Wohnen ist der Artikel 23. Dieser bezieht sich auf die "Achtung der Wohnung und der Familie" (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2011, Art. 23). Dieser Artikel verpflichtet die Staaten dazu, gleiche Grundlagen im Bereich Ehe, Familie, Elternschaft und Partnerschaft zu schaffen und so Diskriminierung von Menschen mit Behinderung zu verhindern (vgl. Kreutz et al. 2013, S. 231ff.).

Auch das Themengebiet Inklusion/Integration/Teilhabe ist für den Wohnverbund von Bedeutung. Auf eine nähere Betrachtungsweise wird hier verzichtet, da unter Gliederungspunkt 4.2 noch näher auf "Inklusion" eingegangen wird.

4.1.2 Behindertenrecht in Österreich

Die Vorgaben der BRK werden, wie bereits erwähnt, auf nationaler Ebene umgesetzt. Das Behindertenrecht in Österreich hat eine lange Geschichte. Die entsprechenden Gesetze haben ihre Wurzeln im Fürsorge- und Armenrecht (vgl. Steingruber 2000, S. 7). In den 1980er Jahren wurde dieses Fürsorgerecht schließlich zum Behindertenrecht umgewandelt (vgl. ebd., S. 10). Im österreichischen Recht gibt es keinen einheitlichen Begriff für Behinderung. Jedes Gesetz definiert Behinderung, je nach Bedarf unterschiedlich (vgl. ebd., S. 33f.). Die meisten Definitionen der Bundesländer außer Oberösterreich, berufen sich jedoch auf einen gemeinsamen Musterentwurf. Durch diesen sind die Leistungen in den beteiligten Bundesländern grundsätzlich gleich (vgl. ebd., S. 65). Die Leistungen des österreichischen Behindertenrechts umfassen die "Eingliederungshilfe, geschützte Arbeit, Beschäftigungstherapie und persönliche Hilfe" (ebd., S. 68).

Das Wohnprojekt, welches von den Studierenden des MCI untersucht wurde, befindet sich in Hall. Hall ist eine Stadt im österreichischen Bundesland Tirol. Dort ist das Behindertenrecht im Moment noch im Rehabilitationsrecht geregelt. Dieses Gesetz der "Rehabilitation und Behindertenhilfe" des Landes Tirol trat am 1. Januar 1984 in Kraft (vgl. ebd., S. 65).

Bis heute wurde dieses Gesetz immer wieder überarbeitet. Die letzte Aktualisierung wurde Anfang des Jahres 2017 veröffentlicht (vgl. Landtag Tirol 2017a). Im September desselben Jahres veröffentlichte der Landtag von Tirol einen Gesetzentwurf, der das Rehabilitationsrecht ersetzen soll. Im Tiroler Teilhabegesetz (THG), das am 1. Juli 2018 in Kraft treten wird, werden die Leistungen des Wohnens erstmals eigenständig im Gesetz verankert (vgl. Landtag Tirol 2017, S. 28). Der zweite Abschnitt des Entwurfs bezieht sich auf die Leistungen der Behindertenhilfe. Der zwölfte

Paragraph beschreibt darin die Leistungen, die das Wohnen umfassen. Im Moment sind die Wohnleistungen nur über den "§7 Beschäftigungs- und Arbeitstherapie (Ergotherapie)" des Tiroler Rehabilitationsgesetzes geregelt (vgl. Landtag Tirol (1983)).

Die genaue Beschreibung der Leistungen in der Behindertenhilfe läuft im Moment über den Leistungskatalog und die Qualitätsstandards die von der "Arbeitsgruppe Qualität" im Prozess "Transparenz in der Tiroler Behindertenhilfe" erstellt wurden vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2015. Die in drei Kategorien (Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität) gegliederten Standards beruhen meist auf den Grundlagen der BRK, der UN-Konvention über Kinderrechte und dem Tiroler Rehabilitationsgesetz (vgl.ebd., S. 7f.).

Der Leistungskatalog ist dabei nach verschieden Kategorien geordnet. Das Verzeichnis des Wohnens umfasst das "Begleitete Wohnen in einer Wohngemeinschaft" (ebd., S. 206), das "Wohnen exkl. Tagesstruktur (intensiv)" (Amt der Tiroler Landesregierung 2015, S. 211), das "Teilzeitbetreute Wohnen exkl. Tagesstruktur – Psychiatrie" (ebd., S. 218) und "Teilzeitbetreutes Wohnen inkl. Tagesstruktur – Psychiatrie" (ebd., S. 226). Alle Leistungen sind demnach genau definiert. Nicht nur Ziele und Zielgruppen werden dabei sehr genau beschrieben, sondern auch Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Leistungen, die Prinzipien und Grundsätze, die Methodik und der Leistungsumfang. Zudem werden zu jeder Leistung zusätzliche spezifische Qualitätsstandards genannt (vgl. ebd., S. 8).

Im Wohnprojekt in der Unteren Lend wird im Moment nach der Leistung des Wohnens exklusive Tagesstruktur gearbeitet. Diese Leistung

"bietet Menschen mit Behinderungen, die auf eine permanente Begleitung und Hilfestellung durch professionelles Fachpersonal angewiesen sind, eine bedarfs- und bedürfnisorientierte Form der Begleitung und Unterstützung in allen Bereichen der privaten Lebensgestaltung an. Die Intensität der Unterstützungsleistung erstreckt sich von der Assistenz und Hilfestellung über die Anleitung und Übung bis hin zur Erreichung größtmöglicher Selbständigkeit und Autonomie" (ebd., S. 211).

Die detaillierte Beschreibung der Leistung legt dar, dass alle Qualitätsstandards und Vorgaben bei dem Wohnprojekt in Hall erfüllt werden. In der Leistungsbeschreibung steht an keiner Stelle, dass die Menschen mit Unterstützungsbedarf in einer Wohngemeinschaft oder Gruppe leben müssen (vgl. ebd., S. 213f.). Auch in Zukunft wird die Hilfe in Hall wahrscheinlich über das Wohnen exklusive Tagesstruktur (intensiv) geregelt sein. Diese Leistung wird dann, ab dem 1. Juli 2018, voraussichtlich im §12 Wohnen Abs.2 Nr.c) verankert sein (vgl. Landtag Tirol 2017, S. 6f.).

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die BRK der UN den Rahmen für die Bundesgesetze und den Leistungsanspruch auf Unterstützung für Menschen mit Behinderung vorgibt. Die österreichische Umsetzung der BRK ist in Teilen bereits erfolgt. Das THG, welches am 1. Juli 2018 in Kraft getreten ist, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

4.2 Inklusion

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über das Thema "Inklusion". Inklusion ist ein in unserer Gesellschaft häufig verwendeter Begriff. Dieser Abschnitt soll daher eine theoretische Grundlage für die Evaluation bilden, indem er beschreibt, was Inklusion und speziell was Inklusion für Menschen mit Unterstützungsbedarf bedeutet. Es wird zunächst der Begriff Inklusion definiert, dann auf den Wandel im Verständnis des Begriffes und den Wandel in der Forschung eingegangen und zum Schluss die Bedeutung von Inklusion für das Projekt verdeutlicht. Das heißt, es wird erklärt, was der Begriff Inklusion für Menschen mit Unterstützungsbedarf bedeutet, die in innovativen Wohnformen leben.

4.2.1 Was bedeutet Inklusion?

"Inklusion ist ein Prozess, an dessen Ende die gleichberechtigte und gleicherfüllende Teilhabe aller Subjekte an (je spezifischer) Gemeinschaft und Gesellschaft steht. Sowohl Gemeinschaft als auch Gesellschaft werden dabei als diskursiv verstanden, sodass die Subjekte in steter Wechselwirkung mit den jeweiligen Bezugsdiskursen stehen, die also (mit) hervorbringen und zugleich auch von ihnen (mit) hervorgebracht werden." (Trescher 2015, S. 333)

Diese Definition ist nur eine von vielen möglichen Definitionen, Auffassungen und Meinungen zum Thema Inklusion. Jeder und jede hat eine andere Auffassung zum Thema und es gibt nicht die eine Definition zum Thema Inklusion. Wichtig ist aber auch, dass Inklusion ein Prozess ist, der es allen Menschen, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts, welcher Religion, welcher sexuellen Orientierung oder welcher Behinderung ermöglichen soll, in gleichem Maße am gesellschaftlichen Leben teil zu haben. Jeder und jede sollte gleich behandelt werden und niemand sollte Nachteile durch eine Gegebenheit erfahren (vgl. Trescher 2015, S. 11ff.). Inklusion ist also eine "Form der Berücksichtigung von Personen in Sozialsystemen" (Dederich 2013, S. 59). Ob eine Inklusion dabei gelingt, hängt nicht von den einzelnen Individuen ab, sondern von "Kriterien, Maßstäbe(n) oder Erwartungen, mit denen sich Individuen durch die Gesellschaft bzw. Institutionen konfrontiert sehen und denen sie zu genügen haben" (ebd., S. 59). Für Menschen mit Unterstützungsbedarf sollte

Inklusion also bedeuten, dass sie trotz ihrer Behinderung als gleichwertige Menschen in der Gesellschaft angesehen werden und von der Gesellschaft trotz ihrer Einschränkungen auch so behandelt und anerkannt werden.

4.2.2 Umbruch in der Inklusionsdebatte für Menschen mit Unterstützungsbedarf

In der Inklusionsdebatte kam es 2008 durch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2006 zu einem Paradigmenwechsel, einem Perspektivwechsel und einem neuen Verständnis im Bereich der Inklusion für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich, die Rechte von Menschen mit Behinderung zu gewährleisten, zu fördern und zu schützen. Inklusion also als ein menschenrechtsorientiertes Ziel zu sehen (vgl. Wesselmann 2017, S. 56). Explizit und ausführlicher wurde dieser Themenkomplex zur UN-Behindertenrechtskonvention schon in 4.1.1 erläutert, in dem es ausschließlich um die Rechte von Menschen mit Unterstützungsbedarf geht.

Vor diesem Umbruch in der Inklusionsdebatte ging es vor allem um die Integration von Menschen mit Unterstützungsbedarf und nicht um die Inklusion. Der Wandel von Integration hin zu Inklusion gehört zu einem Prozess, der sich von Exklusion, zu Separation, zu Integration hin zu Inklusion vollzogen hat. Dieser Prozess wird im folgenden Schaubild dargestellt:

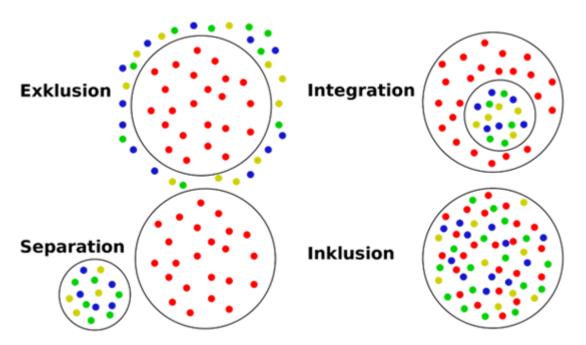


Abb. 6: Prozess des Wandels von Exklusion zu Inklusion (Grundschule im Engelsgarten 2010)

Um den Begriff der Inklusion in Bezug auf Menschen mit Unterstützungsbedarf besser zu verstehen, wird nun kurz definiert, was Exklusion bei Menschen mit Unterstützungsbedarf bedeutet. Eine Exklusion liegt dann vor, wenn es einen Ausschluss vom alltäglichen Leben gibt. Dies geschieht durch "Institutionalisierung, Regulierung, Überwachung und Fremdbestimmung" (Trescher 2015, S. 11). Der Unterschied zwischen Exklusion und Separation besteht darin, dass bei einer Separation die Menschen mit Unterstützungsbedarf gesondert, also zusammen, vom alltäglichen Leben ausgeschlossen werden. Exklusion und Separation kommen vor allem in stationären Wohnformen vor, denn ab einer Gruppengröße von sechs Personen ist die Selbstbestimmung stark eingeschränkt. (vgl. Theunissen 2010, S. 63ff.)

Der Unterschied zwischen Integration und Inklusion besteht darin, dass bei der Integration Menschen mit Unterstützungsbedarf in die Gesellschaft als gesonderter Teil, in teilstationären Einrichtungen, integriert werden. Bei einer Inklusion werden sie ein Teil von ihr und bilden eine Einheit, dies geschieht durch ambulante Wohnformen (vgl. Theunissen 2010, S. 64f.). Bei der Inklusion geht es also darum, die Menschen mit Unterstützungsbedarf am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Es soll eine gesellschaftliche Akzeptanz geben. Die Leitidee ist hierbei, dass es Inklusion in allen Lebensbereichen geben soll (vgl. Theunissen 2010a, S. 24).

4.2.3 Inklusion bezogen auf das Projekt Caring Communities

Durch den neuen Denkanstoß der UN-Behindertenrechtskonvention in der Inklusionsdebatte und dem gesellschaftlichen Wandel gab es sowohl in der Forschung als auch in der Sozialen Arbeit und im Thema Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf neue Ansätze. Besonders wichtig für das Projekt sind dabei die Aspekte der Forschung selbst und die des Wohnens für Menschen mit Unterstützungsbedarf.

In der Forschung geht es nun vor allem darum, eine "Behinderung nicht mehr als Defizit, sondern als Konstruktion zu verstehen" (Wesselmann 2017, S. 56). Es kommt also auch in der Forschung zu einem Perspektivenwechsel (vgl. Wesselmann 2017, S. 62).

ForscherInnen sollen mit den Menschen mit Unterstützungsbedarf gemeinsam forschen und nicht mehr über sie (vgl. Ulbrich 2017, S. 241). Beide Parteien sind durch den Perspektivwechsel also gleichberechtigte ForscherInnen und erkennen sich gegenseitig auch als solche an (vgl. Ulbrich 2017, S. 248).

Besonders wichtig für das Forschungsprojekt ist der neue Denkansatz auch im Thema zeitgemäße Wohnformen für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Im vorherigen Teil wurde beschrieben, dass es eine Exklusion von Menschen mit Unterstützungsbedarf unter anderem bei Institutionalisierung, Regulierung und Fremdbestimmung vorliegt. Dies geschieht oft in stationären, große Einrichtungen bzw. Wohnhäusern.

Bei Befragungen von KlientInnen wurde der Wunsch nach anderen Wohnformen deutlich. Die Menschen mit Unterstützungsbedarf äußerten die gleichen Wohnbedürfnisse wie Menschen ohne

Unterstützungsbedarf (vgl. Theunissen 2010, S. 59). Hierbei kommt es aber zu einer "Doppelfunktion des Wohnens" (ebd., S. 59). Die KlientInnen äußern den Wunsch nach Geborgenheit, also nach einer Bezugsperson, einem Einzelzimmer und einer häuslichen Atmosphäre, aber auch nach Selbstbestimmung also nach Eigenverantwortlichkeit und Kontrolle in ihrem Leben. Es geht also darum den Wünschen der KlientInnen und der damit verbundenen Doppelfunktion gerecht zu werden (vgl. ebd., S. 59).

2010 lebten in Deutschland 70% der Menschen mit Lernschwierigkeiten in Einrichtungen mit über 40 Plätzen. 30% aller Menschen mit Unterstützungsbedarf lebten in Einrichtungen mit mehr als 200 Plätzen (vgl. ebd., S. 63). Diese Zahlen verdeutlichen zum einen, dass eine vollständige Inklusion im Wohnbereich, wenn man nach den Wünschen der KlientInnen und dem Ziel der Inklusion geht, noch nicht vorhanden ist. Zum anderen wird das große Potenzial des Pilotprojektes der Lebenshilfe Tirol deutlich. Vergleicht man die Wünsche der KlientInnen und die aktuellen Prozentzahlen der Wohnformen für Menschen mit Unterstützungsbedarf mit dem Projekt, so wird deutlich, dass das Pilotprojekt den Wünschen der KlientInnen nachkommt und eine Inklusion für Menschen mit Unterstützungsbedarf ermöglicht.

Fazit

Inklusion ist ein Begriff, der unterschiedlich verstanden und interpretiert wird. Er verdeutlicht jedoch den Wandel, den es im Verständnis gegeben hat. Es geht nicht mehr darum, Menschen mit Unterstützungsbedarf zu integrieren und ihr Leben zu bestimmen. Inklusion soll es Menschen mit Unterstützungsbedarf ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, ihre Behinderung nicht als Defizit wahrzunehmen, zu versuchen ihren Wünschen und Bedürfnissen nachzukommen und ihnen ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Das Projekt setzt das Ziel der Inklusion um, indem es den BewohnerInnen ermöglicht alleine in Wohnungen zu leben und somit am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Inwiefern eine Inklusion tatsächlich gelingt, wird sich im Laufe des Wohnprojektes zeigen.

4.3 De-Institutionalisierung

Unter "De-Institutionalisierung" (Monitoring Ausschuss 2016, S. 4f.) versteht man den Prozess, der eine Veränderung den Wohnformen und Lebensumständen von Personen mit Unterstützungsbedarf erwirken möchte. Im speziellen sollen diese Personen zur gesellschaftlichen Partizipation und Selbstbestimmung befähigt als auch in ihrem individuellen Willen und Präferenzen gefördert werden (vgl. ebd., S. 4f.). Im Kontext der Behindertenhilfe wird mit dem Begriff der De-Institutionalisierung auch die völlige Auflösung des Heimsystems bei gleichzeitiger Entwicklung von Hilfs-Mix-

Alternativen verstanden (vgl. Brachmann 2011, S. 44). Die von der Lebenshilfe Tirol in Hall angebotene Wohnform für Menschen mit Unterstützungsbedarf basiert auf genau diesem Ansatz. Im Folgenden wird der De-Institutionalisierungsbegriff weiter erklärt, auf seine dringende Notwendigkeit eingegangen und der derzeitige De-Institutionalisierungsstatus in Österreich erläutert.

4.3.1 Warum De-Institutionalisierung?

Die De-Institutionalisierungsdebatte in der Behindertenhilfe bezieht sich vor allem auf die Bereiche des Wohnens, Arbeitens und der Bildung (vgl. Brachmann 2011, S. 42). Kritisiert werden vor allem die Auswirkungen stationärer Unterbringungen wie:

- Das Schaffen eines Abhängigkeitsverhältnisses, das keine Alternativen zulässt und eine Assimilation seitens der BewohnerInnen erzwingt
- Die Unvereinbarkeit von Wohnsituation und Persönlichkeitsrechten, besonders die Selbstbestimmung betreffend
- Die künftigen Kosten dieser Art von Unterbringung angesichts des demographisch bedingten Anstiegs hilfsbedürftiger Menschen
- Der mangelnde Ausbau ambulanter Angebote (Forschungsgemeinschaft "Menschen in Heimen" 2001)
- Der Mangel an Entscheidungsmöglichkeiten, Herausforderungen, sozialen Kontakten und Privatleben (vgl. Monitoring Ausschuss 2016, S. 4f.)

Bradl (vgl. Brachmann 2011, S. 51) kommt bei seiner Ausführung zu dem Ergebnis, dass es in vielen Bereichen strukturelle Grenzen der Selbstbestimmung von behinderten Menschen in Heimen gibt, da ein selbstbestimmtes Leben prinzipiell nicht mit einem fremdbestimmten System vereinbar ist.

Die Vertreter der "familienunterstützenden, integrativen Behindertenarbeit" sind der Ansicht, dass die bloße Existenz von Heimen Indikator für eine Diskriminierung von Menschen mit Unterstützungsbedarf darstellt, da es ein Drinnen (Unfreiheit) und ein Draußen (Freiheit) gibt. Heime haben somit einen Verwahrauftrag (vgl. Brachmann 2011, S. 51).

Zudem wäre es eine Menschenrechtsverletzung, würde man die notwendigen pflegerischen und lebenspraktischen Hilfen nur in stationären Einrichtungen anbieten (vgl. ebd., S. 51). Neben den Menschenrechten und dem Hintergrund der lebenslangen Lern- und Entwicklungsfähigkeit spricht auch das Prinzip der "Normalisierung" (Leitbilder o.J., S. 131 zit. nach Bernard, Hovorka 1991, S. 12) für die De-Institutionalisierung der Wohnformen für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Spricht man von der Normalisierung der Lebens- und Wohnbedingungen einer Person geht es darum zu garantieren, dass sowohl ein normaler Tages-, Wochen- und Jahresablauf möglich ist als auch das Sammeln normaler Erfahrungen eines Lebenszyklus ermöglicht wird. Daher müssen

die Wünsche, Bitten und Entscheidungen von Menschen mit Unterstützungsbedarf respektiert werden (vgl. Bernard, Hovorka 1991, S. 12).

4.3.2 Ist-Situation in Österreich

Die Kompetenztrennung zwischen Bund und Ländern bringt eine enorme Regelungsvielfalt mit sich, da beispielsweise unterschiedliche Zuständigkeiten, getrennte Finanzierungen und die Vielzahl an länderspezifischen Regelungen für Rechtsunsicherheiten und ein starkes Ungleichgewicht in den einzelnen Ländern sorgen. Zudem fehlt eine Anleitungsfunktion im De-Institutionalisierungsprozess sowie eine gemeinsame Vision. Es gab zwar 2015 eine angedachte Zielvereinbarung zum Thema "inklusive Behindertenpolitik" um die Bestimmungen der UN-Behindertenkonvention einheitlich umzusetzen, doch kam diese nicht über das Entwurfsstadium hinaus (vgl. Monitoring Ausschuss 2016, S. 8). Ein massiver Datenmangel macht es nur grob möglich, den Stand der DeInstitutionalisierung in Österreich zu bestimmen, z. B. aufgrund versteckter Institutionalisierungen (Behinderte in Altenheimen oder Gesundheitseinrichtungen). Zudem gibt es keine repräsentativen Untersuchungen und Statistiken zu der Größe von Einrichtungen, Alter der NutzerInnen oder Werte zu den in Anspruch genommenen Dienstleistungen (vgl. ebd., S. 9).

In Europa durchgeführte Studien weisen jedoch darauf hin, dass die Größe einer Einrichtung mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für niedrige Qualität der Dienstleistungen und der Möglichkeit für Gewalt gegen BewohnerInnen korreliert. Großeinrichtungen werden daher als problematisch eingestuft und weisen auf einen eher niedrigen De-Institutionalisierungsgrad hin (vgl. ebd., S. 9). Diskurse zum Thema personenzentriertes Planen, Inklusion und Selbstbestimmung zeigen eine zunehmende Sensibilisierung institutioneller Kulturen, jedoch trägt die allgemein hohe Abhängigkeit von Trägerorganisationen aufgrund des mangelnden Angebots an Wohnplätzen für Menschen mit Unterstützungsbedarf dazu bei, dass die typischen Institutionskulturen weiterleben (vgl. ebd., S. 10f.).

Betrachtet man die entstandene Angebotslandschaft trifft man grob auf drei Kategorien:

- "Vollbetreutes Wohnen" (24h Dienst)
- "Teilbetreutes Wohnen" (kein Nachtdienst)
- "Mobile Begleitung" (stundenweise Unterstützung) (vgl. ebd., S. 11f.)

Problematisch wird hier gesehen, dass teilbetreute oder mobile Formate nur für Personen mit eher niedrigen Unterstützungsbedarf möglich sind, da eine umfassende Unterstützung meist in Wohnheimen, Wohnhäusern oder größeren Wohngemeinschaften angeboten wird. Hier zeigt sich eine strukturelle Diskriminierung von Personen mit hohem Unterstützungsbedarf, da der Ort der Unterstützung an den Level der "Selbstständigkeit" geknüpft ist (vgl. ebd., S. 11f.).

Weiter gibt es auch generationale Aspekte zu beachten. Ein klassisches Beispiel sind Heime für Kinder mit Behinderungen, in welchen diese das ganze Jahr wohnen und auch die Schule besuchen. Dieser Umstand resultiert oftmals aus dem Mangel an lokalen barrierefreien Bildungs- und Unterstützungsangeboten. Zudem ist der Unterricht in Sonderschulen mit Institutionalisierungseffekten verbunden – Aussonderung und Isolation als auch eine tendenzielle Unselbstständigkeit sind die Folge (vgl. ebd., S. 12f.). Ein zweites Beispiel sind junge Personen mit Unterstützungsbedarf, die in Altenpflegeeinrichtungen untergebracht werden (vgl. ebd., S. 13).

Als Alternative zur institutionellen Lösung wird die persönliche Assistenz gesehen. Adolf Ratzka ist ein "expert of lived experience" (Experte durch gelebte Erfahrung), der auf dem Gebiet des barrierefreien Bauens forschte und die amerikanische "Selbstbestimmt Leben Bewegung" nach Schweden importierte (vgl. Ratzka 2015, o.S.).

Er leitete nicht nur das daraus resultierende Pilotprojekt, sondern gründete auch das "Independent Living Institute", das mit Projekten und Untersuchungen sowie Ausbildungen die sozialpolitische Entwicklung in Richtung Selbstbestimmung vorantreibt (vgl. ebd., o.S.). Neben dem barrierefreien Wohnungsbau ist die persönliche Assistenz laut Ratzka (vgl. ebd., o.S.) unabdingbar um Personen mit Unterstützungsbedarf ein normales Leben zu ermöglichen.

In den Rechten behinderter Menschen der UN-Behindertenrechtskonvention werden in Artikel 19 Menschen mit Behinderungen dieselben Rechte und Wahlmöglichkeiten zugesprochen. Dementsprechend sollten sie dieselbe Kontrolle über ihren Alltag haben, die für andere selbstverständlich ist. Adolf Ratzka sieht die einzige Verwirklichung dieses Anspruchs in der "persönlichen Assistenz" - sprich keinem stationären oder ambulanten Kontext. Der entscheidende Unterschied liegt in der Individualisierung der Entscheidungen, wodurch die Macht auf den/die AssistenznehmerIn im Sinne eines/r ArbeitgeberIn übertragen wird (vgl. ebd., o.S.). Aus der Querschnittgelähmten wird so Frau Potz, die nicht nur Unterstützung bei der Körperpflege benötigt, sondern auch gerne Schnitzel isst und samstags ausgeht. Es kommt zu einem Perspektivenwechsel, der eine Wahrnehmung als Subjekt statt als Objekt und somit einen Austausch auf Augenhöhe möglich macht. Das erlebten wir beispielsweise bei der ersten Besichtigung der neuen Wohnform der Lebenshilfe in Hall in Tirol als wir eine Wohngemeinschaft besichtigen wollten. Es wurde an die Haustüre geklopft, welche daraufhin nicht geöffnet wurde. Obwohl die begleitende Betreuerin einen Schlüssel zu der Wohnung mit sich führte, zog die Forschungsgruppe nicht in Erwägung, die Tür einfach zu öffnen. In der späteren Reflexion wurde besprochen, dass die Hemmschwelle, die Tür einfach zu öffnen, in einer stationären Einrichtung viel niedriger gewesen wäre beziehungsweise das Öffnen der Tür fast selbstverständlich geschehe. Im Setting einer Wohngemeinschaft schied diese Option von vornherein aus.

Weiter sieht Ratzka den Abbau der Wohltätigkeitslobby als unabdingbar, um die Kontrolle über die Art und das Ausmaß der Unterstützungsleistungen seitens der Menschen mit Unterstützungsbedarf zu fixieren. Dies sei nur möglich, wenn den betreffenden Personen anstelle der Hilfsleistungen das entsprechende persönliche Budget direkt ausgehändigt würde (vgl. ebd., o.S.).

Fazit

Resümierend kann man sagen, dass De-Institutionalisierung in Österreich stattfindet, jedoch nicht in dem Maße fortschreitet, wie sie sollte, da die Thematik nicht in ihrer ganzen Komplexität angegangen wird, zumindest gibt es noch keine einheitliche nationale Strategie. Des Weiteren ist ein gelingender De-Institutionalisierungsprozess auch von einer umfassenden Partizipation der betroffenen Person, einem besonderen Augenmerk auf die Phase des Übergangs, Präventivmaßnahmen zur Vermeidung von Institutionalisierung und der Schaffung eines hinreichenden Angebots an adäquaten gemeindenahen Diensten abhängig (vgl. Monitoring Ausschuss 2016, S. 17f.). Zudem müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um diese Vision umsetzen zu können. Ein Rechtsrahmen für gemeindenahe Dienste muss geschaffen und existierende Rechts- und Verwaltungsschriften sowie –praktiken überprüft werden, inwiefern sie auf De-Institutionalisierung ermöglichen/verhindern (vgl. ebd., S. 20).

4.4 Sozialraumansatz und Gemeinwesenarbeit

Das nun folgende Kapitel befasst sich mit einer Erläuterung des Sozialraumansatzes und der Gemeinwesenarbeit. Begrifflichkeiten als auch etwaige Konzepte wie die Dimensionen sozialen Raumes, Individuum, Netzwerke und Sozialstruktur werden näher erklärt.

4.4.1 Sozialraumansatz

Als Ziel des "Sozialraumansatzes" wird das "Aktivieren" von AdressatInnen verstanden (vgl. Früchtel, Budde, Cyprian 2013a, S. 253). Es werden "Strategien und Techniken" verwendet, um soziale Probleme aufzuzeigen (vgl. ebd.). Hinter diesen sozialen Problemen können strukturelle Bedingungen stecken (vgl. ebd.).

Bei diesem Ansatz verbindet sich das Feld der Fallarbeit, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit. Für eine sozialraumorientierte Fachkraft bedeutet das Zusammenarbeit mit Einzelnen, Familien, mit organisierten Gruppen, mit StadtteilbewohnerInnen, mit KlientInnen "kommunaler Leistungen", mit Einrichtungen und Dienstleistern der Sozialen Arbeit (vgl. Früchtel et al. 2013a, S. 9).

4.4.1.1 Dimensionen des sozialen Raumes

Im sozialraumorientierten Ansatz wird der sozialen Raum in vier "Dimensionen" (Früchtel et al. 2013a, S. 189) aufgeteilt. Der Ansatz erlangt seinen Mehrwert durch die Verbindung und Beachtung der folgenden Dimensionen (vgl. ebd., S. 189).

Individuum

In dieser Dimension steht das "Individuum" im Fokus (vgl. Früchtel et al. 2013b, S. 14). Für eine Fachkraft bedeutet das Auseinandersetzung mit Einzelfällen, welche einzelne Betroffene, Familien, kleine Gruppen, AnwohnerInnen oder Haushalte sein können. Hierbei zählt nicht nur das Wissen der Fachkraft, sondern viel mehr das Wissen und die Erfahrungen der KlientInnen. Die Unterstützung zielt auf die Veränderung von alten Handlungsstrukturen und Muster ab, welche durch gemeinsames Gestalten von Zielen erreicht werden soll. Dabei werden negative Umwelteinflüsse ebenfalls betrachtet (vgl. Früchtel et al. 2013a, S. 22f.).

Netzwerke

Soziale Räume können durch "Netzwerke" konstruiert und können als Ergebnis von "Vernetzung und Abgrenzung" verstanden werden (vgl. Früchtel et al. 2013b, S. 15). Netzwerke verbinden und trennen soziale Einheiten. Als "soziale Einheit" wird die Verknüpfung zwischen BürgerInnen in einem sozialen Raum verstanden (vgl. Früchtel et al. 2013a, S.105f.). Es ist eine Verknüpfung zwischen Individuum und Ressourcen, welche hier Nachbarschaft, Infrastruktur oder Einrichtungen sein können (vgl. Früchtel et al. 2013b, S. 16).

Organisation

Wenn ein Sozialraum "gut" mit sozialen Infrastrukturen und mit "Organisationen" ausgestattet ist, hat das positive Auswirkungen auf die BewohnerInnen (vgl. Früchtel et al. 2013b, S. 17). Aus sozialraumorientierter Sicht wird von einer "guten" Organisation gesprochen, wenn sich diese Einrichtungen speziell auf ihren Stadtteil einlassen. Im Gegensatz dazu sollen sich Einrichtungen von ihren Spezialisierungen entfernen und so den Zugang für verschiedene Zielgruppen öffnen. Die Einrichtungen sollten Inklusion des Einzelnen im Fokus haben. Dabei soll jede und jeder aktiv in seinen Hilfeprozess mit einbezogen werden (vgl. Früchtel et al. 2013a, S.189f.).

Sozialstruktur

Als "Sozialstruktur" wird die "Einkommensverteilung im sozialen Raum" verstanden. Nach Bourdieu wird diese in "soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital" aufgeteilt (vgl. Bourdieu 2012, S.183). Die Struktur des Sozialraums wird je nach Verteilung der unterschiedlichen "Kapitalsorten"

geprägt. Auf den sozialen Raum bezogen, bedeutet es die Verteilung von "Macht, Besitz, Bildung und Status" (vgl. Früchtel et al. 2013b, S.19).

4.4.1.2 Wichtigkeit für die Soziale Arbeit

"Sozialraumorientierte Ansätze richten ihr Augenmerk immer auf die Stärken der Menschen, die sich oft sogar in den vermeintlichen Defiziten abbilden" (Hinte et al. 2011, S. 78). Das Vernetzen der verschiedenen Ressourcen spielt hierbei eine sehr wichtige Rolle. So können beispielsweise NachbarInnen zur einer wirkungsvollen und nachhaltigen Lösung beitragen. Inklusion als Teilhabe in der Gesellschaft kann nur ganzheitlich umgesetzt werden (vgl. Früchtel et al. 2013b, S. 36).

Für das Projekt Caring Communities für Menschen mit Unterstützungsbedarf bedeutet es, dass sich die UN-Behindertenkonvention, der Ansatz der Inklusion in Kapitel 4.2 und der Ansatz von Community Care in Kapitel 4.6 im Sozialraum verbinden.

Wie im Punkt 4.1.2 beschrieben ist das Tiroler Teilhabegesetz (THG) am 1. Juli 2018 in Kraft getreten. Dort findet sich im Leistungskatalog "Wohnen" wieder, wie inklusive Wohnformen aussehen sollten (THG 2017/2 §12). Inklusion im sozialraumorientierten Ansatz wird für alle Zielgruppen gleichermaßen verwendet. Hierbei geht es nicht darum, die Menschen an die Gegebenheiten anzupassen, sondern die Gegebenheiten an die Menschen anzupassen (vgl. Früchtel et al. 2013b, S.34f.).

Dieser Grundgedanke unterstützt die Forderung der UN-Behindertenkonvention, sich von der Institutionalisierung hin zu individuellen Unterbringungen zu bewegen, welcher sich ebenfalls im "Community Care-Ansatz" (siehe Kapitel 4.6) wiederfindet.

4.4.2 Gemeinwesenarbeit

"Gemeinwesenarbeit ist ein prozessorientiertes, partizipatives und interdisziplinäres Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit, das darauf abzielt gemeinsam mit den Menschen in Stadtteilen nachhaltige Verbesserungen ihrer Lebenssituation zu erreichen" (Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa 2018).

Die Prinzipien der Gemeinwesenarbeit richten sich auf die Bedürfnisse und Interessen der dort lebenden Menschen aus. Dabei wird auf Aktivierung der BürgerInnen, eine interdisziplinäre Arbeit und auf Vernetzung und Kooperationen gesetzt. Außerdem vertritt Gemeinwesenarbeit die Interessen der BürgerInnen.

Ziel der Gemeinwesenarbeit ist es, BewohnerInnen des Stadtteils zu aktivieren, damit diese ihren eigenen Interessen nachgehen, wodurch "materielle" und "immaterielle" (Beispiel "soziales Klima") Gegebenheiten im Stadtteil verbessert werden (vgl. ebd.). Durch diese Ziele und Prinzipien nimmt Gemeinwesenarbeit eine wichtige Rolle bei der "Stadt(teil)entwicklung" ein (vgl.ebd.).

Auch in Hall bzw. in der Unteren Lend, zu welcher die Anna-Dengel-Straße gehört, gibt es seit 2014 Gemeinwesenarbeit (vgl. Klumpner 2018). In unserem Forschungsprozess wurden wir durch Austausch und Informationen des derzeitigen Gemeinwesenarbeiters unterstützt.

4.5 Sorgende Kommunen (Caring Communities) als neue Akteure

Der Name des Forschungsprojektes Caring Communities für Menschen mit Unterstützungsbedarf lässt sich aus dem Konzept der "Caring Communitiy" (Schablon 2016a, o.S.) herleiten. Dieser Teil des Berichtes wird sich damit befassen, was dieses Konzept beinhaltet. Dafür wird der Begriff genau definiert, sowie dessen Grundidee geschildert. Dabei werden die Voraussetzungen für ein gelingendes Konzept und die Vorteile, welche sich daraus ergeben, nicht außer Acht gelassen. Es gibt aber auch Herausforderungen, welche der Ansatz des Caring Communities mit sich bringt und welche auch als kritisch betrachtet werden können.

4.5.1 Definition

Der Begriff "Caring Community" (Schablon 2016a, o.S.) wird im deutschen Sprachraum unter anderem als "Sorgende Gemeinschaften" oder "Sorgende Kommunen" bezeichnet (vgl. Heusinger, Hämel, Kümpers 2017, S. 441). Wird die Bedeutung des Begriffs genauer betrachtet, wird als "Care" eine "menschliche Bezogenheit aufeinander" (Schablon 2016a, S. 539) und eine "auf gegenseitige Hilfe angewiesen sein" (ebd.) verstanden. Care beinhaltet "alle Formen der Sorge und Versorgung, die für den Lebensalltag erforderlich sind – personenbezogene Leistungen zur unterstützenden Alltagsgestaltung, hauswirtschaftlichen Basisversorgung, Grundpflege und Förderung der sozialen Teilhabe" (Heusinger et al. 2017, S. 443) und "ist angesiedelt in der Lebenswelt der Betroffenen" (ebd., S. 443). Care ist somit "in unserer Kultur die Aufgabe von Familien, Freunden und Nachbarschaft" (ebd., S. 443). Zudem haben Fachkräfte der Sozialen Arbeit Care-Arbeit zur Aufgabe, welche die Partizipation, die Inklusion und die Autonomie von Menschen mit Unterstützungsbedarf fördert (ebd., S. 443).

Der Community Begriff wird in diesem Sinne als Gemeinschaftszusammenhang bezeichnet, welcher sich aus einer im Vorhinein nicht definierten Gruppe von Menschen zusammensetzt. Sie leben und wohnen an einem gemeinsamen Ort und empfinden sich diesem zugehörig und verbunden (vgl. Schablon 2016a, S. 539).

Zusammengefasst steht "Community Care für ein konkretes Sozialraumprojekt, das professionellen Fachkräften eine Orientierung zur Unterstützung der Gemeinweseneinbindung von Menschen in marginalisierten Positionen bietet" (Schablon 2016a, S. 539). Das Konzept beinhaltet ein "gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen innerhalb einer festgelegten geographischen Größe" (ebd.), welches uneingeschränkt soziale Teilhabe fördert (vgl.ebd.). Hinter dem Konzept stehen einige Grundgedanken und Ziele, welche im nächsten Abschnitt geschildert werden.

4.5.2 Grundgedanken und Ziele

Caring Communities stehen für eine neue Kultur der Pflege und Unterstützung. Durch gelebte Inklusion wird es hilfebedürftigen Menschen zunehmend möglich, am sozialen Leben teilzuhaben. Sie erhalten persönliche Pflege in ihrem Sozialraum, welche über die familiären Grenzen hinausgehen. Durch das Projekt werden BewohnerInnen eines Sozialraumes angeregt an einer lebendigen Nachbarschaft mitzuwirken. Eigeninitiative und selbstorganisierte Strukturen werden aufgebaut und verstärkt (vgl. Kircheldorff, Klott, Tonello 2015, S. 409).

Sorgende Kommunen haben das Ziel, gelingendes und selbstbestimmtes Altern zu ermöglichen und den Pflegenotstand zu verringern (vgl. Kircheldorff et al. 2015, S. 408). Die Idee basiert darauf, dass Familien zunehmend nicht mehr fähig sind, sich selbst um Menschen mit Pflegebedarf zu kümmern. Dies könnte ausgeglichen werden, indem Familien, BürgerInnen und Fachkräfte aus sozialen Einrichtungen örtlichen Gemeinschaften zusammen Verantwortung und die Versorgungen der betroffenen Menschen übernehmen (vgl. Heusinger et al. 2017, S. 441). Dabei werden Verbundenheit und Mitverantwortung aller BürgerInnen angestrebt, sowie die Gemeinschaftsmitglieder auch auf die Bedürfnisse von anderen Menschen sensibilisiert werden. Dabei soll "Autonomie" (Kircheldorff et al. 2015, S. 409) und "Selbstbestimmung" (ebd., S. 409) geachtet werden.

Das Konzept beinhaltet eine Gesellschaft, welche durch Vielfalt gekennzeichnet ist und gegenseitige Achtsamkeit aufweist. Community Care wird als Assistenzleistung gesehen und ermöglicht es Menschen mit Unterstützungsbedarf am öffentlichen Leben zu partizipieren (vgl. Schablon 2016a, S. 539). Community Care beschreibt also das Leben von Menschen mit Unterstützungsbedarf in einer örtlichen Gesellschaft. Sie wohnen, arbeiten und erholen sich dort und erhalten von der Gesellschaft die Unterstützung, die sie benötigen. Es ist ein gegenseitiges Zusammenwirken von BürgerInnen, MitarbeiterInnen und Menschen mit Unterstützungsbedarf. Achtsamkeit, Anerkennung und Gerechtigkeit sind dabei voraussetzend (vgl. Schablon 2016a, S. 541).

4.5.3 Voraussetzungen

Es gibt einige Voraussetzungen, welche für das Gelingen von Caring Communities gegeben sein sollten. Es braucht engagierte BürgerInnen, welche ausreichend Antriebskräfte und Überzeugungen mit in das Projekt bringen. Auch infrastrukturelle Voraussetzungen sind ausschlaggebend für das Gelingen. Zudem spielt die Gemeinde eine Rolle, um Strukturen und Förderungen zu ermöglichen. Die Angebote von Beratung und Schulungen sind ebenso wichtige Aspekte. Konstante AnsprechpartnerInnen in Politik und Verwaltung sind für die Kommunikation zwischen Verwaltung und BürgerInnen wesentlich (vgl. Kricheldorff et al. 2015, S. 413).

Damit kranken und pflegebedürftigen Menschen ein würdiges Leben geboten werden kann, muss es zum Anliegen des öffentlichen Raumes werden. Menschen mit Unterstützungsbedarf, Angehörige und Fachkräfte lassen Fürsorglichkeit zum gemeinsamen Handeln werden. Dies fordert jedoch von allen Beteiligten ein Umdenken und –lernen. Dabei sind gleichberechtigte Mitgestaltung und gute Vernetzungsarbeit entscheidend (vgl. Kricheldorff et al. 2015, S. 410f.). Mitgestaltung bedeutet hier, dass durch das Empowerment-Konzept die Ressourcen der Betroffenen, deren Stärken und Schwächen, hervorgehoben werden und sie selbst als ExpertInnen ihrer Umwelt gesehen werden. Ihnen wird Handlungsfähigkeit auch bei steigendem Pflegebedarf zugesprochen. Die soziale Netzwerkarbeit ist entscheidend für den Aufbau einer Verantwortungsgemeinschaft (vgl. Kricheldorff et al. 2015, S. 410f.).

Werte und Normen müssen zukünftig einem größeren Wandel unterliegen, damit ein Bewusstsein für die Belange der NutzerInnen entsteht. Wichtig ist es zudem, dass der Sozialraum überschaubar ist (maximal 20.000 EinwohnerInnen), eine gute Infrastruktur besteht und, dass persönliche Kontakte entstehen können und Netzwerke erreichbar sind (vgl. Schablon 2016a, S. 540f.). Gegenseitige Vorbehalte gilt es abzubauen. Dabei helfen integrative Bewegungsmöglichkeiten und die "konstruktive Kraft eines gemeinsamen Interesses für etwas Drittes" (ebd., S. 541). Grundvoraussetzung ist jedoch die Reduzierung bzw. die Auflösung von großen Wohngemeinschaften (vgl.ebd., S. 540f.).

4.5.4 Vorteile

Es gibt einige Vorteile, welche das bürgerliche Engagement mit sich bringt. Diese wären zum einen die Herstellung von sozialem Kapital, sowie auch die Aufrechterhaltung von Demokratie und die Stärkung der Identifikation mit dem örtlichen Gemeinwesen, zum anderen führt es zu adäquaten Lösungen in der kommunalen Daseinsvorsorge, was auf längerer Sicht zu Geldeinsparungen führt (vgl. Kircheldorff 2015, S. 408).

Es wäre falsch zu behaupten, dass Community Care als Sparmaßnahme und Personaleingrenzung gesehen wird. Vielmehr eröffnet es neue Tätigkeitsfelder, die Einbindung ins Gemeinwesen und erweitert persönliche Ressourcen (vgl. Schablon 2016a, S. 542). Damit keine Konkurrenz zwischen engagierten BürgerInnen und Fachkräften entsteht, bietet die "Fachdisziplin des Ehrenamtmanagements" (ebd., S. 542) eine "konstruktive Handlungs- und Verhaltenshinweise" (ebd., S. 542).

Menschen mit Unterstützungsbedarf werden ins Gemeinwesen inkludiert und ihre Präsenz erhöht sich. Dies erfolgte auch in der Unteren Lend, in der Menschen mit Unterstützungsbedarf in Wohnungen einzogen und somit nicht mehr separiert von der Gesellschaft, sondern in ihrer Mitten leben können. Dies hat zudem den Vorteil, dass sie selbst lernen Entscheidungen zu treffen und somit auch ihren sozialen Status aufwerten. Dies äußerte sich beispielsweise während der Forschungsarbeit als die BewohnerInnen des Wohnkonzeptes schilderten, dass sie sowohl ihre Freizeit als auch ihre Wohnung nach ihren Wünschen gestalten können. Es ermöglicht ihnen, vielfältige Rollen wahrzunehmen und aktiv in der Gesellschaft mitzuwirken. Professionelle Arbeit und bürgerliches Engagement wirken ergänzend (vgl. Schablon 2016a, S. 542).

Damit die genannten Ideen und Vorteile auch gelingen können, müssen die zuvor genannten Voraussetzungen gegeben sein. Es ergeben sich jedoch auch Kritikpunkte, auf welche im Folgenden eingegangen wird.

4.5.5 Kritik

Kritisch im Zusammenhang mit dem Konzept Caring Communities können vor allem die vielen Voraussetzungen gesehen werden. Die entsprechenden Ressourcen, welche zuvor genannt wurden, müssen gegeben sein, wozu auch eine ausreichende professionelle Begleitung zählt. Es ist zusätzliche Forschung notwendig, um zu erkennen, welches Potential im Konzept steckt. Ein weiteres Problem ist, dass es in ländlichen Gebieten, für welche sich der Community Care Ansatz besser eignet, nur weniger Zukunftschancen gibt. Dies liegt daran, dass die kleineren Lebenskreise mit den Ungleichheiten überfordert sind. Zusätzlich stehen ökonomischer Drucks zur Existenzsicherung mit Forderung nach der unentgeltlicher Unterstützung, sowie freiwilliges Handeln mit verlässlichem Handeln in einem spannungsreichen Verhältnis (vgl. Heusinger et al. 2017, S. 442).

Fazit

Das Konzept Caring Communities beinhaltet also die Idee, den Sozialraum in die Pflege und Betreuungsarbeit von Menschen mit Unterstützungsbedarf zu integrieren. Dies soll vor allem Familien entlasten, aber auch die Autonomie der Betroffenen steigern und sie mehr in die Gesellschaft mit einbeziehen. Ob das Konzept auch im Wohnverbund Hall greifen kann, zeigt sich in den Ergebnissen des Forschungsprojektes. Der Sozialraum wurde zwar nicht direkt zum Konzept befragt, jedoch könnte das Potential aus den Antworten zum Thema nachbarschaftliche Unterstützung gelesen werden. Dasselbe gilt für die Menschen mit Unterstützungsbedarf. Sie wurden hinsichtlich ihrer Kontakte zur Nachbarschaft befragt. Nur den MitarbeiterInnen wurde die Frage direkt gestellt, inwieweit sie Potential für das Konzept sehen. Durch das Konzept könnte Inklusion gefördert werden, allgemeine Vereinsamung schwinden und MitarbeiterInnen eventuell entlastet werden. Es wäre möglich den BewohnerInnen, individuellere Freizeitgestaltung anzubieten und somit auch Bekannten- oder Freundeskreise zu erweitern. Es würde also bedeuten, dass Personen aus der Unteren Lend sich dazu bereit erklären, die BewohnerInnen mit Unterstützungsbedarf in ihrem Alltag zu begleiten.

4.6 Community Care - Ansatz

Bezugnehmend auf das Projekt Caring Communities für Menschen mit Unterstützungsbedarf wird in diesem Kapitel auf den "Community Care - Ansatz" (Schablon 2016b, S. 108) eingegangen.

Der Community Care - Ansatz kommt aus den USA und aus England und tauchte begrifflich erstmals 1966 auf. Er bezieht sich auf Hilfen, die sich auf das jeweilige Gemeinwesen und die Personen, die darin Leben fokussieren. Es geht dabei um eine Entwicklung weg von "eher in sich geschlossenen" (ebd., S. 108) hin zu sozialräumlich ausgerichteten wohnbezogenen Unterstützungsformen. Das bedeutet, dass Unterstützungsangebote an die Bedürfnisse von Menschen mit Unterstützungsbedarfe angepasst werden und somit eine selbstbestimmte Lebensgestaltung fördern sollen. Gleichzeitig soll dies so organisiert werden, dass die Menschen mit Unterstützungsbedarfe in das Gemeinwesen integriert werden und die Hilfen zuerst örtlich aus dem Gemeinwesen bezogen werden, bevor stationäre Hilfen in Anspruch genommen werden. Der Community Care - Ansatz hat somit eine "rechtlich-politische", "räumliche" und "soziale" Komponente (vgl. ebd., S. 108). Der Community Care - Ansatz basiert dabei auf unterschiedlichen theoretischen Ansätzen, die folgend näher beschrieben werden.

4.6.1 Theoretische Ansätze als Basis des Community Care - Ansatzes

"Normalisierungsprinzip" (Schablon 2016b, S. 110): Dieses hat seine Ursprünge in Dänemark und Schweden und basiert auf dem Grundsatz, dass jede Person die Möglichkeit haben sollte, das eigene Leben "normal" (ebd., S. 110) zu gestalten. Dabei geht es um die Forderung nach Rahmenbedingungen die zu einer selbstbestimmten Lebensgestaltung verhelfen. (vgl. ebd., S. 110)

"Kommunitarismus" (Schablon 2016b, S. 110): Der Staat überträgt Gemeinden ein hohes Maß an Entscheidungsmacht. Ziel ist, dass das bürgerschaftliche Engagement gefördert wird. Dadurch soll die "Identifikation und Solidarität" (ebd., S. 110) zum Gemeinwesen gestärkt werden. In diesem "partizipativen und demokratischen" (ebd., S. 111) Ansatz werden Menschen mit Unterstützungsbedarf als Teil des Gemeinwesens angesehen. Bevor "staatliche" (ebd., S. 111) Unterstützungsleistungen angewendet werden, soll bürgerschaftliches Engagement im jeweiligen Gemeinwesen zum Tragen kommen (vgl. ebd., S. 110f.).

"Lebensqualitätsforschung" (Schablon 2016b, S. 111): Die Lebensqualitätsforschung beschäftigt sich mit den Fragen nach dem, was "Lebensqualität" und "ein gutes Leben" (ebd., S. 111) sind. Bezogen auf Menschen mit Unterstützungsbedarf bedeutet dies die Inklusion in das "Gemeinwesen" (ebd., S. 111), orientiert an den Bedarfen, Bedürfnissen und Wünschen der KlientInnen und nicht ausschließlich an dem, was Professionelle als Lebensqualität für diese empfinden (vgl. ebd., S. 111).

4.6.2 Was braucht es, damit der Community Care - Ansatz funktioniert?

"Kommunikations- und Wahlmöglichkeiten" (Schablon 2016b, S. 116): Menschen mit Unterstützungsbedarf müssen über alternative Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten informiert werden. Darauf basierend sollen die persönlichen Wünsche und Bedürfnisse abgeklärt werden (vgl. ebd., S. 116f.).

"Persönliche Netzwerke" (Schablon 2016b, S. 117) sind bei Menschen mit Unterstützungsbedarf eher klein. Dies hängt teils mit der Art des Wohnens zusammen. Da der Community Care - Ansatz fordert, dass Hilfeleistungen primär über persönliche Netzwerke (z.B. Freunde, Familie) erfolgen sollen, ist die Erweiterung von diesen ein wichtiges Ziel (vgl. ebd., S. 117).

Veränderung der Aufgabenstellung des Fachpersonals: Damit sind Veränderungsprozesse hinsichtlich institutioneller Rahmenbedingungen und "professioneller Leitbilder" (Schablon 2016b, S. 118) gemeint, die die Grundlage dafür bilden, dass Professionelle nach dem Community Care

- Ansatz arbeiten können. (vgl. ebd., S. 117f.) Im Wohnverbund Untere Lend haben sich die institutionellen Rahmenbedingungen durch die neue Wohnform verändert. Die Ausführung der Tätigkeiten des Personals orientiert sich an den Bedarfen der Bewohnerinnen. Eigenverantwortung und Selbstbestimmung können dadurch von den BewohnerInnen in einem größeren Ausmaß wahrgenommen werden als in der alten und fremdstrukturierten Wohnform. Hier wurden die BewohnerInnen durch die vorgegebene Alltagsstruktur des Wohnheims fremdbestimmt. In der neuen Wohnform agieren die MitarbeiterInnen als persönliche AssistentInnen und nehmen dadurch eine vorwiegend unterstützende Rolle ein.

4.7 Innovative Wohnformen

Ein wesentliches Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention ist die "Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft" (Seifert 2016, S. 65). Das bedeutet, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf in die Gesellschaft inkludiert werden sollen (vgl. ebd., S. 65). In diesem Kapitel wird der Fokus auf innovative Wohnformen in Form von inklusivem Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf gelegt.

4.7.1 Strukturierung von Wohnformen und Unterstützungsleistungen

Bei der Strukturierung von Wohnformen und damit verbundenen Unterstützungsleistungen gibt es folgende "Dreiteilung": "stationär", "teilstationär" und "ambulant" (Kastl 2006, S. 4).

Stationär und Teilstationär: Stationäre und teilstationäre Wohn- und Betreuungsformen sind dadurch charakterisiert, dass Dienstleistungen an eine "Einrichtung" (ebd., S. 4) gekoppelt sind. Das bedeutet, dass KlientInnen Pflege und Betreuung in dieser Einrichtung erhalten und somit dort einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Unter stationär kann das Leben in einem Wohnheim mit Vollversorgung und dauerhaftem Aufenthalt verstanden werden. Teilstationär sind beispielsweise tagesstrukturierende Maßnahmen wie Werkstätten. Die Inanspruchnahme von stationären und teilstationären Angeboten bringt durch die Fremdstrukturierung Einbußen in der Selbstbestimmung mit sich (vgl. ebd., S. 4f.).

Ambulant: Ambulant bedeutet in diesem Kontext Wohnen in der eigenen Wohnung und den Bezug ambulanter Dienstleistungen vor Ort. Beispiele hierfür sind mobile Pflege- und Betreuungsdienstleistungen. Ambulante Hilfen ermöglichen dabei ein Mehr an "Verantwortung, an Selbstbestimmung und an Spielräumen" (vgl. ebd., S. 4f.).

Bezugnehmend auf das Projekt Caring Communities für Menschen mit Unterstützungsbedarf beziehen sich "Innovative Wohnformen" auf Wohnformen außerhalb des stationären Bereichs.

4.7.2 Hürden in der Umsetzung von inklusiven Wohnformen

Das Recht auf freie Wahl der Wohnform ist für Menschen mit Unterstützungsbedarf auf unterschiedlichen Ebenen eingeschränkt. Folgend werden Hürden der Umsetzung von inklusiven Wohn- und Betreuungsangeboten näher beschrieben.

Festgefahrene Systeme/Strukturen im Behindertenbereich: Es herrschen "traditionelle", seit "Jahrzehnten" etablierte Systeme "stationärer" Wohn- und Betreuungsformen vor (vgl. Aselmeier 2016, S. 45). Diese finden sich in der Gesetzgebung, der Finanzierung und den darauf basierenden Einrichtungen, der Organisationsführung, den Fachpersonalqualifikationen und den Arbeitsweisen wieder. Diese Strukturen lassen sich nur schwer und langsam verändern (vgl. ebd., S. 45).

Angebotsform und persönliche Bedürfnisse passen nicht überein: Die Angebotsform wird nicht an den jeweiligen Bedarf angepasst, sondern umgekehrt. Wohn- und Unterstützungsformen, welche als "zumutbar" (ebd., S. 49) befunden werden, entsprechen nicht immer dem individuellen Bedarf und dem persönlich gewollten Lebensstil. Es scheint beispielsweise zumutbar in einer Wohngruppe zu wohnen, in welcher die Tagesstruktur weitgehend fremdbestimmt wird (vgl. ebd., S. 49).

Stationär vor ambulant: Es herrscht eine Trennung der Leistungsformen zwischen stationär und ambulant. Daran sind wiederum unterschiedliche Kosten- und Finanzierungsarten gekoppelt. Aufgrund der oben genannten starren Strukturen und gesetzlichen Regelungen wird häufig die Finanzierung für "traditionelle" (ebd., S. 50) stationäre Wohnformen und damit verbundenen Dienstleistungen bewilligt. Da meist nur eine Form der Leistung finanziert wird – in diesem Fall vorwiegend die stationären Angebote – wird die Inanspruchnahme von ambulanten Angeboten verwehrt bzw. erschwert (vgl. ebd., S. 50).

Schwierigkeiten selbstbestimmter Entscheidungsfindung: In stationären sowie teil-stationären Wohn- und Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Unterstützungsbedarf ist der Alltag meist umfassend vorgegeben und vorstrukturiert. Die Möglichkeit "eigene Entscheidungskompetenzen" (Aselmeier 2016, S. 56) zu erlernen, ist somit nur eingeschränkt gegeben. Vor allem Menschen, welche einen (Groß-)Teil ihres Lebens in fremdbestimmten "professionellen Hilfesystemen" (ebd., S. 56) verbringen, haben Schwierigkeiten selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Am Beispiel der Wohnform heißt dies, dass meist nur die gegebene Wohnform mit ihren Strukturen

bekannt ist. Dort finden sich der Alltag und das gewohnte Umfeld der KlientInnen wieder. Zufriedenheit beschränkt sich auf das Bekannte. Alternative Wahlmöglichkeiten können dadurch etwas Fremdes darstellen und auch zu Überforderung führen, da die Fähigkeit Entscheidungen zu treffen, erst erlernt werden muss. Kommt es nun zu einer Veränderung der Wohn- oder Betreuungsform, so ist die jeweilige Einrichtung gefordert, ihre KlientInnen bei diesem Veränderungsprozess zu unterstützen und diese in der Entwicklung ihrer Entscheidungskompetenzen zu fördern (vgl. ebd., S. 56).

4.7.3 Paradigmenwechsel – von (teil-)stationär zu Inklusion

Ein Wandel hinsichtlich "wohnbezogener Unterstützungsangebote in der Behindertenhilfe" ist auf unterschiedlichen Ebenen gegeben (vgl. Aselmeier 2016, S. 45) und geht auch mit einem Paradigmenwechsel weg von (teil-)stationären hin zu inklusiven Ansätzen einher. Folgend werden zwei Beispiele für einen Paradigmenwechsel "in wohnbezogenen" Unterstützungsleistungen angeführt (vgl. Schädler, Rohrmann 2016, S. 37).

Die eigene Wohnung anstatt Heimunterbringung: Bei einer Heimunterbringung müssen sich BewohnerInnen aufgrund der vorgegebenen Strukturen und Regeln in den Heimalltag integrieren. Unterstützungsleistungen im Privathaushalt werden hingegen in den Alltag der KlientInnen integriert. Mehr Individualität und Selbstbestimmung sind dadurch möglich. Professionelle fungieren somit als persönliche "AssistentInnen" (ebd., S. 35).

Vom Leben in der der (teil-)stationären Einrichtungen zur "Teilhabe und Inklusion in die Gesellschaft" (Aselmeier 2016, S. 45): Es existiert in den Heimen und Werkstätten eine Parallelwelt zur gesellschaftlichen Außenwelt. Eine Inklusion in die Gesellschaft wird dadurch erschwert oder verhindert. Ein Leben in den eigenen vier Wänden kann einen leichteren Zugang zur Teilhabe im umliegenden Sozialraum ermöglichen (vgl. Schädler, Rohrmann 2016, S. 36).

In der Praxis gibt es bereits Angebote unterschiedlicher innovativer Wohnformen:

- "Einzelwohnungen" für Menschen mit Unterstützungsbedarf gekoppelt an Gemeinschaftsräumen (vgl. Bürkle, Elsäßer, Santos. 2016, S. 134)
- "Wohngemeinschaften" und "Wohngruppen" mit ambulanter Unterstützung für Menschen mit "Assistenz"-, "Pflege"- und "Betreuungsbedarf" (ebd., S. 134f.)
- Privatwohnungen mit ambulanter Unterstützung (vgl. Kastl 2006, S. 5)

Um diese bestehenden innovativen und inklusiven wohnbezogenen Angebots- und Unterstützungsformen aufrechtzuerhalten und auszubauen, bedarf es vielfältiger Wohnangebote zwischen

vollstationärem Wohnen und eigener Wohnung, einem Finanzierungs- und Leistungsmix, der Abkehr von der strikten Trennung zwischen "ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen" (Kastl 2006, S. 5) sowie der Anpassung der Leistungsformen an die Bedarfe der KlientInnen (vgl. ebd., S. 5). Im Wohnverbund Untere Lend wurde durch die neue Wohnform ein inklusives Wohnangebot gekoppelt an eine bedarfsorientierte Betreuung vor Ort geschaffen siehe Kapitel 3.2.

Fazit

Innovatives Wohnen in Form von inklusivem Wohnen erfordert, wie in den Kapitel 4.7.1 bis 4.6.2 beschrieben, eine Information über unterschiedliche Wohnformen, selbstbestimmte Auswahl der Wohnform und Unterstützungsangebote, Anpassung der Angebote an die Bedarfe und nicht umgekehrt und in weiterer Folge die Inklusion in den Sozialraum. Veränderungsprozesse vollziehen sich dabei auf den unterschiedlichsten Ebenen: Menschen mit Unterstützungsbedarf, soziale Netze, Gemeinden, Institutionen, Kostenträger und Politik. Bezugnehmend auf das Wohnprojekt in Hall stellen die Wohnungen der Menschen mit Unterstützungsbedarf gekoppelt an eine ambulante Betreuung mittels persönlicher AssistentInnen eine solche innovative Wohnform und Alternative zur stationären Einrichtung dar.

4.8 Wirkungsorientierung

In diesem Kapitel des Forschungsberichts soll das Thema der "Wirkungsorientierung" (Kubek, Kurz 2015, S. 6) bezogen auf soziale Projekte vorgestellt werden.

Wichtig ist die Wirkungsorientierung für diese Forschung, da sie die Basis für die Forschungsfrage darstellt. Nachdem im Unterricht darüber referiert wurde, wurden letztendlich die "Wirkungen" (Kubek, Kurz 2015, S. 5) des Wohnverbundes in Hall auf die BewohnerInnen, die MitarbeiterInnen und den Sozialraum als Fokus der Forschung festgelegt. Ausgangspunkt ist die "Wirkungsanalyse" (ebd., S. 48) aus dem "wirkungsorientierten Steuerungskreislauf" (ebd., S. 7). Der Fokus in diesem Kapitel wird deshalb einerseits auf der grundlegenden Einführung in dieses Thema liegen, andererseits soll der Steuerungskreislauf näher beschrieben werden.

4.8.1 Einführung in die Wirkungsorientierung

In diesem Kapitel werden wichtige Termini und Konzepte in der Wirkungsorientierung beschrieben, um grundlegend zu erklären, was hinter der Wirkungsorientierung steckt und wie sie funktioniert.

Wirkungen

Wie der Name schon sagt, liegt der Fokus der Wirkungsorientierung auf Wirkungen. Kubek und Kurz definieren sie als "Veränderungen" (ebd., S. 5), welche durch die unterschiedlichen Tätigkeiten in einem Projekt auf unterschiedlichen Ebenen passieren können. Sie treten direkt bei der "Zielgruppe" (ebd., S. 5), in deren persönlicher Umwelt oder im gesellschaftlichen Kontext auf. Als "Impact" (ebd., S.5) wird die gesellschaftliche Veränderung bezeichnet, als "Outcome" (ebd., S.5) die Veränderung auf der Ebene der "Zielgruppen". (vgl. Kubek & Kurz 2015, S. 5)

Auf diesen beiden Ebenen wurde auch versucht, das Forschungsprojekt anzusetzen. Es geht um Wirkungen für die Zielgruppe des Projektes, also die BewohnerInnen, aber auch um die Wirkungen auf MitarbeiterInnen und der Nachbarschaft.

Wirkungstreppe

Gut dargestellt werden diese Ebenen, auf welchen Veränderungen stattfinden, in der sogenannten "Wirkungstreppe" (ebd., Abb. 7). Sie umfasst aber nicht nur Impact und Outcome, welcher innerhalb der Wirkungstreppe noch ausdifferenziert wird in "Veränderungen von Fähigkeiten, Verhalten oder der Lebenslage" (ebd., Abb. 7), sondern zeigt auch, dass der "Output" (ebd., Abb. 7), also die "Leistungen" (ebd., Abb. 7), die ein Projekt anbietet, diesen beiden zugrunde liegt. Von Wirkungen spricht man jedoch erst ab Outcome und Impact (vgl. ebd., Abb. 7).



Abb. 7: Die Wirkungstreppe (Kubek, Kurz 2015, S. 5)

4.8.2 Definition von Wirkungsorientierung

"Wirkungsorientierung bedeutet, dass ein Projekt darauf ausgelegt ist, Wirkungen zu erzielen, und es entsprechend geplant und umgesetzt wird." (ebd., S. 6) Hierfür ist es notwendig, die Wirkungen als Ziele zu formulieren, auf welche sich letztendlich die Maßnahmen und Leistungen eines Projektes ausrichten (vgl. ebd., S. 6).

Da im Rahmen der Wirkungsorientierung im ersten Schritt des "wirkungsorientierten Steuerungskreislaufes" (ebd., S. 7) sehr genaue Überlegungen gemacht werden müssen, was erreicht werden soll und diese Überlegungen zusätzlich im zweiten Schritt immer wieder überprüft werden, steigt das Potential für die Verbesserung der Arbeit und die Erhaltung und Steigerung der Qualität (vgl. ebd., S. 7).

Dem zweiten Schritt im Steuerungskreislauf, der "Wirkungsanalyse" (ebd., S. 7), kommt hier eine bedeutende Rolle zu. Sie hilft grundsätzlich dabei, festzustellen, was mit der Arbeit im Projekt bewirkt wird. Mit diesen Erkenntnissen kann sie in weiterer Hinsicht noch in vielen anderen Bereichen unterstützen: in der Legitimation des Projektes, in der Motivation der MitarbeiterInnen, in der Berichterstattung, in der Verbesserung der Arbeit und so weiter. (vgl. ebd., S. 8).

In diesem Punkt kann auch das Forschungsprojekt eingeordnet werden. Ziel davon ist es, Wirkungen erkenntlich zu machen mithilfe von genau überlegten Fragestellungen, Datenerhebung, Datenanalyse und -interpretation und der Formulierung von Empfehlungen für die Zukunft. Dies sind auch alles Bestandteile des wirkungsorientierten Steuerungskreislaufs, wie in den nächsten Kapiteln sichtbar wird.

4.8.3 Wirkungsorientierter Steuerungskreislauf

Der Steuerungskreislauf beinhaltet drei Teile der Wirkungsorientierung. Dabei handelt es sich nicht um ein lineares Konzept, sondern um einen Zyklus, der nicht nur zu Beginn eines Projektes steht, sondern auch immer wieder während dessen Durchführung stattfinden soll, um veränderte Bedarfe der Zielgruppen oder Umstände in der Durchführung des Projektes erkenntlich zu machen und darauf reagieren zu können (vgl. ebd., S. 11ff.).



Abb. 8: Wirkungsorientierung im Steuerungskreislauf (Kubek, Kurz 2015, S. 7)

4.8.3.1 Planung der Wirkung

Zum ersten Schritt in der Wirkungsplanung gehören wiederum drei Unterschritte, wie oben in der Grafik ersichtlich. Es geht hier um "Herausforderungen und Bedarfe verstehen", "Wirkungsziele setzen" und "Wirkungslogik erarbeiten" (Kubek, Kurz 2015, S. 14).

Im ersten Schritt wird versucht, die Gegebenheiten vor Ort und die "Bedarfe der Zielgruppen" (ebd., S. 13) zu erkennen. So eine "Bedarfs- und Umfeldanalyse" (ebd., S. 14) kann unterstützend sein, um die Schwerpunkte in den im Projekt erbrachten Leistungen richtig zu setzen und dadurch Zielgruppen ein nach vorhandenen Bedarfen konzipiertes Angebot zu stellen. Weiters hilft sie, "Stakeholder" (ebd., S. 14) ausfindig zu machen, "Ressourcen effizient und effektiv einzusetzen" (ebd., S. 14), die Qualität der Leistungen zu verbessern und gegenüber FörderInnen darzustellen (vgl. ebd., S. 14).

Im zweiten Schritt wird versucht, "Wirkungsziele" zu formulieren und zu setzen. Die Basis hierfür liefern die Erkenntnisse, die aus der Bedarfs- und Umfeldanalyse gewonnen wurden. Die genaue Auseinandersetzung mit den Wirkungszielen unterstützt dabei, sich in der Arbeit besser zu "orientieren" (ebd., S. 26). Weiter werden dadurch die Grundbausteine für die Analyse von Wirkungen gelegt, MitarbeiterInnen werden "motiviert" (ebd., S. 26) und außerdem kann die "Qualität der Arbeit" (ebd., S. 26) später besser dargestellt werden (vgl. ebd., S. 25f.).

Im dritten und letzten Schritt geht es um die "Wirkungslogik" an sich (vgl. ebd., S. 34f.). Es gibt unterschiedliche von ihnen, zum Beispiel die "Programmlogik", "Theory of Change" oder "Wirkungsketten" (ebd.). Im Zusammenhang mit der Wirkungsorientierung wird mit dem "Logischen Modell" gearbeitet (vgl. ebd., S.34f.). Alle Logiken verfolgen das gleiche Ziel: Sie sollen die Art und Weise des Funktionierens eines Projektes darstellen:

"Ihre Aufgabe im Rahmen der Projektplanung ist es, die geplanten Wirkungsziele und die zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Ressourcen und die Leistungen, die das Projekt erbringt, in eine systematische Beziehung zueinander zu setzen und dadurch das Projekt auf seine Plausibilität und Machbarkeit hin zu überprüfen." (ebd., S. 33)

4.8.3.2 Analyse der Wirkung

Nachdem nun der Teil der Planung soweit abgeschlossen ist und bereits in die Praxis umgesetzt wurde, ist es auch an der Zeit, diese Umsetzung zu überprüfen. Ein wichtiges Instrument hierfür ist die "Wirkungsanalyse" (ebd., S. 47) welche im besten Falle schon während des "Planungsprozesses des Projektes mitentwickelt" wurde. Doch auch, wenn das Projekt bereits einige Zeit besteht, kann so eine Wirkungsanalyse jederzeit entwickelt und gemacht werden (vgl. ebd., S. 47). Grundsätzlich gibt es hier ebenfalls wieder vier Schritte, wie oben in der Grafik ersichtlich, die es zu beachten gilt: Vorbereitung der Wirkungsanalyse, Entwicklung von Indikatoren, Datenerhebung, Auswertung und Analyse der Daten (siehe Abb. 8).

Vorbereitung der Wirkungsanalyse

"Monitoring" und "Evaluation" (ebd., S. 49) sind wichtige Instrumente der Wirkungsanalyse. Mit ihrer Hilfe werden Daten erfasst und ausgewertet. Sie haben sehr vieles gemeinsam, jedoch lassen sich kleine Unterschiede finden: Das Monitoring fragt mehr nach den Inputs und Outputs und nach dem, was und wie etwas ist. Es geht hier um leicht ersichtliche Wirkungen. Die Evaluation hingegen fragt nach Wirkungen, die schwer erkenntlich sind, und darüber hinaus auch nach dem, warum etwas so ist, wie es ist. Sie geht nicht nur der Frage nach, auf welchem Weg sich ein Projekt befindet, sondern auch, ob dieser Weg derjenige ist, der ursprünglich geplant war (vgl. ebd., S. 49).

Damit sie bestmöglich genutzt werden können, müssen im Rahmen der Vorbereitung der Wirkungsanalyse wichtige Entscheidungen getroffen werden im Hinblick auf Fragen wie:

- Wann wird das Monitoring bzw. die Evaluation am besten durchgeführt?
- Wer soll die Wirkungsanalyse durchführen? Intern oder extern?
- Wer, außer den MitarbeiterInnen, soll/muss noch in die Erhebung der Daten miteinbezogen werden? (zum Beispiel Stakeholder)

Hier handelt es sich hauptsächlich um logistische Fragen, weshalb ebenfalls die Frage nach den Kosten nicht ohne Beachtung gelassen werden sollte (vgl. ebd., S. 50-53).

Letztendlich ist es in diesem Schritt auch wichtig, sich zu überlegen, welche Fragen im Rahmen der Wirkungsanalyse beantwortet werden sollen. Bevor diese aber entwickelt werden, sollten drei andere Fragen beantwortet werden: Für wen wird die Analyse gemacht? Für welchen Zweck wird sie gemacht? Was will man wissen? (vgl. ebd., S. 54). Dies ist vor allem wichtig, um der als äußerst komplex erscheinenden Aufgabe der Wirkungsanalyse eine erste Richtung zu geben. Dabei kann auch helfen, sich vorab zu überlegen, welche Informationen gebraucht werden, zum Beispiel für Berichterstattungen, für Verbesserungsvorschläge und so weiter. (vgl. ebd., S. 55).

Allgemein ist hier noch anzumerken, dass sich Fragen im Laufe des Prozesses verändern können. Es können neue Fragen auftauchen und andere können uninteressant werden. Außerdem ist es möglich, dass während des Prozesses eine Interessensverlagerung stattfindet (vgl. ebd., S. 55).

Entwicklung von Indikatoren

Im zweiten Schritt der Wirkungsanalyse geht es darum, "Indikatoren" (ebd., S. 59), sogenannte "Hinweise" (ebd., S. 59), zu entwickeln, um irgendworan festzumachen, ob ein "Wirkungsziel" (ebd., S. 59) erreicht wurde, oder nicht. (vgl. ebd., S. 59)

Dabei haben sie in den unterschiedlichen Phasen des Projektes unterschiedliche Bedeutungen. In der Planungsphase sollen sie die Situation beschreiben und "Wirkungsziele" (ebd., S. 59) konkretisieren und bilden Anhaltspunkte während der späteren Umsetzung des Projektes, wo sie "wichtiges Instrument der Fortschrittskontrolle, des Lernens und der Steuerung" (ebd., S. 59) sind. In der rückblickenden Betrachtung eines Projektes bilden sie Anhaltspunkte für die "Analyse und Bewertung des Erreichten". (vgl. ebd., S. 59) "Die regelmäßige Beobachtung der Indikatoren ist daher die Voraussetzung für die wirkungsorientierte Steuerung." (ebd., S. 59)

Erhebung der Daten

Im dritten Schritt in der Analyse der Wirkung geht es um die Erhebung der Daten. Nachdem sowohl Fragestellungen als auch Indikatoren entwickelt wurden, geht es nun um die Suche nach Quellen von Informationen und die Art und Weise der Informationserhebung (vgl. ebd., S. 70f.).

Als Informationsquellen gelten hauptsächlich die Zielgruppe und andere Stakeholder. Es können jedoch auch Dokumente, die sowohl innerhalb des Projektes als auch außerhalb davon erstellt wurden, herangezogen werden (vgl. ebd., S. 71).

Für die Datenerhebung an sich können zwei Zugänge gewählt werden. Einerseits kann auf bereits vorhandenen Daten zugegriffen werden. Andererseits können neue Daten erhoben werden. Für die Erhebung von neuen Daten ist es wichtig, sich vorher Fragen zu stellen: Welche Informationen werden gebraucht? Wofür werden Informationen gebraucht? Je nachdem, wie diese Fragen beantwortet werden, sollen die Methoden ausgewählt werden (vgl. ebd., S. 71ff.).

Für die Erhebung der Daten können sowohl quantitative als auch qualitative Methoden herangezogen werden. Quantitative sind zu empfehlen, wenn zum Beispiel Vergleiche gezogen werden sollen oder eine Übersicht der Erfolge dargestellt werden soll. Qualitative Methoden hingegen sind zu empfehlen, wenn es um das Beschreiben und Verstehen von Sachverhalten und Zusammenhängen geht. Sie sind sehr wichtig für diese wirkungsorientierte Analyse, da auch die Erklärung von Wirkungen eine große Rolle spielt (vgl. ebd., S. 73-81).

Analyse der Daten

An letzter Stelle der Wirkungsanalyse steht die Analyse der Daten. Ziel dieser Analyse ist es, die nun gesammelten Daten auszuwerten und zu interpretieren, und aus ihnen heraus Informationen mitzunehmen, die wiederum im Projekt eingesetzt werden können, um Wirkungen zu verbessern (vgl. ebd., S. 86f.).

Wichtig hierbei ist der sogenannte "Plausibilitätscheck" (ebd., S. 89). Qualität in der Forschung sollte nie vernachlässigt werden, weshalb es wichtig ist, diese immer wieder zu kontrollieren. Hierfür ist es ratsam, MitarbeiterInnen und Stakeholder in die Auswertung miteinzubeziehen, die "ExpertInnen der Lebenswelt" sind und sagen können, ob und welche Ergebnisse mit Rückgriff auf ihre eigenen Erfahrungen plausibel erscheinen (vgl. ebd., S. 89).

Letztendlich soll aus den Ergebnissen auch etwas gelernt werden. Es sollen "Handlungsempfehlungen" (ebd., S. 96) formuliert werden, welche auch in Zukunft tatsächlich umgesetzt werden können (ebd., S. 96).

Ein Garant hierfür ist wieder das "partizipative Vorgehen" (ebd., S. 96). Werden zum Beispiel allen Stakeholdern die Ergebnisse präsentiert, können danach gemeinsam Handlungsempfehlungen formuliert werden, "sodass sich die Stakeholder damit identifizieren können und bereit sind, die nächsten Schritte umzusetzen beziehungsweise mitzutragen." (vgl. ebd., S. 96f.)

4.8.3.3 Wirkungen verbessern

Im letzten Schritt der Wirkungsorientierung gibt es erneut zwei Unterpunkte, die den Steuerungskreislauf letztendlich schließen. Beim "Lernen und Anpassen" und "über Wirkung berichten" geht es um "Prozesse, die ineinandergreifen" (ebd., S. 99) und nicht getrennt voneinander ablaufen (vgl. ebd., S. 99).

Ein wichtiges Thema für "über Wirkung berichten" ist Transparenz. Denn es gilt: "Die Wirkung von Projekten kann erst im Zusammenhang mit den angestrebten Zielen und den durchgeführten Aktivitäten angemessen eingeschätzt werden." (ebd., S. 111)

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, kann der Aufbau eines Berichts anhand des "Social Reporting Standards (SRS)" unternommen werden. Er "hilft insbesondere dabei, die Wirkungslogik von Programmen zu dokumentieren und zu kommunizieren." (ebd., S. 113) Gleichzeitig werden

auch andere wichtige Informationen erfasst, wie zum Beispiel Finanzen und Organisationsstruktur (vgl. ebd., S. 113). Dadurch wird nicht nur transparent im Sinne der Vorstellung von Resultaten berichtet, sondern auch in Bezug auf die gesamte Organisation bzw. auf das gesamte Projekt.

4.8.4 Herausforderungen und Grenzen der Wirkungsorientierung

So viel Potential die Wirkungsorientierung auch birgt, so steht sie dennoch vor Herausforderungen und Grenzen.

Eine der größten Herausforderungen besteht wahrscheinlich darin, Wirkungen nachzuweisen, die erst nach längerer Zeit eintreten. In vielen sozialen Projekten zielt die Arbeit auf Wirkungen ab, die erst nach Beendigung des Projektes passieren. Dabei ist es schwierig festzustellen, inwiefern nun das Projekt tatsächlich zur Verbesserung der Situation beigetragen hat (vgl. ebd., S. 82). Das gleiche gilt für Wirkungen, die auf der gesellschaftlichen Ebene stattfinden. Sie treten meist auch erst nach längerer Zeit ein und können im Endeffekt schwer nachvollzogen werden (vgl. ebd., S. 83).

Weiter kann hier das Problem auftreten, dass zu Befragende vielleicht für die Organisation gar nicht mehr zugänglich sind, weil sie entweder nicht mehr auffindbar sind oder nicht mehr befragt werden wollen (vgl. ebd., S. 82).

Eine weitere Schwierigkeit stellt der Nachweis von Wirkungen von offenen Angeboten oder von Präventionsprojekten dar. Auch hier kann oft nicht genau nachgewiesen werden, ob das Projekt direkt Beitrag dazu geleistet hat, dass sich Menschen wohler fühlen oder etwas nicht passiert ist, was vielleicht passieren hätte können (vgl. ebd., S. 84).

Letztendlich ist es wichtig zu vermerken, dass Wirkungsorientierung eindeutig begrenzt ist, und zwar in dem Sinne, dass der direkte Zusammenhang von Projekt und Wirkung nicht zu 100% gegeben ist. Oft ist es in der Sozialen Arbeit so, dass nur andere Rahmenbedingungen geschaffen werden, in welchen zum Beispiel Kinder und Jugendliche letztendlich selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen (vgl. Frey 2008, S. 142f.).

Hier verbirgt sich auch die große Gefahr, dass Wirkungsorientierung missverstanden wird. Durch den Druck der Behörden und der Erwartung nach effektiverer und effizienterer Arbeit, kann der Fokus so gelegt werden, dass nur mehr Wirkungen, die wirklich als wirkungsvoll angesehen werden, durchgeführt und auch finanziert werden (vgl. ebd., 142f.). Dies wäre ein Zugang zur Wirkungsorientierung, der eindeutig am Sinn davon vorbeigeht.

Fazit

Wie bereits in der Einleitung dieses Kapitels erwähnt, war das Thema der Wirkungsorientierung maßgeblich für die Formulierung der Forschungsfrage, welche sich letztendlich auf die Auswirkungen der neuen Wohnform auf die BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und die Nachbarschaft bezieht. Es geht also im Forschungsprojekt "Caring Communities für Menschen mit Unterstützungsbedarf" um den Outcome, also die Wirkungen auf Ebene der Zielgruppe und deren persönlicher Umwelt und zusätzlich um die Wirkungen auf den Arbeitsalltag der MitarbeiterInnen.

Noch einmal anders formuliert, wurde mit diesem Forschungsprojekt also versucht zu analysieren, wie sich das veränderte Leistungsangebot, also der Output des Wohnverbundes Hall, auf die Lebenslage, das Verhalten und die Fähigkeiten der Stakeholder ausgewirkt hat.

Das Forschungsprojekt "Caring Communities" kann somit im Steuerungskreislauf der Wirkungsorientierung in der zweiten Phase, der Wirkungsanalyse, verankert werden. Während der Phase
der Vorbereitung der Wirkungsanalyse wurde versucht, die Fragen, die hier aufgeworfen werden,
wie: Für wen wird die Analyse gemacht? Für welchen Zweck wird sie gemacht? Was will man
wissen? bestmöglich zu beantworten. Dabei wurde konkretisiert, wer der Auftraggeber war und
weshalb dieses Forschungsprojekt stattfindet. Es wurde klar, dass das Forschungsprojekt einerseits als Legitimierung für den Wohnverbund Hall angesehen werden kann und andererseits auch
dazu dient, Empfehlungen für das Projekt zu formulieren und es später auch an andere interessierte Organisationen als Informationsquelle für Umstrukturierungen in deren Leistungsangeboten
weiterzuleiten. Weiter wurde versucht herauszufinden, welche Fragen genau durch die Analyse
beantwortet werden sollen wie in Kapitel 1.1 beschrieben. Die logistischen Fragestellungen wurden teilweise von der Lebenshilfe Tirol beantwortet, zum Beispiel, dass die Evaluation extern
durchgeführt wird. Andererseits beantwortete auch das Forschungsteam die Fragen, zum Beispiel
wer in die Erhebung der Daten miteinbezogen werden soll.

Die nächste Phase, die Entwicklung der Indikatoren, wurde nicht so konkret durchgeführt, wie es von der Wirkungsorientierung gefordert wird. Das Forschungsteam hat sich zwar vorinformiert über mögliche Hinweise in den Veränderungen und über Bereiche, in welchen diese Veränderungen sichtbar werden. Im Vorfeld konkret notiert und ausformuliert wurden sie jedoch nicht. Sie flossen in die Leitfadenstrukturierung und in die Formulierung der Fragestellungen mit ein.

Die Intention hinter den Fragen zielte teilweise sehr direkt auf Veränderungen ab, weshalb die Feststellung von Indikatoren erst in den Ergebnissen passiert. Da es sich aber zum Großteil um eine qualitative Forschung handelt, können die Wirkungen aus den Ergebnissen heraus direkt sichtbar gemacht werden. In der quantitativen Forschung hingegen zielten die Fragen nicht direkt auf Veränderungen ab. Weshalb dies so ist, wird im Kapitel 5.3.3 erklärt.

Da bisher noch keine Daten in Bezug auf eine Evaluierung des Wohnverbundes in Hall vorhanden waren, wurden die Daten neu erhoben. Hierfür wurden unterschiedliche Instrumente benutzt: "Fragebögen", "leitfadengestützte Befragung", "Gruppendiskussionen" und "problemzentriertes Interview". Diese werden in Kapitel 5 ausführlich beschrieben. Hauptsächlich wurden qualitative Erhebungsmethoden benutzt, da auch die Erklärung der Wirkungen als wichtig galt.

Der oben erwähnte Plausibilitätscheck wurde dahingehend durchgeführt, dass die MitarbeiterInnen und BewohnerInnen des Wohnverbundes Hall selbst TeilnehmerInnen der Forschung waren. Sie sind die wichtigsten Stakeholder, weshalb entschieden wurde, sie direkt in die Evaluierung miteinzubeziehen.

Letztendlich wurden aus den Ergebnissen heraus auch Handlungsempfehlungen formuliert, die in Kapitel 7 zu finden sind. Da die wichtigsten Stakeholder Teil der Forschung waren, waren auch ihre Ansichten bezüglich Verbesserungen Teil der Evaluation. Somit konnten diese direkt in die Ergebnisdarstellung miteinfließen.

5 Forschungsdesign

In diesem Kapitel wird ein Überblick über das Forschungsdesign gegeben. Zunächst werden die untersuchungsleitenden Fragestellungen im Detail vorgestellt, dann folgt eine Beschreibung des angewandten Mixed-Methods-Ansatzes, der qualitative und quantitative Methoden kombiniert. Dann werden die einzelnen verwendeten Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung in Bezug auf die drei Zielgruppen BewohnerInnen und MitarbeiterInnen der Lebenshilfe sowie auf die NachbarInnen/den Sozialraum erläutert. Im Sinne der Arbeitsteilung, erfolgte die Forschung mit den drei Zielgruppen durch drei Teams. Diese wurden wie folgt benannt: "Team BewohnerInnen", "Team MitarbeiterInnen" und "Team Sozialraum". Das Team BewohnerInnen wurde durch Simon Prucker, Peer-Berater bei der Lebenshilfe Tirol, beraten und unterstützt.

5.1 Untersuchungsleitende Fragestellungen

Folgend werden die untersuchungsleitenden Fragestellungen der drei Forschungsteams vorgestellt. Für ein besseres Verständnis wird nochmals die Forschungsfrage angeführt:

"Wie wirkt sich das neue Wohnkonzept auf BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und den Sozialraum aus?"

Untersuchungsleitende Fragestellungen "BewohnerInnen":

- Was machen die BewohnerInnen gerne in ihrer Freizeit?
- Haben sie die Möglichkeit, die Freizeitwünsche umzusetzen und was benötigen sie dafür?
- Wie gefällt den BewohnerInnen ihre neue Wohnung?
- Welche Vorteile haben die alte und neue Wohnform im Vergleich?
- Wie gestalten sich die Kontakte zu den anderen BewohnerInnen und zu den NachbarInnen im Wohnkomplex?

Untersuchungsleitende Fragestellungen "MitarbeiterInnen":

- Bei der Gruppe der langjährigen MitarbeiterInnen lag der Fokus auf diesen Fragen:
 - Wie hat sich der Wechsel der Wohnform auf die MitarbeiterInnen und KlientInnen ausgewirkt?
 - o Wie reagierten die Angehörigen auf den Wechsel in die neue Wohnform?
- Bei der Gruppe der neuen MitarbeiterInnen lag der Fokus auf diesen Fragen:
 - o Wie geht es den MitarbeiterInnen und KlientInnen in der neuen Wohnform?
 - Wie wurden die Reaktionen der Angehörigen während bzw. nach dem Umzug erlebt?

Bei beiden Gruppendiskussionen war eine weitere zentrale Frage nach den Erlebnissen mit Nachbarlnnen. Für das Ende der Diskussion wurde noch eine Wunderfrage formuliert. Für das Interview mit der Leitung des Wohnverbundes in Hall lag der Fokus darauf, wie sich die Veränderung der Wohnform auf die Arbeit der Leitung, die MitarbeiterInnen, die KlientInnen, die Angehörigen ausgewirkt hat und welche Potentiale aus der Sicht der Leitung für Caring Communities vorhanden sind.

Untersuchungsleitende Fragestellungen "Sozialraum":

- Wie gestalten sich nachbarschaftliche Kontakte in der Anna-Dengel-Straße?
- Wie häufig finden diese statt?
- Gibt es einen Bedarf an Unterstützung?
- Wie gestaltet sich nachbarschaftliche Unterstützung?
- Welche Personengruppen werden im Sozialraum besonders wahrgenommen?
- Wird eine Zunahme von Menschen mit Unterstützungsbedarf wahrgenommen, seit die KlientInnen der Lebenshilfe in der Anna-Dengel-Straße leben?
- Für welche Personen wird die Wohnanlage als geeignet eingeschätzt? Diese Frage zielte auf die Barrierefreiheit des Sozialraums ab.
- Welche sozialen DienstleisterInnen werden in der Unteren Lend wahrgenommen?

5.2 Mixed Methods

Durch die unterschiedlichen Forschungszugänge der drei Teams wurden qualitative und quantitative Methoden bei der Datenerhebung angewendet. Daher werden hier beide Herangehensweisen allgemein und kurz beschrieben.

Qualitative Methoden: "Qualitative Forschung" hat das Ziel, "Lebenswelten" aus individueller Perspektive der beforschten Personen zu "beschreiben". Dadurch soll "ein besseres Verständnis sozialer Wirklichkeit(en)" entstehen (Flick et al. 2012, S. 14). Qualitative Forschung basiert somit auf dem "Erkenntnisprinzip" des "Verstehens". (vgl. ebd., S. 23). Qualitative Methoden sind zudem durch eine geringe Standardisierung gekennzeichnet. Dadurch ergeben sich mehr Möglichkeiten von Flexibilität und Offenheit gegenüber dem Forschungsgegenstand. Es können dabei unterschiedliche Wege von Forschungszugängen gewählt werden (vgl. ebd., S. 23ff.). Im vorliegenden Forschungsprojekt wurden leitfadengestützte Interviews und Gruppendiskussionen als qualitative Methoden angewendet.

Quantitative Methoden: Quantitative Forschung versucht "Wirklichkeit" zu "erklären" (vgl. Raithel 2008, S. 11). Das Ziel ist dabei den Aufbau und die Beschaffenheit dieser Wirklichkeit und deren

"Zusammenhänge" zu erfassen, welche über das Individuum selbst hinausgehen (ebd., S. 12). Bei der quantitativen Forschung kann durch einen hohen Grad an Standardisierung eine große Anzahl von Daten erhoben und in weiterer Folge verglichen werden. Der Nachteil ist jedoch, dass eine inhaltliche Tiefe und hohe Flexibilität, wie sie bei qualitativen Methoden gegeben sind, nicht möglich sind. Die Ergebnisse der Daten können jedoch verallgemeinert und objektiver dargestellt werden (vgl. Punch 2014, S. 306f.). Im Forschungsprojekt wurde ein voll-standardisierter Fragebogen als quantitative Forschungsmethode eingesetzt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zur Beantwortung der Forschungsfrage die Anwendung von qualitativen und quantitativen Methoden notwendig war. Werden in einer Forschung zur Datenerhebung und –auswertung beide Forschungsarten angewendet, liegt wie im vorliegenden Bericht ein Methodenmix vor (vgl. Punch 2014, S. 302).

Methodenübersicht			
"Team BewohnerInnen"	Team "MitarbeiterInnen"	Team "Sozialraum"	
Beobachtungsbogen	Problemzentriertes Interview	voll-standardisierter Fragebo-	
Halbstandardisiertes Inter- view	Gruppendiskussion	gen	

Tab. 1: Methodenübersicht, eigene Darstellung

5.3 Perspektive BewohnerInnen

Die nun folgenden Abschnitte befassen sich mit der Zielgruppe "Menschen mit Unterstützungsbedarf", welche in den Wohnanlagen Untere Lend ansässig sind und dem für diese Gruppe modulierten Forschungsdesign. Hierbei wird die zu untersuchende Gruppe, sowie die dafür verwendeten Methoden erklärt und mit Literatur fundiert. Zunächst wird die beforschte Gruppe "Menschen mit Unterstützungsbedarf" beschrieben und erläutert, wieso diese einen besonderen Stellenwert hinsichtlich des Forschungsprozesses darstellt.

5.3.1 Beschreibung der beforschten Gruppe

Die Forschungsgruppe "Menschen mit Unterstützungsbedarf" ist für das Projekt "Community Care" besonders präsent, da sie die BewohnerInnen der untersuchten Wohnform sind. Daher war es ein Muss, die "Menschen mit Unterstützungsbedarf" in die Forschung mit einzubeziehen. Hierbei handelt es sich um acht BewohnerInnen mit unterschiedlichen geistigen und körperlichen Beeinträch-

tigungen. Von den sieben männlichen und einer weiblichen Person, ist eine Person in einem Beschäftigungsverhältnis. Die BewohnerInnen sind im Alter von 20 bis 39. Ferner ist einer/eine von ihnen RollstuhlfahrerIn.

Die Neustrukturierung der Wohnform geht konform mit der "UN-Behindertenrechtskonvention". Graumanns Meinung darüber ist:

"Niemand soll zukünftig mehr in Sonderwelten für behinderte Menschen, leben, lernen, arbeiten und seine Freizeit verbringen müssen. Die damit angesprochenen Prinzipien der Selbstbestimmung und Inklusion gelten für alle Lebensbereiche und für alle Menschen mit Behinderung, auch für diejenigen mit starken kognitiven oder komplexen Beeinträchtigung und einem hohen Unterstützungsbedarf" (Graumann 2016, o.S.).

Im Gegensatz dazu lebten die Menschen mit Unterstützungsbedarf in der vorherigen Wohnform zusammen in einem Haus und mussten sich unter anderem eine Küche teilen. Jetzt wohnen sie eigenständig zu zweit in Wohngemeinschaften, die weiterhin von MitarbeiterInnen der Lebenshilfe betreut werden.





Abb. 9: Alte Wohnform

Abb. 10: Neue Wohnform

5.3.2 Begründung und Beschreibung der Methoden

Im folgendem Teil des Berichtes wird auf die angewandten Forschungsmethoden eingegangen. Zudem wird die Begründung für die spezifische Methodenwahl gegeben. Zunächst werden die Themen Partizipation und leichte Sprache erklärt und deren Einbindung in den Forschungsprozess dargestellt. Dem folgt die Beschreibung der angewandten Methoden hinsichtlich genutzter Instrumente, Datenerhebung und -auswertung als auch der genaueren Begründung der Methodenwahl in den Forschungsgruppen.

5.3.2.1 Partizipative - inklusive Forschung

In diesem Kapitel werden zunächst grundlegende Gedanken zur Partizipation in der Sozialen Arbeit erläutert, anschließend werden die Spezifika partizipativer Forschung mit Menschen mit Unterstützungsbedarf dargestellt und dann schließlich Qualitätskriterien Inklusiver Forschung.

Partizipation im Sinne der Teilhabe von Betroffenen, AkteurInnen an Entscheidungen wird in der sozialen Arbeit mittlerweile immer mehr als wünschenswert erachtet, allerdings ist diese je nach Lebenssituationen der Zielgruppen unterschiedlich umsetzbar und es geht darum, die adäquate Form zu finden (vgl. Straßburger, Rieger 2014). Ein hilfreiches Modell zur Charakterisierung des Ausmaßes an Partizipation ist die Partizipationspyramide, die unterschiedliche Stufen der Partizipation darstellt.

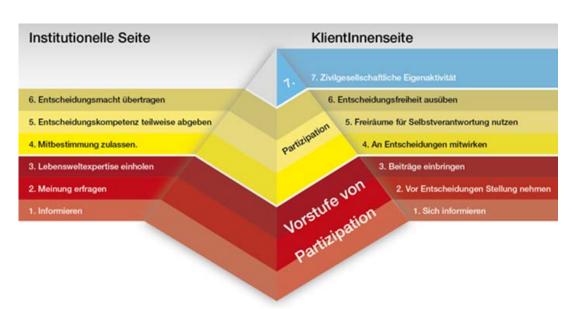


Abb. 11: Partizipationspyramide (Fritz 2015)

Partizipative Forschung heißt, dass im Idealfall Beteiligte und Betroffene, wie z. B. KlientInnen, NachbarInnen, MitarbeiterInnen, Leitungspersonen am gesamten Forschungsprozess beteiligt werden, wobei die Beteiligung auch Entscheidungsmacht umfassen sollte. Dies bedeutet, dass Beteiligte und Betroffene über bloße Information und die Möglichkeit zu Stellungnahmen, die als Vorstufen der Partizipation bezeichnet werden, an forschungsrelevanten Entscheidungen mitwirken, zum Beispiel Fragestellungen und Forschungsziele mitentwickeln, Auswahlentscheidungen für Methoden treffen, bei der Auswertung beteiligt sind. Hella von Unger sieht "inklusive Forschung" als einen Teilbereich "partizipativer Forschung" (von Unger 2016, S. 54) an und verwendet den Begriff "partizipative Forschung" auch für die "Variante" der inklusiven Forschung, wenn es um Forschung mit Menschen mit Lernschwierigkeiten geht (vgl. ebd., S. 54). Demgegenüber spricht Mandy Hauser explizit von "Inklusiver Forschung", für die sie Qualitätskriterien entwickelt hat (vgl. Hauser 2016). In diesem Kapitel werden die Begrifflichkeiten der Autorinnen übernommen, wenn

zunächst auf die Besonderheiten der partizipativen Forschung mit Menschen mit Unterstützungsbedarf eingegangen wird, um dann anschließend die Qualitätskriterien Inklusiver Forschung darzustellen.

Partizipative Forschung wird als eigener Forschungsstil charakterisiert, der eine doppelte Zielsetzung verfolgt, einerseits sollen AdressatInnen, NutzerInnen, AkteurInnen als "Co-Forscher/innen" tätig werden, andererseits soll es durch "Maßnahmen zur individuellen und kollektiven Selbstbefähigung und Ermächtigung der PartnerInnen" zu "Empowerment" kommen (von Unger 2014b, S.1). Es geht also darum, soziale Wirklichkeit zu verstehen und zu verändern - gemeinsam mit den Betroffenen.

Die Besonderheiten einer partizipativen Forschung mit Menschen mit Unterstützungsbedarf liegen darin, dass die Lebens- und Arbeitswelten von Menschen mit Unterstützungsbedarf mit gesellschaftlichen Angelegenheiten verknüpft werden. In der partizipativen Forschung erlangen die allgemeinen Grundsätze der qualitativen Forschung "Offenheit" und "Gegenstandsangemessenheit" (von Unger 2016, S. 55) besondere Bedeutung, da die besonderen Anliegen, Kompetenzen und Ressourcen der beteiligten Personen und Organisationen berücksichtigt werden müssen. Als Konsequenz werden die ForschungspartnerInnen in der partizipativen Forschung oftmals als "Ko-ForscherInnen" bezeichnet (vgl. von Unger 2016, S. 54).

Die Herausforderung bei der Forschung mit Personen mit Beeinträchtigungen liegt darin, dass es keine standardisierte Vorgehensweise gibt und jedes Projekt einen anderen Weg zum Ziel findet. Als Anhaltspunkt können hier die von Unger (2016) definierten Arbeitsschritte fungieren, wobei zu betonen ist, dass sich die Reihenfolge im Projektverlauf noch verändern und spezifizieren kann (vgl. von Unger 2016, S. 54ff.).



Abb. 12: Stationen partizipativer Forschung (von Unger 2014, S. 52 in von Unger 2016, S. 55)

Dies hat auch in diesem Projekt stattgefunden, so entfiel die Auswahl der ForschungspartnerInnen, da die zu befragende Personengruppe für das Projekt von Beginn an bekannt war. Der nächste Schritt besteht darin, dass die Personen, mit denen geforscht werden soll, dementsprechend geschult werden, damit ein partizipativer Prozess möglich gemacht wird. Damit die Befragten als gleichberechtigte PartnerInnen neben den Studierenden an der Forschung teilhaben können, müssen vorerst finanzielle, zeitliche sowie personelle Ressourcen geklärt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Personen über die Bedingungen und die Formen der Unterstützung verständigt werden (vgl. von Unger 2016, S. 58). Die Umsetzung partizipativer Forschung fand vor allem durch die Einbindung des Peer-Forschers Simon Prucker statt, der als Peer-Berater tätig ist und bereits langjährige Forschungserfahrung hat und das Projekt im Rahmen seiner Arbeitszeit unterstützte. Er nahm in diesem Projekt die Rolle des Co-Forschers ein, während die BewohnerInnen nur indirekt an der Mitgestaltung des Forschungsprozesses beteiligt waren, indem sie von Simon Prucker nach den Themen, die sie im Rahmen der Forschung interessieren, befragt wurden. Eine genaue Beschreibung des Forschungsprozesses unter dem Aspekt der partizipativen Forschung findet sich in Kap. 5.3.3.

Mandy Hauser formuliert "Qualitätskriterien Inklusiver Forschung mit Menschen mit Lernschwierigkeiten" (2016, 77-98), die hier kurz vorgestellt werden. Anschließend wird diskutiert, inwieweit die Forschung diesen Kriterien entspricht. Die Überlegungen von Hauser zu Qualitätskriterien sind von einem Konzept von Wissenschaft geprägt, das sehr stark herkömmliche Kriterien wie "Objektivität" oder "Wahrheit" in Frage stellt und stattdessen die Gebundenheit der Wissensproduktion an den jeweiligen Lebensbedingungen der Forschenden betont (ebd., S. 79). Ausgehend von diesem "situierten Wissen" strukturiert Hauser drei Zugänge zu Qualität, die in der folgenden Grafik benannt werden² (vgl. ebd.):

-

² Eine tabellarische Darstellung der Qualitätskriterien findet sich im Anhang.



Abb. 13: Qualitätskriterien Inklusiver Forschung (eigene Darstellung nach Hauser 2016, S.80-91)

Als "grundlegende Werte" sind "Respekt und Wertschätzung", "Kompetenzorientierung" und "Autonomie und Selbstbestimmung" (Hauser 2016, S. 81f.) zu berücksichtigen. Dabei geht es neben der Berücksichtigung traditioneller forschungsethischer Prinzipien wie informierte Einwilligung unter anderem insbesondere darum, die Beteiligten als "gleichwertige und stimmberechtigte Forschungsteilnehmende" (ebd., S. 81) zu betrachten, damit diese nicht ein weiteres Mal diskriminiert und nicht gehört werden. Weiter soll die Forschung darüber hinaus Lern-erfahrungen und Kompetenzaufbau ermöglichen. Dazu gehört auch, die Teilnehmenden durch ihre Rolle in der Forschung ihren Alltag verändern.

Bei der "Gestaltung des Forschungsprozesses" ist auch die "Barrierefreiheit" (ebd., S. 82) immer mitzudenken, von der Gewinnung der ForschungsteilnehmerInnen über die Datengewinnung und -auswertung bis hin zur Darstellung der Ergebnisse. Dabei geht es nicht nur um die Darstellung des Materials zum Beispiel durch Piktogramme oder leicht lesbare Texte, sondern auch um die Zugang zu Örtlichkeiten oder die Rolle von Gatekeepern (vgl. ebd., S. 82ff.). Dass die Gestaltung des Forschungsprozesses entsprechend der Bedingungen angemessen stattfinden soll und damit flexibel sein muss, ist eine logische Folge. Eine weitere zentrale Forderung die jene nach "Transparenz und Offenheit" (ebd., S. 85). Dabei geht es um eine umfassende Information über die Rahmenbedingungen der Forschung, indem etwa über zugrundeliegende Theorien, Risiken und Chancen, Bezahlung, Rollenerwartungen, geplante Veröffentlichungen etc. gesprochen wird.

In Bezug auf die "Zusammenarbeit der Teilnehmenden im Forschungsprozess" (ebd., S. 86) setzt Hauser Inklusive Forschung auf dem höchsten Level partizipativer Forschung an, indem sie die "Kontrolle" der Menschen mit Unterstützungsbedarf über "den Forschungsprozess und die Ergeb-

nisse" (ebd. 87) als zwingend formuliert. Da aber nicht alle gleichermaßen auch beteiligt sein wollen, ist das Ausmaß der Entscheidungsmacht immer wieder neu zu diskutieren. Um bei den Entscheidungen rund um die Forschung gut beteiligt zu sein, braucht es auch entsprechende Kompetenzen, diese aufzubauen, ist eine weitere Forderung. Der "informierten Einwilligung" gebührt in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit, da diese gewährleistet sein muss, gerade aber bei dieser Gruppe an ForschungspartnerInnen formell oft andere Personen entscheidungsberechtigt sind oder auch das Machtgefälle zwischen den professionell Forschenden und anderen Beteiligten besonders groß ist. Daneben ist auch das Kriterium "Schadensfreiheit" (ebd., S. 90) in diesem spezifischen Kontext besonders bedeutsam, da es Re-Traumatisierung, Schäden durch Skandalisierung in den Medien ebenso zu vermeiden gilt wie Beziehungserwartungen, die dann nicht eingelöst werden können.

Für die Bewertung der "Ergebnisse inklusiver Forschung (ebd., S. 80-91) gilt, dass die Frage der "Nützlichkeit" gemeinsam mit den Teilnehmenden diskutiert werden soll, da es ja für sie insbesondere auch um eine "Veränderung" (ebd., S. 92) ihrer konkreten Lebenssituation auf Mikro-, Mesound Makroebene geht. Damit die Ergebnisse auch diskutierbar sind, müssen diese "intersubjektiv" nachvollziehbar sein (vgl. ebd., S. 93). Dies bedeutet, dass nicht nur die klassischen Prozessschritte dokumentiert und dargestellt werden müssen, sondern dass zusätzlich auch noch die hier aufgezählten Kriterien Inklusiver Forschung dokumentiert werden müssen, also zum Beispiel an welcher Stelle wer an Entscheidungen beteiligt war, wie Barrierefreiheit ermöglicht wurde, wie Partizipation konkret umgesetzt wurde. "Validität" (ebd., S. 95) heißt in der inklusiven Forschung etwas Anderes als in der quantitativen, aber auch klassischen qualitativen Forschung. Ein standardisiertes Vorgehen bei der Erhebung- und auch in der Auswertung ist bei Beteiligung der Teilnehmenden nicht möglich, die fortwährende Reflexion unter Berücksichtigung der je persönlichen Erfahrungen, Emotionen, Assoziationen ist umso wichtiger. Damit können die unterschiedlichen Perspektiven sichtbar gemacht werden. Daraus folgt auch, dass Verallgemeinerung nur unter Beschreibung des spezifischen Entstehungskontextes des Wissens vorgenommen werden kann. Inwiefern wurde nun den Qualitätskriterien Inklusiver Forschung entsprochen?

Respekt und Wertschätzung: Den BewohnerInnen stand frei, ob sie an der Forschung teilnehmen oder nicht, eine Person nutzte die Option der Nicht-Teilnahme. Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte wurden die Ergebnisse anonymisiert und auf Angaben, die eine Identifikation der einzelnen BewohnerInnen ermöglichen würde, verzichtet. Durch die vermittelnde Position von Simon Prucker wurde versucht, so weit wie möglich, die Perspektiven und Sichtweisen der BewohnerInnen wiederzugeben. Hierfür reflektierte das Forschungsteam nach jedem Interview mit dem Peer-Berater ihre Eindrücke und die damit einhergehenden Interpretationen. Ferner wurden die Auswertungen der Ergebnisse nochmals dem Peer-Berater vorgestellt und weiteres Feedback eingeholt.

Kompetenzorientierung bzw. Kompetenzentwicklung: Die Entwicklung des Forschungsdesigns und der Instrumente, die Durchführung der Befragung und die Auswertung fand als Kooperation zwischen Simon Prucker und der Studierendengruppe statt. Hier fand sowohl bei den Studierenden als auch bei Simon Prucker durch gegenseitiges Lernen ein Zugewinn an Kompetenzen statt. Ob dies auch bei den befragten BewohnerInnen stattgefunden hat, muss allerdings offen bleiben, da dies auch nicht spezifisch erhoben wurde.

Barrierefreiheit / Angemessenheit: Durch die Verwendung von "Leichter Sprache" (vgl. Kellermann 2013, S. 1) und Piktogrammen bei der Datenerhebung und die Darstellung der Ergebnisse mittels animierter Präsentation³ wurde versucht, die Forschung so barrierefrei und angemessen wie möglich zu gestalten. Ferner wurde auf die Barrierefreiheit geachtet, indem die Befragungen in den Wohnungen der Menschen mit Unterstützungsbedarf stattfanden, welche auf deren Bedürfnisse ausgerichtet sind. So mussten sie keine zusätzlichen Wege und Barrieren auf sich nehmen, um zum Forschungsort zu gelangen.

Transparenz und Offenheit / Informierte Einwilligung: Vor der Entwicklung der Forschungsinstrumente wurden die BewohnerInnen von Simon Prucker über das Forschungsvorhaben informiert, auf die Freiwilligkeit der Teilnahme geachtet, zudem wurden Einverständniserklärungen in einer verständlichen Form ausgefüllt.

Partizipation und Inklusion: Für die BewohnerInnen wurde das Kriterium der Partizipation und Inklusion nur zum Teil erfüllt, es wurde versucht, auch ihre Interessen und Fragestellungen in das Forschungsvorhaben einfließen zu lassen, es wurden jedoch auch auf spezifische Nachfragen von Simon Prucker keine spezifischen diesbezüglichen Erwartungen und Wünsche geäußert. Hinsichtlich der unterschiedlichen Kommunikationsniveaus wurde auf ein interaktives Interview zurückgegriffen, um unterschiedliche Möglichkeiten des sprachlichen Ausdrucks auszugleichen. Dies könnte entstehen, da die ForscherInnen sich verbal möglicherweise anders ausdrücken. Aufgrund dessen hat sich die Gruppe, wie bereits oben beschrieben, dafür entschieden, Piktogramme zur Hilfe einzubeziehen. Auf Partizipation und Inklusion wurde insbesondere durch den Peer-Berater geachtet. Ferner wurden Gesprächspausen der befragten Personen nicht unterbrochen, sodass sie nach ihren Kompetenzen antworten konnten. Durch die Flexibilität des Leitfadens und des Interviews konnte individuell auf die Person eingegangen werden.

Nützlichkeit und Veränderung: Die Forschung hatte definitiv das Ziel, die Stärken und Schwächen der Wohnform herauszuarbeiten, um damit zu einer Optimierung der Situation der BewohnerInnen beizutragen. Dies wurde insbesondere durch die Formulierung von Empfehlungen, in die die Perspektive der BewohnerInnen explizit eingeflossen ist, sichergestellt. Inwiefern diese Empfehlungen auf der Meso- und Makroebene auch umgesetzt werden, kann hier nicht beurteilt werden. Allerdings hat die Projektgruppe durch die Präsentation der Ergebnisse vor BewohnerInnen,

³ Dies erfolgte mittels der Software Powtoon https://www.powtoon.com/

MitarbeiterInnen, Leitungspersonen und anderen Stakeholdern erste Schritte der Verbreitung der Ergebnisse gesetzt. Dass bei der Präsentation die Perspektive der BewohnerInnen mit ihren Bedürfnissen und Wünschen explizit Thema war und auch von Entscheidungsträgern und MitarbeiterInnen gehört wurde, könnte zu einer Stärkung des Selbstbewusstseins beigetragen haben, dies wurde allerdings nicht dezidiert erhoben.

Intersubjektive Nachvollziehbarkeit: Der hier vorliegende ausführliche Bericht dient der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit.

Reflektierte Subjektivität: Die eigenen Anteile, Bilder, Vorannahmen und Emotionen zu reflektieren, war ein zentraler Teil des Forschungsprozesses. Dies wurde durch mehrere Elemente sichergestellt. Die Studierenden verfassten autoethnografische Texte zu forschungsethischen Fragen, aber auch nach dem ersten Kontakt im Feld, im Seminar war im Plenum, aber auch in der Projektkleingruppe der Raum, um sich mit eigenen Befindlichkeiten, Irritationen auseinanderzusetzen.

Validität: Die Frage der Validität wird im Abschnitt zur Diskussion der Ergebnisse (Kap.6.1.2) diskutiert.

Da die Verwendung von Leichter Sprache in den Instrumenten zentraler Aspekt der Barrierefreiheit ist, wird diese im nächsten Kapitel 5.3.2.2 vorgestellt.

5.3.2.2 Leichte Sprache

Der nun folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Thematik "Einfache Sprache und leichter Lesen" im Hinblick auf Menschen mit Unterstützungsbedarf.

Einleitend wird auf die historische Etablierung und die rechtlichen Grundlagen einfacher Sprache eingegangen. Des Weiteren werden AdressatInnengruppen, Kennzeichen und Formen "Leichter Sprache" charakterisiert sowie die elementaren Schritte zur Verfassung eines Textes in Leichter Sprache aufgezeigt (vgl. Kellermann 2013, S. 1). Abschließend wird die universelle Betroffenheit aller Menschen von "schwerer" Sprache festgestellt und darauf aufbauend ein Fazit formuliert. Hinsichtlich des historischen Prozesses lässt sich sagen, dass Leichte Sprache ihre Grundlagen im Verein People First findet, welcher 1974 in den USA gegründet wurde (vgl. Kellermann 2013, S. 1). 1996 entwickelte dieser die Idee einer einfachen Sprache. Im deutschsprachigen Raum trat Leichte Sprache erstmals im Jahre 1997 im Rahmen eines Vereins für Menschen mit Lernschwierigkeiten auf. 1998 stellte die ILSMH (International League of Societies for Persons with Mental Handicap) bereits das erste Regelwerk zur Erstellung und Erklärung Leichter Sprache vor. Österreich beteiligte sich im Rahmen der Vereinigung "Inclusion Europe" an der Entwicklung ausführlicher und detaillierter Richtlinien für Leichte Sprache, welche 2009 publiziert wurden. Daraufhin etablierte sich Leichte Sprache und wird seitdem permanent verbessert und expandiert (vgl. Kellermann 2013, S. 7f.).

2008 wurde in der UN-Behindertenrechtskonvention eine rechtliche Grundlage der Leichten Sprache geschaffen. Artikel 21 a) besagt, dass "Menschen mit Behinderungen für die Allgemeinheit bestimmte Informationen rechtzeitig und ohne zusätzliche Kosten in zugänglichen Formaten und Technologien, die für unterschiedliche Arten der Behinderung geeignet sind, zur Verfügung [zu] stellen" sind (UN-Behindertenrechtskonvention 2008, S. 19). Hier wird deutlich, dass jeder Mensch ein Recht auf notwendige Informationen hat und, dass es Aufgabe der jeweiligen Institutionen ist, dies zu ermöglichen.

Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, wozu Lesen befähigt.

"Die Fähigkeit zu lesen gibt Menschen ein enormes Selbstbewusstsein, da sie in der Lage sind, ihre Sichtweise der Welt zu erweitern und Einfluss auf ihr eigenes Leben zu gewinnen. Durch das Lesen sind die Menschen in der Lage, Ideen, Gedanken und Erfahrungen zu teilen und sich als Personen weiter zu entwickeln." (Europäische Vereinigung der ILSMH 1998, S. 8).

Lesen fördert also die Kommunikation, die Menschen benötigen, um sich und die Welt zu erfahren und über das Erfahrene zu kommunizieren. Leichte Sprache widmet sich Menschen mit geistigen Besonderheiten, Menschen mit einer anderen Art der Beeinträchtigung, die die Fähigkeit zu lesen und zu verstehen beeinflusst, mit einer begrenzten Bildung, älteren MitbürgerInnen, ebenso wie auch Menschen mit Migrationshintergrund, die der Amtssprache nicht mächtig sind. Ferner definiert sich Leichte Sprache durch spezifische Faktoren. Eine leichte Sprache charakterisiert sich durch nur eine Information im jeweiligen Satz, das Ersetzen von unverständlicher Sprache, das Vermeiden bzw. Erklären von technischen Bezeichnungen, die Verwendung von kurzen Wörtern und durch eine deutliche und nachvollziehbare Strukturierung des Textes (vgl. Europäische Vereinigung der ILSMH 1998, S. 8).

Um sich ein gutes Bild von der Bedeutung Leichter Sprache machen zu können, werden nun die elementaren Schritte zur Verschriftlichung eines Textes in Leichter Sprache niedergeschrieben. Dieser Prozess gliedert sich in sechs Schritte, wobei der erste Schritt sich mit der Frage beschäftigt, was man aussagen möchte und warum es für Menschen mit einer geistigen Behinderung wichtig ist. Der nächste Schritt beinhaltet das Herauskristallisieren der Kernaussagen. Aus diesen Kernaussagen wird dann im nächsten Schritt ein Text verfasst. Diese Niederschrift wird im vierten Schritt einem/einer geschulten Expertln zur Korrektur vorgelegt. Dies ist ein besonders wichtiger Moment, da die ausgebildete Person der Peergroup zugehörig ist und so genau sagen kann, ob der Text verständlich ist oder ob es etwaiger Veränderungen bedarf. Der fünfte Schritt befasst sich mit den Korrekturmaßnahmen, welche man in dem Entwurf ergänzt. Als letztes wird der Text nochmals überprüft.

Neben dem Verfassen von Texten (Schriften) gibt es noch weitere Formen der Kommunikation in Leichter Sprache. Diese wären unter anderem Bilder (Piktogramme), Videos, Hörkassetten und interaktive Medien, also Medien, die bewegte Bilder mit Geräuschen enthalten. "Piktogramme sind einfache, auf das Wesentliche reduzierte Zeichen. Sie müssen leicht erkennbar, einprägsam und ohne Erklärung verständlich sein" (Böhringer, Bühler, Schlaich, Sinner 2014, S. 284).

Besonders wichtig ist es, sich jederzeit den Unterschied zwischen Leichter und Schwerer Sprache bewusst zu sein. Nach Wehling betrifft schwere Sprache nicht nur Menschen mit Unterstützungsbedarf, sondern die breite Allgemeinheit. Sprache vermag es, bestimmte Areale unseres Gehirns zu aktivieren. Diese Areale stellen "gedankliche Deutungsrahmen" dar und werden in der Fachliteratur als "Frames" bezeichnet (Wehling 2016, S. 17). Durch den nutzbringenden und bewussten Gebrauch von Sprache, der darauf abzielt Frames zu aktivieren, wird der Mensch unterbewusst manipuliert und gefügig. Insbesondere in der Politik wird diese Methode verwendet (vgl. Wehling 2016, S.17f.).

Die Kommunikation, die Menschen benötigen, um sich auszudrücken, ist in der Forschung von besonderer Bedeutung, da sichergestellt werden muss, dass die InterviewpartnerInnen die Fragen richtig verstehen und uns somit ihre Gedanken mitteilen können. Bedingt dadurch, dass die Forschung sich mit Menschen mit Unterstützungsbedarf befasst, muss auch hier besonders bei der Erstellung der Forschungsmethode und der Fragen auf die Verständlichkeit geachtet werden.

Bezüglich des Fragebogens haben wir uns für eine Mischung aus Piktogrammen entschieden, welche in Leichter Sprache formuliert wurden. Simon Prucker, als Peer-Berater, kontrollierte diese anschließend. In der praktischen Umsetzung übernahm Simon Prucker die Führung des Interviews.

Anhand der bereits oben beschrieben fünf Schritte zur Verfassung von Texten in leichter Sprache wurde das Erhebungsinstrument entwickelt.

Als Fazit wird deutlich, dass Leichte Sprache in der heutigen Gesellschaft ein unabdingbares Gut für die universelle Informationsvermittlung darstellt. Sie dient der Vermittlung aus den unterschiedlichsten Bereichen wie der Politik, Verträgen, Gesetzen sowie Informationen über Verhalten in Notsituationen. Des Weiteren fungiert sie als essentielles Werkzeug des Rechts auf Information für alle. In der Forschung stellt die Leichte Sprache ein elementares Instrument für die Entwicklung der Forschungsmethode und die Kommunikation mit den InterviewpartnerInnen dar.

5.3.2.3 Instrumente

Um sich bestmöglich mit der Thematik Interviews mit Menschen mit Unterstützungsbedarf zu interviewen, vertraut zu machen, haben die Studierenden anfänglich eine intensive Literaturrecherche durchgeführt. Ferner gab es ein Treffen mit Simon Prucker, welcher Peer-Berater ist und uns somit adäquat bei dem Erstellen des Interviewleitfadens zur Seite stand. Wie bereits im Kapitel "Leichte Sprache" beschrieben wurde, haben wir einen Leitfaden entwickelt, welcher nachher mit

Simon Prucker durchgesprochen wurde und etwaige Veränderungen veranlasst wurden. So konnten wir uns sicher sein, dass dieser Fragebogen bestmöglich auf die Zielgruppe zugeschnitten war.

Hinsichtlich der Befragung hat sich die Studentinnengruppe für einen erzählungsgenerierenden "halbstandardisierten Interviewleitfaden" (Bortz, Döring 2015, S. 239) entschieden. Bortz und Döring erklären, dass "[c]harakteristisch für diese Befragungsform [..] ein Interview-Leitfaden [ist], der dem Interviewer mehr oder weniger verbindlich die Art und die Inhalte des Gesprächs vorschreibt" (ebd., S. 239). Aus diesem Grund wurden von den StudentInnen Fragen erstellt, welche präzise auf die Thematik der neuen Wohnform ausgerichtet waren. Dies entspricht auch dem Ziel des erzählungsgenerierenden Interviews. Hierbei werden die Befragten angeleitet, auf bestimmte Thematiken zu antworten (vgl. Dunkel, Weihrich 2012, S. 63f.). Dieser fördert gleichzeitig eine gewisse Interaktion innerhalb des Interviews.

Bei der Erstellung der Fragen wurde auf die Prinzipien der Leichten Sprache, welche in Kapitel 5.3.2.2 beschrieben werden, geachtet. Durch kurze präzise Formulierungen wurde versucht, mögliche Fehlinterpretationen zu minimieren. Zur Veranschaulichung der Fragen wurden zudem aus-



© Lebenshilfe Bremen e.V.



© Lebenshilfe Bremen e.V.

© Lebenshilfe Bremen e.V.

gewählte "Piktogramme" (Böhringer et al. 2014, S. 284) verwendet. Böhringer et. al beschreibt diese als "einfache, auf das Wesentliche reduzierte Zeichen. Sie müssen leicht erkennbar, einprägsam und ohne Erklärung verständlich sein" (Böhringer et al. 2014, S. 284). Demonstrativ folgt ein Beispiel des Interviewleitfadens.

Ferner bietet diese Art des Interviews die Möglichkeit, flexibel auf die jeweilige Situationen zu reagieren, ohne dass der Interviewfluss dabei gestört wird (vgl. Bortz, Döring 2015, S. 239).

Aufbauend auf den Fragebogen entwickelten die Studentinnen einen Beobachtungsbogen, welcher während der Befragung ausgefüllt wurde. Dieser Bogen zielte darauf ab, die soziale Reaktion wie auch sichtbare Emotionen -Mimik und Gestik- während des Gespräches festzuhalten. Hinsichtlich der sozialen Reaktionen konzentrierten sich die Studentinnen auf die Partizipation am Interview und auf die Interaktion mit dem Interviewer. Die sichtbaren Emotionen bezogen sich auf jede einzelne Frage. So befanden sich unterhalb der Fragen mehrere Kriterien, wie im Beispiel sichtbar, welche es anzukreuzen galt.

2. Sichtbare Emotionen- Mimik und Gestik

- Was machst du gerne wenn du nicht arbeiten muss?
 - a. Was brauchst du, damit du das machen kannst, was dir Spaß macht?
 - b. Kannst du das hier in Hall machen?

lächelnd, fröhlich	
ausdruckslos, neutral	
aggressiv, wütend	
unsicher	
traurig	
interessiert, neugierig	
abweisend	
skeptisch	

Abb. 15: Ausschnitt aus dem Beobachtungsbogen (siehe Anhang: Beobachtungsbogen Kapitel 9.1.1.2)

5.3.3 Forschungsprozess

Die Befragung der acht BewohnerInnen fand Mitte Januar 2018 statt. Drei Studierende befragten gemeinsam mit Simon Prucker die BewohnerInnen in ihren Wohnungen in Hall.

Am ersten Befragungstag wurden alle BewohnerInnen, bis auf einer/eine angetroffen. Ein/e BewohnerIn wollte nicht befragt werden. Die nicht angetroffene Person wurde Anfang März 2018 nachträglich interviewt. Auf Grund dieser Umstände standen den Studierenden am Ende sieben Interviews zur Auswertung zur Verfügung.

Die Befragungen wurden nacheinander durchgeführt. Die Befragten wurden jeweils von zwei Studierenden beobachtet und analysiert, während Simon Prucker die Interviews vorrangig führte. Es bestand die Möglichkeit für die Studierenden, sich im Anschluss über jede Frage bei den BewohnerInnen zu erkundigen, wenn etwas nicht verstanden wurde.

Zwei BewohnerInnen wurden gemeinsam befragt. Vereinzelt kam es dazu, dass MitarbeiterInnen oder die MitbewohnerIn für die befragte Person geantwortet oder bei der Antwortfindung unterstützt haben. In der später folgenden Auswertung werden diese Antworten mitberücksichtigt.

5.3.3.1 Datenerhebung

Hinsichtlich der Interviews haben sich die Forscherinnen zuerst Gedanken gemacht, welche Räumlichkeiten am besten geeignet seien. Hierbei hat sich die StudentInnengruppe aufgrund der Empfehlung von Lichtenauer dafür entschieden, die Interviews in den Wohnungen der zu Befragenden durchzuführen. Ein Interview in der privaten Umgebung der Befragten begünstigt ihr Wohlbefinden und wirkt sich somit positiv auf die Konzentration und das Sicherheitsgefühl aus (vgl. Lichtenauer 2012, S. 44). Dies konnten die Studentinnen bereits vor den Befragungen feststellen, da während der Exkursion der Eindruck gewonnen werden konnte, dass die BewohnerInnen sich gerne in ihrer eigenen Wohnung aufhalten.

Die Studentinnen sind für die Befragung erneut auf Simon Prucker, einen Peer-Berater, zurück gekommen. Er hat während der Befragungen die Rolle des Interviewenden eingenommen. Hierdurch konnte gewährleistet werden, dass adäquat auf die zu Interviewenden eingegangen werden konnte.

Simon Prucker hat die Interviews nach dem wie oben beschrieben entwickelten Fragebogen geführt. Während der Durchführung der Befragungen haben die Studentinnen den Beobachtungsbogen ausgefüllt, welcher gleichzeitig als Datenerhebungsinstrument dienlich war.

5.3.3.2 Datenauswertung

Die Verwertung des Interviewmaterials erfolgte durch die Auswertung der Fragebögen zuzüglich der Interpretationen von Simon Prucker und den Beobachtungsbögen der Studierenden.

Nachdem die Interviews geführt wurden, wurden die Aufschriebe der Studentinnen mit den Tonaufnahmen noch einmal verglichen. Zudem wurde jede Befragung mit Simon Prucker nachbesprochen und seine Interpretationen diskutiert.

Anschließend wurden die Fragebögen nach den im Voraus festgelegten Kriterien quantitativ von den Studierenden ausgewertet. Durch interne Diskussionen und kritisches Nachfragen derer, die nicht beim Interview anwesend waren, wurden die für die Forschung relevanten Inhalte herausgefiltert.

Die Ergebnisse zu den Themen "Freizeit", "Neue Wohnung", "Kontakt zu BewohnerInnen", "Kontakt zur Nachbarschaft", "AssistentInnen" sind im Gliederungspunkt 6.1 genauer beschrieben.

5.4 Perspektive MitarbeiterInnen

Der folgende Abschnitt bezieht sich auf den Forschungsprozess, welcher sich auf den Bereich MitarbeiterInnen bezieht. Zunächst werden die Zielgruppe und die angewandten Forschungsmethoden des Einzelinterviews und der Gruppendiskussion beschrieben. Anschließend wird der Verlauf der Forschung geschildert.

5.4.1 Beschreibung der beforschten Gruppe

Die beforschte Gruppe setzt sich aus den MitarbeiterInnen und der Leitung des Wohnverbundes Untere Lend in Hall zusammen. Insgesamt nahmen zehn der zwölf MitarbeiterInnen an den Gruppendiskussionen teil. Davon haben vier der ForschungsteilnehmerInnen die alte Wohnform im Wohnhaus miterlebt und sind seit durchschnittlich 5-6 Jahren bei der Lebenshilfe Tirol angestellt. Die "neuen" MitarbeiterInnen sind größtenteils seit 2017 im Wohnverbund tätig. Einige MitarbeiterInnen arbeiten zusätzlich in anderen Wohnhäusern und in der Mobilen Begleitung. Sie sind daher nicht Vollzeit im Wohnverbund Untere Lend angestellt, sondern teilweise nur wenige Stunden im Monat.

5.4.2 Begründung und Beschreibung der Methoden

In diesem Kapitel sollen die Begründung und die Beschreibung der angewandten Forschungsmethoden für die Forschungsgruppe der MitarbeiterInnen vorgestellt werden.

Mitte Dezember 2017 wurde ein Fragebogen an die MitarbeiterInnen ausgeteilt, um sich erste Inputs für die im Jänner / Februar 2018 durchgeführten Gruppendiskussionen zu holen bzw. sich vorab ein grobes Bild über die Situation der MitarbeiterInnen zu machen. Bevor diese Entscheidung getroffen wurde, wurde überlegt, ob Einzelinterviews die bessere Methode für eine Befragung der MitarbeiterInnen wären. Da aber einerseits nicht die zeitlichen Ressourcen für 13 Einzelinterviews vorhanden waren, und andererseits die Methode der Gruppendiskussion spannender erschien, wurde entschieden, zwei Gruppendiskussionen und ein Einzelinterview mit der Leitung des Wohnverbundes Eva Wopfner durchzuführen.

Um sich besser auf diese Gruppendiskussionen und auch auf das Interview vorbereiten zu können, wurden, wie oben erwähnt, Fragebögen an die MitarbeiterInnen ausgeteilt. Die Auswertung dieser Fragebögen floss aber nicht in die Forschungsergebnisse mit ein, sondern galt als Hilfestellung für die Erstellung der Leitfäden für die Gruppendiskussion und das Einzelinterview.

Die Methode der Gruppendiskussion erschien spannender, da erwartet wurde, dass in der Diskussion erwähnte Antworten und Aspekte ausgiebiger diskutiert als in Einzelinterviews erzählt werden

würden. Da geplant 12 MitarbeiterInnen an der Diskussion teilnehmen sollten, wurden die MitarbeiterInnen in zwei Gruppen geteilt: die langjährigen und die "neuen" MitarbeiterInnen. Der ausschlaggebende Grund für diese Teilung war die Annahme, dass dadurch in den Ergebnissen ein besserer Vergleich von der Situation im Wohnheim und im Wohnverbund hergestellt werden könnte, da die MitarbeiterInnen die BewohnerInnen unterschiedlich lange kennen und die Gruppe der langjährigen MitarbeiterInnen einen direkten Vergleich zwischen altem Wohnheim und dem Wohnverbund ziehen konnte.

Die Leitung des Wohnverbundes wurde in einem Einzelinterview befragt, da sie in ihrer Position noch einmal einen anderen Blickwinkel auf den Wohnverbund Untere Lend hat, z.B. auch aus der Sicht des Managements. Außerdem war es wichtig, den MitarbeiterInnen einen geschützten Raum in den Gruppendiskussionen zu bieten, wo sie offen und ohne Befürchtung von Konsequenzen seitens ihres Arbeitgebers sprechen konnten.

Gruppendiskussion

Die Erhebungsform der "Gruppendiskussion" bzw. der "Fokusgruppen" reicht bis zu über 60 Jahre zurück. Mittlerweile sind sie fixer Bestandteil des "qualitativen Methodenkanon" (Przyborski, Riegler 2010, S. 136) und spielen eine wichtige Rolle sowohl im marktpsychologischen als auch im akademischen Forschungsbereich (vgl. ebd., S, 136).

Zu Beginn wurde sie in den USA noch durchgeführt, um gruppendynamische Prozesse zu analysieren. Später wurde die Methode mehr als Befragung angewandt, indem dem Inhalt einer Diskussion mehr Gewicht verliehen wurde (vgl. Lamnek 2010, S. 372f.).

Eine Gruppendiskussion besteht aus mehreren GesprächsteilnehmerInnen, die zu einem bestimmten Thema "unter Laborbedingungen" (ebd., S. 376) diskutieren. Der/die ModeratorIn setzt zu Beginn der Diskussion einen sogenannten "Grundreiz" (ebd., S. 377), wie zum Beispiel eine das Thema generell betreffende Fragestellung oder eine streitbare Aussage. Dadurch soll die Diskussion angeregt und ins Rollen gebracht werden. Es ist wichtig, dass der darauffolgende Dialog zwischen den GesprächsteilnehmerInnen stattfindet, und nicht zwischen ModeratorIn und einer an der Diskussion teilnehmenden Person (vgl. ebd., S. 377f.).

Die Idee, die letztendlich solche Gruppendiskussionen legitimiert, formulieren Dreher und Dreher so: "In der Dynamik einer Diskussion kommt durch wechselseitige Stimulation das wesentlich Gemeinte zur Sprache; unterstützt wird dies durch die höhere Realitätsnähe der Situation und die Spontanität der Äußerungen." (Dreher, Dreher 1995, S. 186)

Der Leitfaden der moderierenden Person ist grundsätzlich ein strukturierendes Hilfsmittel innerhalb der Gruppendiskussion. Um diesen oben erwähnten spontanen Äußerungen gerecht zu werden, muss der Leitfaden jedoch auch abänderbar sein (vgl. Lamnek 2010, S. 378).

Nach der Durchführung der Gruppendiskussion und deren Aufzeichnung mit Videokamera oder Aufnahmegerät, wird der Diskussionsverlauf transkribiert (vgl. ebd., S. 378). Um diese Daten auszuwerten, kann zum Beispiel die "qualitative Inhaltsanalyse" nach Mayring angewandt werden (vgl. Mayring 2002, S. 114f.).

Problemzentriertes Interview

Mit der Leitung des Wohnverbundes Untere Lend wurde ein Einzelinterview durchgeführt. Als Vorlage für die Art der Durchführung des Interviews kann das "problemzentrierte Interview" nach Witzel (vgl. Kruse 2014, S. 155, Lamnek 2010, S. 332ff.) angesehen werden. Es handelt sich um ein leitfadengestütztes Interview (vgl. Kruse 2014, S. 155).

Die Idee hinter dem problemzentrierten Interview ist das Interesse nach "unterschiedlichen sozialen Problemstellungen, die aus der Sicht der Befragten dargestellt und erörtert werden sollen" (Kruse 2014, S. 155). Bevor solche Problemstellungen besprochen werden, bereitet sich jedoch der/die InterviewerIn mit Literaturrecherche, mit Gesprächen mit ExpertInnen und eigenen Untersuchungen im Forschungsfeld auf das Interview vor (vgl. Lamnek 2010, S. 332f.).

Genau dies fand auch vor dem Interview mit der Leitung und auch vor den Gruppendiskussionen statt. Die Forschungsgruppe hat sich mit MitarbeiterInnen des Wohnverbundes unterhalten, sich mit theoretischen Konzepten passend zum Konzept des Wohnverbundes beschäftigt und sich die Räumlichkeiten des Wohnverbundes angesehen.

Ein weiteres Hilfsmittel für die erste Erhebung von sozusagen Vorinformationen war im Fall des Forschungsprojektes auch der Fragebogen, der ebenfalls mit in die Strukturierung des Leitfadens eingeflossen ist. Auch Lamnek erwähnt ihn als eine der Techniken für die Datenerfassung (vgl. Lamnek 2010, S. 335).

Hauptbestandteil für so eine Art von Interview ist der Leitfaden, der von dem/der Forschenden entwickelt wird. Während des Interviews dient er als Orientierung, welche Themen bereits besprochen wurden, und welche noch ausständig sind. Noch ausständige Themen sollten von dem/der InterviewerIn während des Gesprächs noch angesprochen werden (vgl. ebd., S. 335).

Ein problemzentriertes Interview funktioniert vom Ablauf her ähnlich wie eine Gruppendiskussion. Die Themen werden zu Beginn vorgestellt, dann werden sogenannte Grundreize gesetzt, zu denen der/die Befragte etwas erzählen soll. Durch gezieltes Fragen werden Themenbereiche abgesteckt, die, wie bereits erwähnt, in der Vorbereitungsphase bestimmt und im Leitfaden notiert wurden (vgl. Lamnek 2010, S. 334).

Das Interview wird mithilfe von Diktiergeräten oder auch Videokameras aufgenommen. Das darauf basierende Transkript kann noch durch ein "Postskript" (ebd., S. 335) ergänzt werden.

Das Auswertungsverfahren des problemzentrierten Interviews verläuft letztendlich anders, als es in diesem Forschungsbericht durchgeführt wurde. Das klassische Auswertungsverfahren funktioniert in drei Etappen (vgl. Lamnek 2010, S. 336). Hier geht es darum, "typische Varianten herauszufiltern, mit dem Ziel "kollektive Handlungsmuster" (Witzel 1985, S. 243) bestimmen zu können. Für die Auswertung des Interviews mit der Leitung wurde ebenfalls wie für die Gruppendiskussionen die "qualitative Inhaltsanalyse" nach Mayring angewandt (Mayring 2002, S. 114f.), da das Interview als Ergänzung für die Gruppendiskussionen und als weitere Datengenerierung angesehen werden kann.

5.4.3 Forschungsprozess

Der eigentliche Forschungsprozess begann nach der Entwicklung des Forschungsdesigns und erstreckte sich von Dezember 2017 bis April 2018. Dieser Prozess wird im Folgenden beschrieben.

5.4.3.1 Datenerhebung

Nachdem die Methoden für den Forschungsprozess festgelegt und entwickelt wurden, begann der eigentlichen Forschungsprozess über die MitarbeiterInnen der Lebenshilfe Tirol.

Begonnen wurde mit den Fragebögen für die MitarbeiterInnnen. Ideen für den Fragebogen und die Gruppendiskussionen wurden anhand einer Besichtigung des Wohnverbundes gesammelt. Die Studierenden konnten mit zwei MitarbeiterInnen sprechen und sich anschließend die Wohnungen der BewohnerInnen anschauen. Die Fragebögen wurden am 20. Dezember 2017 ausgeteilt und im Zuge dessen wurde das Forschungsprojekt den MitarbeiterInnen kurz persönlich vorgestellt. Am 08. Januar 2018 wurden die Fragebögen wieder eingesammelt. Von 13 ausgeteilten Bögen gab es einen Rücklauf von zehn Fragebögen. Die Fragebögen wurden ausgewertet und relevante Tatsachen mit in den Leitfaden der Gruppendiskussion mit aufgenommen.

Die erstellten Leitfäden für die Gruppendiskussionen und das Einzelinterview sollten bei der Befragung vier Themenbereiche abdecken - die MitarbeiterInnen selbst, die BewohnerInnen, die Angehörigen sowie die Nachbarschaft. Zu jedem Themenbereich wurden Fragen entwickelt, die den jeweiligen Themenbereich erschließen sollten. Der Fokus war bei den jeweiligen Befragungen jedoch unterschiedlich. Bei der ersten Gruppendiskussion mit den langjährigen MitarbeiterInnen lag der Fokus auf der Veränderung zwischen dem alten und neuen Wohnkonzept in den vier Themenbereichen. In der zweiten Gruppendiskussion auf der aktuellen Ist-Situation in den Themenbereichen in der neuen Wohnform. Im Einzelinterview lag der Fokus ebenfalls auf den Veränderungen

im alten und neuen Wohnkonzept sowie dem organisatorischen Aufwand in der Gestaltung des neuen Wohnkonzeptes.

Nachdem die Leitfäden für die Gruppendiskussionen fertig gestellt wurden, fand die erste Gruppendiskussion mit den langjährigen MitarbeiterInnen am 24. Januar 2018 in der MitarbeiterInnenwohnung in Hall statt. Von sechs eingeplanten MitarbeiterInnen waren vier anwesend. Die Gruppendiskussion dauerte ca. zwei Stunden.

Die zweite Gruppendiskussion fand am 07. Februar 2018 ebenfalls in der MitarbeiterInnenwohnung in Hall statt und dauerte ca. zwei Stunden. Es waren alle sechs "neuen" MitarbeiterInnen anwesend.

Der letzte praktische Teil des Forschungsprozesses fand am 7. März 2018 statt. An diesem Tag wurde das Interview mit der Leiterin des Wohnverbundes geführt. Das Interview fand in einem Raum des Management Centers Innsbruck statt und ging ebenfalls ca. zwei Stunden.

5.4.3.2 Datenauswertung

Nachdem die Erhebungsphase der Befragung der MitarbeiterInnen abgeschlossen war, wurden die Ergebnisse ausgewertet. Über den Zeitraum vom 08. März 2018 bis zum 19. März 2018 wurden das Interview und die beiden Gruppendiskussionen transkribiert. Bei der Transkription der Gruppendiskussion und des Einzelinterviews haben wir uns an ein "Einfache Transkriptionssystem" von Dresing und Pehl (2015, S. 20) gehalten. Dieses System hält die Transkription so einfach wie möglich. Es werden dabei folgende Regeln befolgt: Es wird Wort für Wort transkribiert und nicht zusammengefasst. Werden Interviews im Dialekt geführt, wird das Gesagte, wenn möglich, ins Hochdeutsche übersetzt. Satzformen und Wortverschleifungen bleiben gleich. Ausgelassen werden Stottern sowie Satz- und Wortabbrüche. Doppelungen werden nur genannt, wenn dies wichtig für die Bedeutung der Aussage ist. Für eine bessere Lesbarkeit werden Pausen anhand von drei Punkten in Klammer markiert, Unverständlichkeiten mit (unv.) gekennzeichnet und Interpunktionen bei Pausen oder Stimmlagenveränderungen vorgenommen. Emotionen werden gekennzeichnet und InterviewerInnen und Befragte mit I. und B. abgekürzt (vgl. Dresing, Pehl 2015, S. 21f.). Im Zeitraum vom 20. März 2018 bis zum 11. April 2018 wurden die drei Transkripte mit dem Computerprogramm MAXQDA codiert und nach der strukturierenden, qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet und analysiert.

5.5 Perspektive Sozialraum

In diesem Kapitel wird aus der Perspektive des Sozialraumes zuerst der beforschte Sozialraum beschrieben. Danach findet eine Beschreibung und Begründung der Forschungsmethode statt.

Abschließend wird auf den Forschungsprozess samt Datenerhebung und –auswertung eingegangen.

5.5.1 Beschreibung des beforschten Sozialraumes

Bei der Beforschung des Sozialraumes war es zuerst wichtig, diesen genau festzulegen. Dabei einigte sich die Forschungsgruppe auf den gesamten Wohnkomplex der Anna-Dengel-Straße in der Unteren Lend. Ziel der Befragung war es, herauszufinden, wie sich die neue Wohnform der Lebenshilfe auf den Sozialraum auswirkt. Für die Forscherinnen lag eine spezielle Ausgangslage vor, da It. mündlichem Hinweis von Herrn Kerer Lorenz die Nachbarschaft durch die Lebenshilfe gewollt nicht über den Einzug der KlientInnen informiert wurde (Kerer 2017). Auf Basis dieser Information wurden das Forschungsdesign gestaltet und grundlegende Entscheidungen bzgl. Methodenwahl und forschungsethischen Überlegungen getroffen.

5.5.2 Begründung und Beschreibung der Methode

Zur Beforschung des Sozialraumes entschied sich die Forschungsgruppe quantitativ zu forschen, um möglichst viele BewohnerInnen des Wohnkomplexes in der Anna-Dengel-Straße zu erreichen und somit den Datenrücklauf zu erhöhen. Zur Datenerhebung wurde die Methode der quantitativen Befragung mit qualitativen Elementen ausgewählt.

Die "Befragung" (Raithel 2008, S. 65) ist das am häufigsten verwendete Instrument zur Datenerhebung und kann in unterschiedlicher Art und Weise ausgestaltet sein. Sie zielt als "geplanter Kommunikationsprozess" (ebd., S. 65) darauf ab, Ansichten und Einschätzungen der befragten Personen zu erheben. Die Wissenschaftlichkeit der Befragung ist dadurch charakterisiert, dass sie "zielgerichtet" und "systematisch" erfolgt (vgl. ebd., S. 65). Die Studierenden haben sich in Bezug auf die Forschungsfrage und hinsichtlich der Ressourcen für einen voll-"standardisierten" "Fragebogen" (ebd., S. 66) entschieden. Die Struktur der Fragen wurde dabei zur Gänze von den Studierenden vorgegeben. Da bei der Gestaltung des Fragebogens die "Formulierung" der "Fragen" sowie der "Aufbau" des gesamten Fragebogens ausschlaggebend sind, um "Verzerrungen" (ebd., S 67) möglichst zu vermeiden, hat sich die Forschungsgruppe intensiv mit der Erstellung des Fragebogens auseinandergesetzt. Um das Ziel der Befragung und gleichzeitig auch ethische Prinzipien (siehe Kapitel 6.3.2.3) einzuhalten, hat sich die Forschungsgruppe entschieden thematisch verdeckt zu forschen. Das bedeutet, dass im Fragebogen keine direkten Fragen zu den KlientInnen der Lebenshilfe angeführt wurden, um einen negativen Fokus auf diese zu vermeiden und auch, um herausfinden zu können, ob die KlientInnen überhaupt im Sozialraum wahrgenommen werden.

Die Formulierung der Fragen wurde daher so gestaltet, dass der Fokus der Befragung auf das nachbarschaftliche Zusammenleben in der Anna-Dengel-Straße gelegt und der Fragebogen (siehe Kapitel 9) dahingehend erstellt wurde. Dieser bestand dabei insgesamt aus 14 Fragen. Bei einem Fragebogen können "geschlossene", "offene" und "halboffene" Fragen formuliert werden (vgl. Raithel 2008, S. 68). Bei geschlossenen Fragen ist die Antwortmöglichkeit vorgegeben, bei offenen Fragen muss die befragte Person, die Antwort selbst formulieren. Halboffene Fragen bestehen aus einer vorgegebenen Antwortauswahl gekoppelt an eine offene Antwortmöglichkeit. Durch diesen Mix erhielt der an sich quantitative Fragebogen, qualitative Elemente. Da die geschlossenen sowie halboffenen Fragen im Vergleich zu offenen Fragen durch eine höhere "Vergleichbarkeit" der Ergebnisse, mehr "Objektivität" (ebd., S 68) bei der Datenerhebung und -auswertung aufweisen und ressourcenschonender sind, wurden diese Frageformen deutlich häufiger im Fragebogen verwendet (vgl. ebd., S. 68).

Frageformulierungen sollten "kurz, einfach", "eindeutig" (ebd., S. 73) und leicht verständlich gestaltet sein. Da die Forschungsgruppe im Vorfeld erfahren hat, dass im Wohnkomplex auch Menschen mit Migrationshintergrund leben, war sie bemüht diese Regeln umzusetzen, um "Formulierungsfehler" wie z.B. mangelnde "Verstehbarkeit" (ebd., S. 73) und Frageformulierungen wie Suggestivfragen, welche das Risiko von Verzerrungen erhöhen, zu vermeiden (vgl. ebd., S. 73).

Der Aufbau des Fragebogens wurde so gestaltet, dass zuerst eine erklärende Einleitung zum Befragungsinteresse, Ausfülldauer und eine Kontaktperson angeführt wurden. Die Einleitung des Fragebogens bildeten sozioökonomische Fragen. Im nächsten Schritt wurden die Themen Wohndauer, nachbarschaftliche Kontakte und Unterstützung abgefragt. Danach bezog sich der Fragebogen auf die Wahrnehmung von bestimmten Personengruppen, die gegenseitige nachbarschaftliche Unterstützung und die Wahrnehmung sozialer DienstleisterInnen in der Anna-Dengel-Straße. Die offene Frage "Fehlt Ihnen etwas in der Unteren Lend?" bildete den Abschluss.

Beim gesamten Aufbau des Fragebogens wurde, wie auch Raithel (2008, S. 75ff.) beschreibt, auf einen thematischen Zusammenhang und auf eine Spannungssteigerung geachtet. Um die Motivation der Befragten zu erlangen und aufrechtzuerhalten wurde eine möglichst kurze Befragungsdauer von drei bis fünf Minuten gewählt.

Die Erstellung und Anwendung des Fragebogens sowie die Datenauswertung mit den Programmen Google Drive, Excel und MAXQDA werden im anschließenden Kapitel Forschungsprozess näher beschrieben.

5.5.3 Forschungsprozess

In diesem Kapitel wird der gesamte Forschungsprozess des "Teams Sozialraum" abgebildet. Dabei werden die Datenerhebung und -auswertung näher beschrieben.

5.5.3.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung gliederte sich in mehrere Phasen und Schritte, welche im Folgenden näher geschildert werden.

Vorbereitungsphase

Diese Phase diente der Vorbereitung auf die Erhebungsphase. Sie erstreckte sich über den Zeitraum Dezember 2017 bis inklusive Jänner 2018. Die vier Forscherinnen der Gruppe "Sozialraum" durchliefen dabei folgende Schritte:

Festlegung des Sozialraums: Um die Forschungsfrage beantworten zu können, musste im ersten Schritt der Sozialraum festgelegt werden. Um nähere Informationen über diesen zu erlangen, trafen sich zwei Forscherinnen mit Herrn Mag. Paul Klumpner. Dieser ist zum Forschungszeitpunkt Gemeinwesenarbeiter beim Verein "KommEnt" in der Unteren Lend in Hall. Nach Rücksprache mit diesem und nach Diskussion in der Forschungsgruppe "Sozialraum" wurde der Wohnkomplex in der Anna-Dengel-Straße als Sozialraum festgelegt.

Erarbeitung und Fertigstellung des Fragebogens: Um herauszufinden, wie sich die neue Wohnform der Lebenshilfe auf den Sozialraum auswirkt, haben sich die Forscherinnen dazu entschieden, die Nachbarschaft verdeckt zu befragen. Der Fragebogen wurde daher zum Thema nachbarschaftliches Zusammenleben in der Anna-Dengel-Straße erstellt. Damit nicht sofort auf die BewohnerInnen der Lebenshilfe geschlossen wird bzw. diese beim Fragebogen nicht in den Mittelpunkt zu rücken, wurden die Fragen so formuliert, dass bei der Beantwortung verschiedene Personengruppen gewählt werden konnten. Diese bezogen sich neben Menschen mit Unterstützungsbedarf auch auf Familien, Jugendliche, Alleinerziehende usw. Der Erstentwurf des Fragebogens wurde grundlegend überarbeitet, da der Fokus zu stark auf das Thema Behinderung / Beeinträchtigung ausgerichtet war und somit ein verdecktes Befragen nicht mehr möglich gewesen wäre. Weiter wurde die finale Version des Fragebogens gedruckt und insgesamt 666 Fragebögen für die Briefkasteneinwürfe und die "Face-to-Face-Befragungen" (Bortz, Döring 2016, S. 413) vorbereitet.

Einwurfboxen und Informationsschreiben: Die Forscherinnen gestalteten jeweils 23 Einwurfboxen und Informationsschreiben zur Befragung selbst. Beides wurde vor Beginn der Befragung

in den Stiegenhäusern des Wohnkomplexes angebracht. Während der Vorbereitungsphase wurde die MitarbeiterInnen-Wohnung der Lebenshilfe, welche sich auch im Wohnkomplex befindet, von den Forscherinnen für die Vorbereitungstätigkeiten mitgenutzt.

Vernetzung: Um die Nachbarschaft in der Anna-Dengel-Straße besser kennen zu lernen, besuchten die Forscherinnen im Jänner 2018 ein Stadtteilfest im Areal des Wohnkomplexes. Dieses wurde von Mag. Paul Klumpner veranstaltet. Es konnte somit eine erneute Vernetzung mit diesem stattfinden. Weiter ergab sich die Möglichkeit die Bürgermeisterin von Hall, Frau Dr. Posch Eva Maria, kennenzulernen. Diese wurde von den Forscherinnen über die bevorstehende Befragung informiert.

Feldphase

Die Datenerhebungsphase fand im Zeitraum 02.02.2018 bis 15.02.2018 statt. Die Forschungsgruppe führte in dieser Zeitspanne die Befragungen im Wohnkomplex in der Anna-Dengel-Straße durch.

Es wurden insgesamt 666 Fragebögen ausgeteilt. Die Befragungen erfolgten Großteils per Brief-kasteneinwurf in Form eines "Paper-Pencil-Fragebogens" (Bortz, Döring 2016, S. 413). Dabei erhielt jede Wohnung unter der Annahme von Mehrpersonenhaushalten zwei Fragebögen mit je einem Kuvert zur Retournierung. Bei jenen Wohnhäusern, in welchen Klientlnnen der Lebenshilfe wohnen, wurden "Face-to-Face-Befragungen" (Bortz, Döring 2016, S. 413) durchgeführt. Dabei handelte es sich um insgesamt drei Wohnhäuser in der Anna-Dengel-Straße. Bei Nicht-Erreichbarkeit der zu befragenden Personen wurde auch hier der Briefkasteneinwurf durchgeführt. Die Vorteile der Face-to-Face-Befragungen sind, dass Rückfragen sofort beantwortet werden können und durch das gleichzeitige Wiedereinsammeln die Rücklaufquote im Vergleich zum alleinigen Postkasteneinwurf erhöht werden kann (vgl. ebd., S. 413).

Die Face-to-Face-Befragung wurde immer zu zweit durchgeführt. Dabei konnte eine Forscherin die Befragung durchführen und die zweite Forscherin den Befragungsablauf beobachten. Dieser Vorgang ermöglichte zudem eine anschließende gemeinsame Reflexion der Befragungssituation. Ein wichtiger Faktor die Erhebung zu zweit zu vollziehen, war auch das Sicherheitsgefühl der Forscherinnen. Die befragten Personen waren den Forscherinnen nicht bekannt und sie fühlten sich nach Rücksprache untereinander in Zweier-Teams sicherer.

Die Durchführung der Face-to-Face-Befragungen erfolgte in zwei Durchläufen pro Wohnhaus. Das bedeutet, dass beim ersten Befragungsdurchgang jene Personen befragt wurden, die bei ihrer Wohnung angetroffen wurden. Beim zweiten Durchlauf wurden jene Personen nochmals versucht zu befragen, welche beim ersten Mal nicht erreicht wurden.

Für die Retournierung der ausgefüllten Fragebögen gab es zwei Möglichkeiten:

- Die Forscherinnen nahmen diese bei den Face-to-Face-Befragungen wieder mit.
- Bei Personen, die den Fragebogen ohne die Forscherinnen und zu einem späteren Zeitpunkt ausfüllen wollten und jene Befragten, die eine Briefkasteneinwurf bekamen, hatten die Möglichkeit die Fragebögen in die dafür vorgesehen Einwurfboxen zu retournieren. Diese wurden von den Forscherinnen in jedem Stiegenhaus deponiert.

Am 16.02.2018 wurden die Einwurfboxen von den Forscherinnen eingesammelt. Es gab einen Rücklauf von 184 ausgefüllten Fragebögen. Da der Fragebogen mit dem Programm Google Drive erstellt wurde, entschlossen sich die Forscherinnen dazu, die Daten der ausgefüllten Fragebögen auch über dieses zu erheben. Dazu wurde jeder retournierte Fragebogen nochmals als Online-Fragebogen ausgefüllt und die Daten somit abgebildet.

5.5.3.2 Datenauswertung

Der Datenrücklauf wurde - wie schon erwähnt - anschließend händisch in Google Drive eingetragen. Die Daten, welche in Google Drive eingetragen wurden, konnten in eine Excel Datei exportiert werden. Mit der daraus resultierenden Excel Datei wurde weitergearbeitet.

Aus den Antworten der offenen Fragen wurden im Programm MAXQDA Codes und in weiterer Folge Kategorien gebildet und wiederum ins Programm Excel übertragen. Dabei wurde nach der "Inhaltsanalyse" nach Mayring vorgegangen (vgl. Mayring 2015, S.11).

Der weiteren Daten der 184 Fragebögen wurde in Excel ausgewertet und interpretiert. Die daraus resultierenden Ergebnisse wurden ebenfalls durch Excel grafisch dargestellt.

6 Ergebnisse

Dieses Kapitel ist den Ergebnissen der Forschung gewidmet. Die drei gebildeten Forschungsgruppen "BewohnerInnen", "MitarbeiterInnen" und "Sozialraum" erläutern ihre Ergebnisse, beschreiben die Aussagekraft dieser, reflektieren die genutzten Methoden und ethischen Aspekte und gehen in Diskussion mit theoretischen und praktischen Zusammenhängen.

6.1 Ergebnisse Perspektive BewohnerInnen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragungen, nach den in Kapitel 5.3.3.2 genannten Kategorien geordnet und kurz erläutert. Aus Gründen der Verständlichkeit wurden die Aussagen in Worte der Studierenden umformuliert.

6.1.1 Ergebnisdarstellung

Die Resultate zum Thema Freizeit zeigen, dass die BewohnerInnen in ihrer Freizeit gerne aktiv sind. Hierzu gaben vier der Befragten an, ihre Freizeitaktivitäten in Hall machen zu können. Einer/Eine braucht in der Freizeit Unterstützung, zwei andere benötigen wiederum, nach ihren Angaben, keine Hilfe. Den Bus zu benötigen, gab eine Person an.

Auf die Frage, wie ihnen die neue Wohnung gefällt, gaben fünf von sieben an, dass ihnen die neue Wohnung grundsätzlich gefalle. Bemerkenswert war, dass die eigene Küche gleich vier Mal genannt wurde. Auch der freie Zugang zum Kühlschrank spielt für einen/eine BewohnerIn eine besondere Rolle.

Zudem wurde das eigene Bett zweimal erwähnt. Das Bad, genau wie der Innenhof, das Haus an sich, die Tür mit dem eigenen Namensschild, der/die MitbewohnerIn, das selbstständige Putzen und die Möglichkeit Besuch zu empfangen, wurden einmal genannt.

Deutlich wurde auch die Freude über die Größe der neuen Wohnungen. Zwei Befragte nannten dies explizit, drei andere gaben an, dass es ihnen gefalle, dass die Wohnung Platz für individuelle Gegenstände biete. Als Beispiel wurden hier Meerschweinchen, ein Christbaum mit Krippe und Vorhänge aufgezählt.

Zwei BewohnerInnen gaben hinzufügend an, dass die eigene Privatsphäre bzw. das Zusperren von Räumen für sie sehr wichtig sei.

Auf die Frage was früher und was jetzt besser war/ist, gab ein/e BewohnerIn die Antwort, dass es besser ist, dass man selbstständiger sein kann, dass dies auch gleichzeitig bedeutet, dass man mehr Verantwortung habe.

Die Frage, wie der Kontakt zu den anderen BewohnerInnen und der Nachbarschaft ist, brachte das Resultat, dass sehr wenige BewohnerInnen Kontakt zu anderen haben.

Eine Person antwortete, überhaupt keine Verbindung zu anderen BewohnerInnen zu haben. Jeweils einmal wurde ein gelegentlicher Kontakt und nur die Beziehung zu den MitbewohnerInnen genannt. Zwei sahen die anderen Bewohner als NachbarInnen und meinten mit diesen auch in Kontakt zu stehen.

Zu anderen NachbarInnen gaben sechs von sieben an, überhaupt keinen Kontakt zu haben bzw. sie gar nicht zu kennen. Ein/Eine Befragter/Befragte erwähnte, dass er/sie einen Streit mit einem/r Nachbarn/Nachbarin habe, ansonsten aber auch keinen Kontakt zu anderen pflege.

Ob die BewohnerInnen sich etwas von den AssistentInnen wünschen, beantworteten zwei Personen mit nein, sie seien zufrieden mit der Betreuung. Vier andere hingegen wünschen sich in irgendeiner Form mehr Betreuung/Unterstützung. Hier wurden die Antworten "viel mehr Betreuung", "mehr Treffen", mehr Hilfe/Unterstützung bei der Wohnung und bei der Freizeit gegeben.

Überdies kam der Wunsch nach einem gemeinsamen Restaurantbesuch mit den BetreuerInnen und einem Besuch zuhause bei den AssistentInnen auf.

6.1.2 Diskussion der Ergebnisse

In den folgenden Abschnitten wird die Repräsentativität der Ergebnisse diskutiert. Ferner wird die Methode reflektiert sowie auf relevante ethische Aspekte eingegangen. Abschließend wird der Theorie- und Praxiszusammenhang dargestellt.

6.1.2.1 Aussagekraft

Bezüglich der Ergebnisse, gilt es insbesondere die Aussagekräftigkeit dieser zu diskutieren. Hierbei ist festzustellen, dass eine/r der acht zu befragenden Personen die Teilnahme verweigerte. Im Voraus wurde, wie bereits erwähnt, versucht 'die Interpretationsspielräume zu vermeiden, was jedoch nicht immer gelang. Während den Interviews wurde deutlich, dass nicht alle TeilnehmerInnen die Fragen in der vom Forscherteam gemeinten Weise verstanden haben. Auch nach mehreren Umformulierungen war es Simon Prucker und den Studentinnen nicht immer möglich, diese Unklarheiten zu beseitigen. In diesem Fall wurde zur nächsten Frage übergegangen.

Des Weiteren gab es Situationen, in denen auf alle Untersuchungsfragen mit der gleichen Antwort reagiert wurde oder wahllos mit den Worten "Ja" und "Nein" geantwortet wurde. In diesem Kontext fühlte sich ein/e MitarbeiterIn verpflichtet einzuschreiten und bestätigte unsere Vermutung, dass die Fragen teilweise nicht verstanden wurden. Ferner gab es die Situation, dass der/die MitbewohnerIn eines Interviewten an dessen/deren Stelle antwortete. Im Hinblick auf diese Fälle reflektierte das Forschungsteam, dass die jeweiligen Antworten nur teilweise bei der Ergebnisfindung berücksichtigt wurden. Grundsätzlich gilt es jedoch zu betonen, dass alle Befragten sehr bemüht waren,

die Untersuchungsfragen zu beantworten und dass eine ausreichende Menge an verwertbaren Informationen generiert werden konnte.

6.1.2.2 Reflexion der Methode

Hinsichtlich der Methode, siehe Kapitel 5.3.2, wurde deutlich, dass die Piktogramme, welche zur Veranschaulichung der Fragen dienen sollten, die BewohnerInnen oft verwirrten. In einigen Fällen gingen die Befragten davon aus, dass sie die Bilder selbst bewerten sollten und verstanden nicht, dass diese lediglich auf ihre eigene Wohnung hinweisen und eventuelle Antwortmöglichkeiten vorgeben sollten. Auch hier gelang es den InterviewerInnen, die Missverständnisse partiell zu erkennen und aufzuklären.

Der Fragenkatalog war betreffend des Schwierigkeitsgrades und der verwendeten Sprache für die BewohnerInnen adäquat formuliert. In Bezug auf das Beobachtungsprotokoll ist zu konstatieren, dass es für die Auswertung der Ergebnisse sehr nützlich war, dass die Interviewinhalte sowie die Absprachen des Forschungsteams in schriftlicher Form vorlagen. Jedoch brachte die Feststellung der Emotionen der BewohnerInnen auf die unterschiedlichen Fragen, nicht die vom Forschungsteam gewünschte Information. Durch ihre Beeinträchtigungen haben viele BewohnerInnen eine sehr konstante Gestik und Mimik, so war es sehr schwer, Unterschiede zu erkennen oder den Körper- und Gesichtsausdruck auf die gestellte Frage zurückzuführen. Somit wurde sich dafür entschieden, die Emotionen nicht in die Auswertung miteinzubeziehen.

Die Leichte Sprache stellt die Grundlage der Forschungsmethode dar und wurde im aktiven Umgang als sehr hilfreich empfunden. In der Umsetzung konnte jedoch festgestellt werden, dass Piktogramme, aufgrund der subjektiven Wahrnehmungen, leicht falsch interpretiert werden. Ferner war es den Befragten nicht immer möglich, den Rückschluss von den Bildern auf die realen Gegenstände zu knüpfen.

6.1.2.3 Ethische Aspekte

Im Hinblick auf die zu interviewende Personengruppe ist der Begriff der Forschungsethik fundamental, auf diesen baute die gesamte Untersuchung auf. Um eine erste Vorstellung über diesen Termini zu erlangen, ist eine Definition erforderlich. Großmaß und Perko meinen, dass "Ethik [...] kein Synonym für Moral [ist]. Vielmehr ist Ethik eine Wissenschaft der moralischen Praxis, deren Aufgabe es ist, über Moral (Sitte) und Moralität (Sittlichkeit) zu sprechen und Vorschläge zum moralischen Handeln zu machen" (Großmaß, Perko 2011, S. 19). Dies bedeutet weiter, dass die In-

teraktionen binnen ForscherInnen und Menschen mit Unterstützungsbedarf im Fokus stehen. Bestehende ethische Richtlinien und deren praktische Realisierung werden diskutiert. Das Recht des Einzelnen zu wahren wird dabei unter anderem besprochen (vgl. von Unger, Narmini, M'Bayo, 2014, S. 1f.).

Einer der wichtigsten Aspekte war die der "Informierten Einwilligung" (Schulze-Krüdener 2017, S. 120). Dabei hat die Forschungsgruppe im Vorhinein debattiert, ob die Angehörigen über das Interview informiert werden sollten oder nicht. Ein großes Diskussionspotential bot hierbei der Aspekt, dass die Menschen mit Unterstützungsbedarf mündig sind. Es wurde sich letztendlich dafür entschieden, dass die Eltern ein Informationsblatt erhalten, um mögliche Missverständnisse bereits zu Beginn vorzubeugen und eine Transparenz zu wahren. Ferner wurde auch die zu befragenden Personen durch Simon Prucker und die MitarbeiterInnen über unser Anliegen informiert.

Hinsichtlich der unterschiedlichen Kommunikationsniveaus wurde auf ein "erzählungsgenerierendes Interview" (Dunkel, Weihrich 2012, S. 63) seitens der zu befragenden Personen zurückgegriffen, um unterschiedliche Möglichkeiten des sprachlichen Niveaus auszugleichen. Dies könnte entstehen, da die ForscherInnen sich verbal möglicherweise besser ausdrücken können. Aufgrund dessen hat sich die Gruppe, wie bereits oben beschrieben dafür entschieden, Piktogramme zur Hilfe einzubeziehen.

Um das Recht des Einzelnen zu wahren, wurde bei der Auswertung der Bogen darauf geachtet, das Recht der Anonymisierung zu garantieren.

6.1.3 Theorie/Praxiszusammenhang

Es stellt sich die Frage, ob die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention, die in Gliederungspunkt 4.1.1. genauer erläutert wurde, durch die Verwirklichung der neuen Wohnform der Lebenshilfe e.V.⁴ Tirol erreicht werden. Die neue Wohnform ermöglicht den BewohnerInnen mehr Selbstbestimmung und eine individuelle Tagesplanung. Sie entscheiden selbst was und wann sie Essen möchten, können sich in ihrer Wohnung uneingeschränkt bewegen und diese auch nach Belieben verlassen. Bei den Wohnungen wurde deshalb besonders auf die "Barrierefreiheit" (Art. 9) geachtet, um die "persönliche Mobilität" (Art. 20) zu fördern. So wird eine unabhängige Lebensführung (Art. 19) ermöglicht. Die aktive Partizipation "am kulturellen Leben sowie Erholung, Freizeit und Sport" (Art. 30) wird ergänzend durch die Betreuung der MitarbeiterInnen gewährleistet. Mit einer gemeinsamen Sonntagsplanung und täglicher Unterstützung wird probiert dies bestmöglich zu erfüllen. Aufgrund von Personalmangel sind jedoch nicht alle Wünsche der BewohnerInnen permanent umsetzbar.

⁴ eingetragener Verein

Für die Achtung der "Privatsphäre" (Art. 22) liefert die neue Wohnform optimale Umstände. Die BewohnerInnen besitzen Schlüssel zu ihren eigenen Wohnungen und dürfen diese absperren. Die MitarbeiterInnen verfügen ebenfalls über Schlüssel, sind jedoch angewiesen vor dem Eintreten zu klingeln. Für die Instandhaltung und die Ordnung in den Appartements sind die BewohnerInnen selbst verantwortlich, die MitarbeiterInnen wirken jedoch auch hierbei unterstützend. Des Weiteren befinden sich die Wohnungen innerhalb eines ortsüblichen Wohnkomplexes, wodurch die EinwohnerInnen räumlich in ihr Umfeld integriert werden. All diese Faktoren wirken auf eine "Gleichberechtigung" (Art. 5) hin und probieren eine Inklusion im Sinne des Art. 19 bestens zu fördern.

Das Ziel der De-Institutionalisierung, den Menschen eine freiere Entscheidung über ihre Wohnsituation zu ermöglichen, kann teilweise erfüllt werden. Viele BewohnerInnen fühlen sich in der neuen Wohnform sehr wohl. In anderen Interviews wurde dementgegen deutlich, dass das Konzept des eigenständigen Wohnens nicht für alle Persönlichkeiten geeignet ist. Als maßgeblicher Faktor konnte jedoch herausgefunden werden, dass sich die BewohnerInnen mehr Betreuung und Beziehung zu den MitarbeiterInnen wünschen. Durch die hohe Anzahl von Wohnungen und die vergleichsweise geringe Anzahl an diensthabenden MitarbeiterInnen, ist eine längere intensive Beschäftigung jedoch oft nicht möglich. Das Vorhaben der De-Institutionalisierung ist sehr inklusiv und gleichberechtigt orientiert, doch resultiert es in einer gewissen Art der Vereinsamung. In diesem Punkt lässt sich darüber streiten, ob genau diese Vereinsamung ein bestehendes Phänomen unserer Zeit ist und die Inklusion in die Gesellschaft auch das Erfahren dieser bedeutet, oder ob diese für die BewohnerInnen eliminiert werden sollte.

6.2 Ergebnisse Perspektive MitarbeiterInnen

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse aus beiden Gruppendiskussionen mit den MitarbeiterInnen und dem Interview mit der Leitung des Wohnverbundes Untere Lend dargestellt. Dabei wird der Fokus auf die Wirkung des Wohnkonzeptes, auf die MitarbeiterInnen selbst sowie auf die BewohnerInnen und den Sozialraum gelegt. Die MitarbeiterInnen wurden bezüglich ihrer Aufgaben und Tätigkeiten befragt und welche Herausforderungen die neue Wohnform mit sich bringt. Sie wurden außerdem befragt, wie sich die Wohnform - aus ihrer Perspektive - auf die BewohnerInnen ausgewirkt hat. Wie bereits erwähnt wurden die Angehörigen nicht direkt beforscht. Es wurden jedoch die MitarbeiterInnen befragt, wie diese aus ihrer Sicht die Wohnform wahrnehmen. Des Weiteren waren die Beziehung zum Sozialraum und die diesbezüglich zusammenhängende Idee des Community Care Ansatzes Thema des Einzelinterviews und der Gruppendiskussionen.

6.2.1 Einzeldarstellung und Zusammenführung der Ergebnisse

Folgend wird die Einzeldarstellung der Ergebnisse angeführt. Danach erfolgt eine Zusammenführung der Ergebnisse beider Gruppendiskussionen und des Einzelinterviews.

6.2.1.1 Einzeldarstellung der Ergebnisse

Bevor im nächsten Kapitel die Zusammenführung der Ergebnisse aus den drei Befragungen dargestellt wird, sollen hier noch einmal die einzelnen Ergebnisse sichtbar gemacht werden. Begonnen wird mit dem Einzelinterview der Leitung des Wohnverbundes Untere Lend. Danach werden die Ergebnisse aus den Gruppendiskussionen beleuchtet.

Als eine zentrale Aussage hat sich aus dem Einzelinterview die komplexer und aufwendiger gewordene Arbeit herauskristallisiert. Durch die Aufteilung der BewohnerInnen auf vier Wohngemeinschaften fällt allgemein mehr Arbeit an. Auch der administrative Aufwand ist mehr geworden.

Als weitere zentrale Aussage kann die Veränderung der Arbeit auf der inhaltlichen Ebene angesehen werden. Die Leitung erzählt, dass stets versucht wird, den BewohnerInnen so viel Freiraum wie möglich zu lassen und ihnen mehr Selbstständigkeit zuzutrauen und trotzdem der Verantwortung als Betreuung nachzukommen.

Durch die Veränderung der Räumlichkeiten und durch die veränderten inhaltlichen Schwerpunkte ist es nun möglich, sich auf die individuellen Bedürfnisse der BewohnerInnen zu konzentrieren, was von den MitarbeiterInnen verlangt, dass sie in ihrer Arbeit selbstständiger und flexibler agieren.

Aufgrund der erhöhten Mobilität der MitarbeiterInnen, der gestaffelten Dienstpläne und der unterschiedlichen Dienste in der Mobilen Begleitung und in der Anna-Dengel-Straße ist, laut der Leitung, eine gelingende Kommunikation sehr wichtig und gleichzeitig eine der größten Herausforderungen. Abhilfe schafft hier ein Ordner auf dem Computer in der MitarbeiterInnenwohnung, der laut Leitung für alle MitarbeiterInnen zugänglich ist und wo alle MitarbeiterInnen wichtige Informationen hinterlassen bzw. erhalten.

Bei der Frage nach der Entwicklung der BewohnerInnen im neuen Wohnverbund stellt die Leitung fest, dass die BewohnerInnen am meisten profitiert haben. Sie haben mehr Selbstständigkeit, mehr Selbstbewusstsein und mehr Lebensfreude durch diese Wohnform erlangt.

In Bezug auf die Nachbarschaft wird klar, gibt es laut der Leitung des Wohnverbundes Erfahrungen von sehr freundlich und unterstützend bis hin zu fast schon böse und sehr abwertend. Die Überlegung, mehr Kontakte zur Nachbarschaft in Richtung "Caring Communities" zu knüpfen, ist da und es gäbe auch schon Vorschläge, wie das passieren könnte. Jedoch hinterfragt die Leitung diese

Überlegungen mit Einbezug auf das eigene Verhalten gegenüber der eigenen Nachbarschaft und auch auf die Bereitschaft und Offenheit der Gesellschaft hin zu solchen Themen.

Weitere zentrale Themen, die von der Leitung noch angesprochen werden, sind die Vereinsamung und die Freizeitgestaltung der BewohnerInnen. Bevor das Projekt eingeführt wurde, war seitens der Angehörigen die Skepsis zu spüren, ob die BewohnerInnen in ihren Wohnungen vereinsamen würden. Die Leitung argumentiert hiergegen aber, dass auch Menschen ohne Unterstützungsbedarf alleine sein können und dürfen. Weiter wird den MitarbeiterInnen oft von den BewohnerInnen signalisiert, dass sie sehr wohl alleine sein wollen, meistens, wenn sie von der Arbeit nachhause kommen.

Trotzdem sehen es die MitarbeiterInnen und auch die Leitung als ihre Aufgabe, den BewohnerInnen ein gewisses Angebot an Freizeitaktivitäten zur Verfügung zu stellen. Damit ist nicht gemeint, dass sie sie in der Freizeit unterhalten wollen, jedoch ist es ihnen wichtig, den BewohnerInnen neue Unternehmungen zum Ausprobieren anzubieten, da der Leitung und den MitarbeiterInnen klar ist, dass die BewohnerInnen hier in ihrer Selbstständigkeit doch noch Unterstützung brauchen.

Da die Leitfäden für die unterschiedlichen Befragungen aneinander angeglichen und angepasst wurden, kommen die gleichen Themen auch bei der ersten Gruppendiskussion mit den langjährigen MitarbeiterInnen zur Sprache.

Die erste markante Veränderung, die hier erwähnt wird ist, dass "die Wege weit geworden sind" (MA⁵2, GD⁶1). Die Arbeiten an sich, sind laut den MitarbeiterInnen, die gleichen, jedoch hat sich an den Bedingungen etwas geändert: Sie erleben eine Steigerung des Aufwandes und der Komplexität in ihrer Arbeit, vor allem, wenn es um das Organisatorische geht. Da sie nicht mehr so im Team auftreten wie vorher im Wohnheim, ist besonders der Austausch von Informationen sehr wichtig geworden. Dass dieser als Herausforderung gesehen wird, kam hier nicht zur Sprache. Es gilt hier eher die Meinung, dass der mündliche Austausch gut funktioniere. Als besonders wichtig gilt der Ordner am Computer, die Teamsitzungen und auch Gespräche, die zwischen Tür und Angel passieren bzw. die bei der Übergabe der Dienste stattfinden.

Die Wahrnehmung der BewohnerInnen hat sich ebenfalls verändert: Durch die neue Wohnform war es möglich, die BewohnerInnen besser kennen zu lernen. Sie werden nun als erwachsener, selbstständiger, entspannter wahrgenommen. In Bezug auf die Selbstbestimmung der BewohnerInnen sehen es die MitarbeiterInnen als sehr wichtig an, immer sich selbst zu reflektieren: wo sie zu sehr eingreifen in den Freiraum, wo sie den BewohnerInnen mehr Freiraum lassen können, wo es ihre Pflicht ist, einzugreifen. Jedoch sind sie in Bezug auf die Selbstbestimmung der BewohnerInnen viel lockerer und entspannter geworden. Besonders wichtig in der Selbstbestimmung sehen

⁵ MitarbeiterIn

⁶ Gruppendiskussion

sie die Möglichkeit des Rückzugs der BewohnerInnen bzw. die Möglichkeit, sich bestimmten Situationen zu entziehen.

Bei der Frage nach dem Verhältnis zwischen Angehörigen und BewohnerInnen wurde dieses als positiv beschrieben, wobei sie es aber als normal ansehen, dass es sehr wohl auch zu Konflikten kommt, sowohl zwischen Angehörigen und BewohnerInnen als auch den MitarbeiterInnen.

Sonstige soziale Kontakte sind bei den BewohnerInnen eher wenige vorhanden, was sich im Vergleich zum Wohnheim nicht geändert haben dürfte. Dies ist leider aus den Ergebnissen nicht zu entnehmen. Was aber als normal angesehen wird, ist das Alleine-Sein der BewohnerInnen. Derzeit sehen die MitarbeiterInnen keine Gefahr der Vereinsamung, außer in Einzelfällen, wenn z.B. ein/e MitbewohnerIn oft am Wochenende zu den Eltern nachhause fährt.

Bezüglich der Nachbarschaft herrscht eher Skepsis unter den MitarbeiterInnen vor. Das Potential für Caring Communities wird nicht besonders hoch eingeschätzt, obwohl die Motivation, dies zu versuchen, schon da wäre.

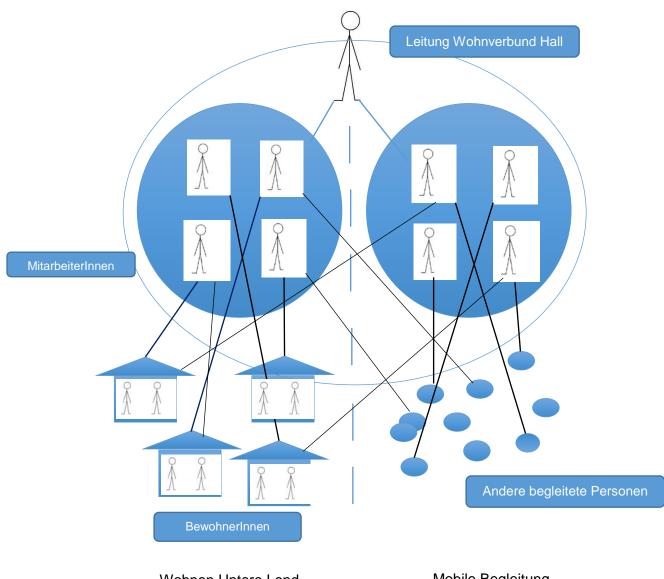
Ein wichtiges Thema in dieser Gruppendiskussion war auch das Thema Freizeit. Einerseits sehen sich die MitarbeiterInnen nicht als "Freizeitanimateure". Andererseits wünschen sie sich Bedingungen, in denen eine Einzelbetreuung der Wohnungen möglich wäre, damit auf die individuellen Bedürfnisse, vor allem auch im freizeitlichen Sinne, besser eingegangen werden kann.

Ein weiterer Wunsch, um auch die Selbstbestimmung der BewohnerInnen noch zu steigern bzw. zu erleichtern, wäre der Ausbau des Verkehrsnetzes in der Unteren Lend. Gäbe es vor allem am Wochenende mehr Verbindungen in die Stadt, könnten die BewohnerInnen leichter auch ihre Freizeit gestalten.

In der zweiten Gruppendiskussion mit den "neuen" MitarbeiterInnen können folgende Kernaussagen formuliert werden:

Die MitarbeiterInnen empfinden als "schwierig" im Wohnverbund, dass sie oft hin- und herlaufen müssen und viel mitdenken müssen, was sie in den einzelnen Wohnungen für ihre Erledigungen brauchen. Dies beeinträchtigt aber nicht die Einstellung, dass sie einer "coolen Arbeit" nachgehen. Positiv ist für sie, dass die BewohnerInnen mehr Rückzugsmöglichkeiten haben und sie sich individueller entwickeln können. Durch den Freiraum, denen den Menschen mit Unterstützungsbedarf gelassen wird, stellt sich für diese Gruppe die Frage, wo der Freiraum sozusagen endet und die Vernachlässigung beginnt. Durch die nicht mehr vorhandene Daueraufsicht über BewohnerInnen, stellt sich die Frage, woran festgemacht werden kann, dass die BewohnerInnen noch immer gut betreut werden.

Die "Zerrissenheit" des Teams in Dienste in der Mobilen Begleitung und Dienste im Wohnverbund Untere Lend verstärkt dieses Gefühl. Alle MitarbeiterInnen sind prinzipiell nämlich im Wohnverbund Untere Lend sowie auch in der Mobilen Begleitung tätig, wobei hier auch Menschen begleitet werden, die nicht im Wohnverbund leben.



Wohnen Untere Lend

Mobile Begleitung

Abb. 16: Aufteilung des Teams in der Unteren Lend und in der Mobilen Begleitung; eigener Entwurf

Weiter empfinden die MitarbeiterInnen durch die Aufteilung der Dienste, dass eine zielgerichtete Arbeit für sie nicht mehr wirklich möglich ist. Außerdem fehlt ihnen ein kontinuierliches Gefühl von Betreuung.

Beim Thema Fremdbestimmung gaben die MitarbeiterInnen an, dass sie aufgrund dieser Wohnform automatisch dazu angehalten werden, ihr Verhalten zu reflektieren, also wo sie zu sehr eingreifen und wo sie aber tatsächlich an der Reihe sind, etwas für die BewohnerInnen zu entscheiden.

Da eigentlich kaum vier MitarbeiterInnen, also pro Wohnung eine/r, aufgrund der vorhandenen Ressourcen, während der Dienste anwesend sind und sich dies die MitarbeiterInnen wünschen,

wird der Alltag so erlebt, dass teilweise nur das Nötigste gemacht wird und die BewohnerInnen teilweise zu kurz kommen. Vor allem in der Freizeitgestaltung ist es aufgrund des Personalmangels schwierig, allen Bedürfnissen der BewohnerInnen nachzukommen. Nichtsdestotrotz wird diese Wohnform für die KlientInnen als sehr positiv erlebt.

Als das oben erwähnte Nötigste sehen die MitarbeiterInnen die Führung des Haushalts, Einkäufe, Planen und Erledigen, Wäsche waschen und Arzttermine.

Reflektiert wurde hier jedoch, dass der Alltag sozusagen über alle vier Wohnungen darüber gestellt wird. Es wurde bisher nicht geschaut, welche individuellen Bedürfnisse in den einzelnen Wohnungen vorherrschen und wie diese am besten erfüllt werden können. Dies könnte zum Beispiel bei einer Klausur im Wohnverbund diskutiert werden.

Bei der Frage zu Herausforderungen beschrieben die MitarbeiterInnen als erstes die Teamsitzungen, da viele MitarbeiterInnen an diesen teilnehmen. Weiter ist eine Herausforderung die gewissenhafte Erledigung der Aufgaben. Da die MitarbeiterInnen alleine in den Wohnungen arbeiten, gibt es für sie keine direkte Kontrollinstanz mehr. Einige erleben es so, dass sie sich selbst an der Nase nehmen müssen, um keine Arbeit für den nächsten Tag, wo sie jemand anderer erledigen muss, liegen zu lassen.

Eine weitere Herausforderung ist die Weitergabe von Informationen. Es gibt keine ausführlichen Tagesdokumentationen mehr, weil die Dokumentation eingekürzt wurde, da die BewohnerInnen kein offenes Buch mehr sein sollten. Darüber hinaus ist es schwierig, zu allen Informationen zu kommen, wenn die MitarbeiterInnen lange nicht mehr im Dienst waren.

Außerdem ist es nicht mehr so leicht möglich, Fragen, die die BewohnerInnen betreffen, in den Teams zu klären. Dies muss meist extra organisiert werden, da die Dienste gestaffelt sind.

Als wünschenswert empfinden es die MitarbeiterInnen für die BewohnerInnen, dass sie mehr in das Stadtleben in Hall inkludiert werden. Mit Kontakten nach außen ist es schwierig, derzeit haben sie hauptsächlich Kontakt zu ihren Eltern. Zum Thema Nachbarschaft äußerten sich die MitarbeiterInnen eher kritisch. Es gab die Meinung, dass das Suchen nach Kontakten zur Nachbarschaft eher etwas Zwanghaftes wäre. Ein freundliches Miteinander ist ihnen wichtig, aber derzeit nicht mehr.

Um jedoch das Risiko der Vereinsamung zu verringern, würden sie sich einen Gemeinschaftsraum im Wohnverbund wünschen. Weiter wurde vorgeschlagen, dass dreier- oder vierer– WGs hier Abhilfe schaffen könnten.

6.2.1.2 Zusammenführung der Ergebnisse aus den Befragungen

In diesem Kapitel werden nun die Ergebnisse zusammengeführt dargestellt. Genauer beleuchtet werden die Wirkungen auf den Arbeitsalltag der MitarbeiterInnen, insbesondere die Herausforderungen, die entstanden sind, weiter die Wirkungen auf die BewohnerInnen aus der Sicht der MitarbeiterInnen, dann das Verhältnis zu den Angehörigen. Zudem ließt die Einstellung der MitarbeiterInnen zum "Caring Communities" - Ansatz mit ein, wo sie die Grenzen und Chancen des Konzeptes in der Unteren Lend sehen und was ihrer Meinung nach zum Gelingen des Konzeptes beigetragen hat. Am Ende werden noch Verbesserungsvorschläge erwähnt.

Aufgaben und Arbeitsalltag der MitarbeiterInnen

Die neue Wohnform in der Unteren Lend hat den Arbeitsalltag der MitarbeiterInnen im Gegensatz zu früher verändert. Sie stehen vor neuen Herausforderungen, können sich aber auch selbst weiterentwickeln. Die Aufgaben der MitarbeiterInnen bestehen in der neuen Wohnform in der Unterstützung der Haushaltsführung (Einkaufen, Kochen, Wäsche waschen) und der Begleitung der BewohnerInnen in ihrem Alltag bezüglich der Pflege, dem Wahrnehmen von Arztterminen und der Organisation und Begleitung ihrer Freizeit. Das Konzept hat die Aufgabenbereiche selbst also nicht wesentlich verändert. Vielmehr liegt eine Veränderung im Organisatorischen und der Ausführung der Aufgaben vor. Räumliche Distanzen sind größer geworden, welche die MitarbeiterInnen mehr fordern. Die Dienstzeiten sind gestaffelt und es ist meist zu wenig Personal anwesend, um auch der Aufgabe der Freizeitbegleitung ohne Einschränkungen nachzukommen. Insgesamt ist also der Aufwand des Arbeitsalltages größer und komplexer geworden.

Im Vergleich zum Wohnhaus wird der Arbeitsaufwand als komplexer beschrieben. Beispielsweise werden für die Leitung Abrechnungen aufwendiger, da jetzt nicht mehr eine gemeinsame Abrechnung für das gesamte Wohnhaus erforderlich ist, sondern vier einzelne auf die Wohnungen aufgeteilt werden müssen. Zusätzlich entstand durch das neue Konzept eine neue Methode der Elternarbeit. Gespräche werden regelmäßiger von der Leitung geführt (zwei Mal pro Jahr) und nicht nur, wenn es Anlass dazu gibt "aber einfach einmal ein Gespräch ohne besonderen Grund, dann ist das Ganze entspannter und sie gewinnen dadurch auch Vertrauen." (Leitung Wohnverbund)

Herausforderungen der MitarbeiterInnen

Das Konzept hat sich vor allem auf die Teamarbeit ausgewirkt. Die Kommunikation wird hier als größte Herausforderung beschrieben, aber auch als Voraussetzung für eine gelingende Teamarbeit gesehen. Als Voraussetzung deshalb, weil man sich darüber austauschen muss, was in den Wohnungen der BewohnerInnen passiert und wie es ihnen geht. Eine Herausforderung ist es, weil sich die MitarbeiterInnen untereinander nicht mehr oft sehen und sich deshalb wenig austauschen

können. Kommunikation passiert oft zwischen "Tür und Angel". Das Team ist mit seinen zwölf MitarbeiterInnen sehr groß, doch auf Grund der internen Struktur und den unterschiedlichen Wochenstunden ist das Team zerrissen.

Der Ordner am PC im Büro gilt als sehr wichtig für die Informationsweitergabe, jedoch ist es für manche MitarbeiterInnen schwierig, sich nach zwei Wochen mit Diensten nur in der Mobilen Begleitung wieder in die Dokumentationen einzulesen und auf dem neuesten Stand zu sein. Zusätzlich haben Zivildiener keinen Zugang zum PC, weshalb sie sich die für ihre Arbeit notwendigen Informationen über Gespräche mit den MitarbeiterInnen holen müssen. Letztendlich schwindet die Überschaubarkeit und es liegt in der eigenen Verantwortung der MitarbeiterInnen, sich Informationen zu besorgen. Die Teamsitzungen werden daher als sehr wichtig gesehen und es besteht der Wunsch nach mehr direkten Austausch unter den MitarbeiterInnen.

"Schwierig würd ich sagen. Vielleicht auch auf der anderen Seite aufgrund der Zerrissenheit wie MA5 schon gesagt hat. Eben mit dem MoBe⁷-Dienst. Und dass halt der eine macht eben fünf Stunden, der andere macht 30 Stunden. Und auch dadurch, dass man halt einfach kein homogenes Team sind und jeder hat halt irgendwie seine Ansatzweisen, habe ich schon das Gefühl, dass es schwierig ist, mit der Kommunikation." (MA7, GD2)

Als eine der größten Herausforderungen wird die Akzeptanz der neu erlangten Selbständigkeit und Selbstbestimmung der KlientInnen gesehen. Die MitarbeiterInnen müssen lernen, diese zu akzeptieren und den BewohnerInnen zu vertrauen. Sie stehen in einem Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit. Ein Beispiel für diese Situation ist ein Kino Besuch einer/ eines Bewohnerin/s: der/die BewohnerIn war im Kino und wurde mehrmals angerufen, weil er/sie um 22 Uhr noch nicht Zuhause war.

"...also man muss es ihnen zutrauen. Also ich glaube, das ist so die größte Hürde für Mitarbeiter auch wie natürlich auch für Eltern, dass man ihnen einfach Dinge zutraut. Und wenn sie dann, sage ich jetzt mal, daneben gehen, okay, solange jetzt Leib und Leben nicht bedroht ist, dann gehen sie daneben" (Leitung Wohnverbund).

Ein weiterer Zwiespalt zeigt sich in der Freizeitgestaltung. Die MitarbeiterInnen sehen sich nicht mehr als "Bespaßer" "wir wollen sie nicht bespaßen" (Leitung Wohnverbund), dennoch besteht der Wunsch, die KlientInnen in ihren Freizeitaktivitäten mehr zu begleiten. Die MitarbeiterInnen wollen also nicht die Freizeit der BewohnerInnen fremdbestimmen, sie aber in ihren Aktivitäten mehr unterstützen. Aufgrund der personellen und zeitlichen Ressourcen ist es aber schwierig, die BewohnerInnen individuell und nach ihren Vorstellungen zu begleiten. Dies ist aber nicht dem Konzept geschuldet, sondern der Aufteilung des Teams auf den Wohnverbund und auf die Mobile Begleitung. Obwohl das Team eigentlich zu groß ist, ist es dennoch nicht möglich, dass jede Wohnung

_

⁷ Mobile Begleitung

eine Assistenz zugeteilt bekommt, weil es große Unterschiede in den wöchentlichen Arbeitsstunden der MitarbeiterInnen gibt.

Die BewohnerInnen profitieren am meisten

Was aus den Gruppendiskussionen besonders ersichtlich wurde ist, dass die MitarbeiterInnen ihre Arbeit sehr schätzen und ihnen viel an den BewohnerInnen liegt. Dies wurde besonders in der ersten Gruppendiskussion deutlich, da hauptsächlich über die BewohnerInnen selbst und ihre Entwicklung gesprochen wurde. Nach ihrer Ansicht profitieren die BewohnerInnen am meisten vom neuen Wohnkonzept "Die Klienten können eigentlich nur profitieren" (MA4, GD1). Sie sind selbstsicherer, selbstständiger und erwachsener geworden "Ich nehme sie erwachsener wahr, selbstbestimmter" (MA1, GD1). Die BewohnerInnen haben zudem gelernt, ihren Haushalt eigenständig zu führen und machen dies teilweise auf ihre Art und Weise.

"...das ist wirklich schön zu sehen, wenn sie heimkommen von der Arbeit, manche gleich ihre Aufgaben übernehmen, also quasi zu sehen, dass die Wäsche gewaschen wird, dass sie es selbständig machen. Ohne dass ich sage, BewohnerIn 4 mach jetzt die Wäsche oder auch BewohnerIn 3, dass er/sie in Geschirrspüler ausräumt oder. Von sich aus, ohne dass ich jetzt was sage. Also, wenn ich dann in die Wohnung komme, ist das schon erledigt." (MA 4, GD1)

"Also BewohnerIn 6 hat sich unglaublich entwickelt zum Beispiel. Er/sie geht hin, sieht, dass die Waschmaschine voll ist und hängt die Wäsche auf. Dann hängt er/sie sie auf, in der Hälfte lässt er/sie sie liegen, geht Fernseher schauen. Dann geht er/sie essen, danach hängt er/sie sie weiter auf. Und das ist nur dieser kleinen Form geschuldet." (MA 6, GD2)

Ihre Selbstständigkeit äußert sich auch in ihren Aktivitäten. Sie gehen zum Beispiel alleine ins Café oder ins Gasthaus oder fahren nach Innsbruck. Außerdem haben sie die Möglichkeit erhalten, sich selbst auszuprobieren. Des Weiteren wurde erzählt, dass aggressives Verhalten im Vergleich zur alten Wohnform geringer geworden ist. Einerseits, weil KlientInnen mehr Rückzugsmöglichkeiten haben und andererseits, weil das Leben im Wohnverbund nicht mehr auf so engem Raum stattfindet. Es wurde zudem wahrgenommen, dass die BewohnerInnen spannungsgeladene Situationen selbst nun besser einschätzen und mit diesen umgehen können. Ein/e BewohnerIn bat ein/e MitarbeiterIn die Wohnung zu verlassen, als der/die MitbewohnerIn kurz vor einem emotionalen Ausbruch stand. Der/die Bittende selbst zog sich in sein/ihr Zimmer zurück.

Das Verhältnis zwischen den MitarbeiterInnen und ihren BewohnerInnen wird als gut beschrieben. Sie bewerten das Verhältnis zwischen Selbst- und Fremdbestimmung als positiv, d. h. sie lassen die BewohnerInnen weitgehend selbst Entscheidungen treffen und greifen nur ein, wenn es ihnen zu Gute kommt. Der Alltag braucht eine gewisse Struktur, um auch der Betreuung der einzelnen BewohnerInnen besser nachkommen zu können. Der Samstag wurde zum Beispiel zum Putztag ernannt.

Deutlich mehr Selbstbestimmung der BewohnerInnen zeigt sich im Vergleich zu früher in der Bestimmung der Essenszeiten, der Essenswahl, den Schlafenszeiten (vor allem am Wochenende), in der Gestaltung ihrer Wohnungen und in der Ausgabe ihres Taschengeldes.

Außerdem haben die BewohnerInnen nun freien Zugang zu ihrem eigenen Kühlschrank. Im Wohnheim war der Kühlschrank abgeschlossen, da manche BewohnerInnen sich ständig bedienten und andere kaum. Des Weiteren wurde es aus hygienischen Gründen schwierig, BewohnerInnen ständig zu kontrollieren, ob sie mit ihren Fingern aus den Honig- oder Nutella gläsern herausaßen oder nicht.

Was sich als besonders wichtig herausstellt ist, dass die MitarbeiterInnen nur noch Gast in der Wohnung der KlientInnen sind. Im Wohnhaus war es normal, dass sie mit den BewohnerInnen zusammen essen. Nun müssen sie auf eine Einladung warten. Ein Beispiel über die Toilettennutzung, indem ein/e MitarbeiterIn die Toilette eines/r BewohnerIn benutzen wollte und ihr/ihm dies verweigert wurde, zeigt zudem, dass die BewohnerInnen frei über ihre Wohnungen bestimmen können. "Dazu eine kleine Geschichte. Ich habe mal total dringend aufs Klo gemusst und war in der Vierer-WG und dann habe ich BewohnerIn 6 gefragt, darf ich auf Klo? Und er/sie hat gesagt, Nein." (MA9, GD2). Positiv ist für die BewohnerInnen also, dass sie mehr Raum und Platz für sich haben und sich leichter zurückziehen können.

Die BewohnerInnen üben eine Vielzahl an unterschiedlichen Hobbys aus. Dabei wünschen sie sich teilweise mehr Begleitung. Sie können ihren Hobbys individuell nachgehen, wann und wie sie es möchten. Einschränkungen werden nur zum Wohl der BewohnerInnen vorgenommen, z. B. wenn jemand die ganze Nacht Filme schauen möchte, obwohl er/ sie am nächsten Tag arbeiten muss.

Community Care

Das Thema "Community Care" gestaltet sich nach Ansicht der Leitung und der MitarbeiterInnen als schwierig "dass es hier ganz schwierig wird, da noch irgendwas zu machen" (MA4, GD1). Sie stehen dem skeptisch gegenüber und sehen sich noch weit davon entfernt. Diesbezüglich wurden eigene Verhaltensweisen gegenüber NachbarInnen reflektiert und einige sind der Meinung, dass ihnen ein freundliches Miteinander oder vielmehr nebeneinander her leben reicht. Zudem stellt sich der Leitung die Frage, ob die Übernahme einer Freizeitgestaltung seitens der NachbarInnen überhaupt verantwortet werden kann:

"Nur da muss ich jetzt ehrlich sagen, also da ist, das würde ich jetzt, glaube ich, nicht ganz leicht erlauben für mich selber, weil zumal ich kenne ja die Leute nicht, also das würde für mich schon voraussetzen, dass ich diese Menschen näher kennen lerne" (Leitung Wohnverbund).

Der Kontakt zu den NachbarInnen gestaltet sich oberflächlich und ist durch Anonymität gekennzeichnet. Die positiven Erfahrungen beschränken sich eher auf freundlichen Begegnungen und ein "man grüßt sich" (Leitung Wohnverbund), was seitens der MitarbeiterInnen als ausreichend erscheint. Negative Erfahrungen zeigen sich vor allem durch Beschwerden, z.B. weil ein/e BewohnerIn am Anfang die falsche Türklingel der MitarbeiterInnenwohnung benutzt hat und somit immer bei NachbarInnen geklingelt wurde.

Angehörige

Die anfängliche Skepsis der Angehörigen hat sich mittlerweile zu mehr Vertrauen gegenüber dem Konzept und den MitarbeiterInnen entwickelt. Als Herausforderung und als Spannungsfeld benannten hier manche MitarbeiterInnen das Eingreifen in die Privatsphäre der BewohnerInnen. Teilweise wird diese von den Angehörigen nicht respektiert. Sie betreten die Wohnungen ohne zu klingeln und packen die Sachen der BewohnerInnen ein und nehmen sie gegen ihren Willen mit nach Hause. Den MitarbeiterInnen ist bewusst, dass die BewohnerInnen erwachsen sind und sie sich selbst gegen ihre Eltern wenden müssen, falls sie mit etwas nicht einverstanden sind. Dennoch bleibt die Frage offen, inwieweit die MitarbeiterInnen hier eingreifen sollen bzw. dürfen.

Die Elternarbeit gestaltet sich teilweise für die MitarbeiterInnen generell als herausfordernd. Dies gilt vor allem, wenn sich Eltern einmischen, sobald es nicht so läuft, wie die Eltern es gerne hätten, z. B. wenn aus ihrer Sicht nicht ausreichend mit den BewohnerInnen kommuniziert wird oder Wohnungen aus ihrer Sicht nicht ausreichend aufgeräumt sind. Zudem kommt es zu Verunsicherungen, wenn die Eltern anrufen und die MitarbeiterInnen gerade nicht wissen, was die BewohnerInnen gerade unternehmen. Dies ist der neuen Wohnform geschuldet, denn die BewohnerInnen sind nicht mehr unter der ständigen Aufsicht der MitarbeiterInnen. Die Angehörigen äußern wie die BewohnerInnen und MitarbeiterInnen den Wunsch nach mehr Betreuung bzw. Begleitung. "Ist nicht so einfach, aber klar, aber in diese Richtung kommen schon ein paar Wünsche, auch, aber ist halt auch von unserer Seite nicht umsetzbar, nicht immer umsetzbar" (MA1, GD1).

Voraussetzungen für positive Wirkungen des Wohnkonzeptes

Den Erfolg des Wohnkonzeptes sehen die MitarbeiterInnen, sowie auch die Leitung, im Mut und im Vertrauen aller Beteiligten in die Tatsache, sich auf etwas Neues einzulassen. Wichtig war für einige MitarbeiterInnen, dass das Konzept Schritt für Schritt erfolgt d. h., dass die Konzentration zunächst auf das Wohnen selbst gelegt wird. Erst in einem zweiten Schritt kann über andere Sachen, beispielsweise die Einbeziehung der Nachbarschaft in das Konzept, nachgedacht werden. Das Konzept wird als Pilotprojekt gesehen. Es muss zunächst etwas ausprobiert werden, um herauszufinden, was wie funktionieren kann, oder nicht.

Grenzen des Wohnkonzeptes

Das Konzept weist nach Meinung der MitarbeiterInnen und der Leitung diverse Grenzen auf, die auch in der Umsetzung beachtet werden sollten.

Die Wohnform ist allgemein betrachtet nicht für alle Menschen mit Unterstützungsbedarf geeignet. Dies gilt auch für die unterschiedlichen Professionen, die in diesem Bereich arbeiten können. Nicht alle bringen die benötigten Ressourcen oder Persönlichkeiten mit. Schwierigkeiten können vor allem entstehen, wenn BewohnerInnen, welche zusammenwohnen, charakterlich nicht zusammenpassen oder der Wunsch nach größeren Gemeinschaften besteht. Ein/eine BewohnerIn fährt z.B. öfters am Wochenende nach Hause - der/die andere BewohnerIn ist dann am Wochenende alleine. Dieses Spannungsfeld könnte durch größere Wohngemeinschaften gelöst werden. Es wurde von Wohngemeinschaften gesprochen, die aus drei bis fünf Personen bestehen

"Sicher, es gibt welche, die sich vielleicht zu dritt oder zu viert in einer Wohnung besser oder wohler fühlen würden, also da denke ich jetzt an BewohnerIn 2. Aber da werden wir auch eine Lösung finden, wenn wir vielleicht noch eine Wohnung bekommen, wo einfach drei Platz haben, dass man einfach schaut, ob man da irgendwas ändern kann oder so" (MA4, GD,1).

Dieses Konzept würde auch eine mögliche Vereinsamung der BewohnerInnen verhindern, welche von den MitarbeiterInnen zwar nicht konkret als Problem gesehen wird, sondern eher als allgemeines, gesellschaftliches Problem, jedoch bei der Befragung einiger BewohnerInnen thematisiert wurde.

Die BewohnerInnen sowie die MitarbeiterInnen wünschen sich zudem auch mehr Betreuung. Einerseits ist es durch das Wohnkonzept möglich die BewohnerInnen individueller zu betreuen und zu begleiten, jedoch sind nicht immer genügend MitarbeiterInnen vor Ort, um dies zu gewährleisten. Dies liegt vor allem daran, dass der Wohnverbund Untere Lend mit der Mobilen Begleitung verbunden ist. Die Zeit- und Personalressourcen reichen somit nicht aus, um die BewohnerInnen ausreichend nach ihren individuellen Wünschen zu betreuen bzw. zu begleiten.

Chancen des Wohnkonzeptes

Das Wohnkonzept beinhaltet aber auch viele Chancen für die BewohnerInnen und die MitarbeiterInnen. Obwohl es aus zeitlichen und personellen Gründen den MitarbeiterInnen nicht immer möglich ist die BewohnerInnen individuell zu betreuen, ist der Kontakt zu ihnen dennoch direkter und näher geworden. Sie nehmen die BewohnerInnen individueller in ihrer Persönlichkeit, in ihren Bedürfnissen und in ihren Besonderheiten wahr. "Also ich nehme die einzelnen KlientInnen, nehme ich besser wahr, dadurch dass in einer Wohnung zwei wohnen und dich mit diesen zwei dann beschäftigst." (MA4, GD1)

Die BewohnerInnen haben mit dem Wohnkonzept vermehrt die Chance sich zurückzuziehen, sobald sie es möchten und können Situationen aus dem Weg gehen, wenn sie es für nötig halten. Die neu gewonnene Privatsphäre gilt als sehr wichtig und sollte von allen MitarbeiterInnen, sowie auch von den Angehörigen respektiert und geachtet werden. Die MitarbeiterInnen haben die Möglichkeit ihre eigenen Kompetenzen zu entfalten. Laut der Leitung spielen Selbstständigkeit und Flexibilität im Wohnkonzept eine wesentliche Rolle.

Verbesserungsvorschläge

In den Gruppendiskussionen wurden einige Verbesserungsvorschläge für das Wohnkonzept in der Unteren Lend genannt:

Trennung der Teams (Wohnverbund und Mobile Begleitung) bzw. Schwerpunktsetzung auf eine Wohnung: Aufgrund der Zerrissenheit im Team, welche durch die Koppelung mit dem mobilen Dienst entsteht, wäre es den MitarbeiterInnen ein Anliegen, die Situation zu ändern. Es wurde zum einen vorgeschlagen, die Teams zu trennen, dass es also nur noch ein Team für den Wohnverbund gibt und ein Team für den mobilen Dienst. Somit könnten die vorhandenen Ressourcen der MitarbeiterInnen besser verlagert werden.

"Stunden, Ressourcen sind vielleicht zu wenig. Aber MitarbeiterInnen zu viele. Also auf die Stunden gesehen, sind es zu viele Köpfe, wie MA6 gesagt hat, als dass man wirklich in einem kleinen, feinen Team irgendwie intensiv zu arbeiten" (MA5, GD2).

Zum anderen könnten auch Schwerpunkte auf Wohnungen gesetzt werden, so dass MitarbeiterInnen einer Wohnung zugeteilt werden und sie sich intensiver und beschaulicher über die entsprechenden Bedürfnisse der BewohnerInnen kümmern können. Als Wunsch wurde zudem geäußert, mehr Betreuungszeit und Assistenz zu bekommen. Das Team ist sehr groß und so sehen sich MitarbeiterInnen und BewohnerInnen nicht oft. Ein kleineres Team mit mehr Wochenstunden könnte eine Lösung sein. Zudem würden die MitarbeiterInnen die KlientInnen gerne mehr individuell bei ihrer Freizeit begleiten.

- Stärkere Mitbestimmung der MitbewohnerInnenwahl: Wie bereits erwähnt, fühlt sich ein Bewohner alleine, wenn sein Mitbewohner am Wochenende nicht da ist oder BewohnerInnen verstehen sich nicht so gut untereinander. Demnach wäre eine stärkere Mitbestimmung der MitbewohnerInnenwahl sowie die Möglichkeit, größere Wohngemeinschaften zu gründen von Vorteil.
- Größere MitarbeiterInnenwohnung: Den MitarbeiterInnen ist die Wohnung generell zu klein. Sie wünschen sich z.B. einen Tisch an dem alle MitarbeiterInnen sitzen und sich austauschen können.
- Wunsch nach Gruppenraum: Es wurde der Wunsch nach einem Gemeinschaftsraum, in dem sich BewohnerInnen und MitarbeiterInnen treffen können, geäußert. So würde die Mitarbeite-

rInnenwohnung platzmäßig nicht ausgereizt werden und alle Parteien könnten sich auf neutralem Boden treffen. Es wurde jedoch auch deutlich, dass im Vergleich zum Wohnhaus mehr Platz und eine bessere Schlafmöglichkeit für die MitarbeiterInnen vorhanden sind.

6.2.2 Diskussion der Ergebnisse

In diesem Teil des Berichtes wird die Aussagekraft der Forschungsergebnisse seitens der MitarbeiterInnen beleuchtet. Weiter werden die dafür angewandten Methoden und ethischen Aspekte reflektiert. Abschließend werden Zusammenhänge zu Theorie und Praxis dargestellt.

6.2.2.1 Aussagekraft

Gruppendiskussionen bergen immer die Gefahr, dass die Dynamik der Gruppe Einfluss auf die Aussagen und somit die Ergebnisse hat. Dabei kann sich die Frage ergeben, ob die Antworten in Einzelinterviews ehrlicher gewesen wären bzw. noch mehr an Informationen gekommen wäre. In der Gruppendiskussion mit den langjährigen MitarbeiterInnen fehlten zwei der gewünschten TeilnehmerInnen. Hätten jene daran teilgenommen, hätte dies zu einer anderen Dynamik in der Gruppe und somit vielleicht zu anderen Ergebnissen führen können. Auch eine andere Konstellation der Gruppen hätte vielleicht anderen Themen hervorgebracht. In diesem Sinne ist es schwer zu sagen, wie aussagekräftig die Gruppendiskussionen im Endeffekt waren. Jedoch lassen sich Überschneidungen in den beiden Gruppendiskussionen und der Leitung finden. Diese lassen die Aussagekraft steigern und es kann davon ausgegangen werden, dass die gemachten Aussagen zutreffen.

Wichtig hier ist noch zu erwähnen, dass die Evaluierung ca. 1,5 Jahre nach dem Einzug in die Wohnungen stattgefunden hat. Die MitarbeiterInnen und BewohnerInnen sind schon eine Weile in ihrem neuen Lebens- und Arbeitsumfeld und haben sich an gewisse Dinge bereits gewöhnt. Wäre die Forschung zu einem anderen Zeitpunkt durchgeführt worden, würden hier andere Ergebnisse stehen.

6.2.2.2 Reflexion der Methode

In diesem Kapitel werden nun die Methoden, die im Rahmen des Forschungsprozesses in Bezug auf die Zielgruppe der MitarbeiterInnen und der Leitung angewandt wurden, reflektiert.

Bevor die Gruppendiskussionen und das Einzelinterview durchgeführt wurden, hat die Forschungsgruppe entschieden, zwei Gruppendiskussionen mit der Gruppe der langjährigen Mitar-

beiterInnen und mit der Gruppe der "neuen" MitarbeiterInnen durchzuführen. Nach der Durchführung der Gruppendiskussionen stellte sich jedoch die Frage, ob eine Mischung der langjährigen und "neuen" MitarbeiterInnen zu zielführenderen Ergebnissen geführt hätte, da vielleicht gewisse Aspekte anders diskutiert worden wären.

Bei der Methode der Gruppendiskussion ist es wichtig zu erwähnen, dass es in jeder Form einer Gruppe eine gewisse Gruppendynamik gibt, auf die die InterviewerInnen keinen Einfluss haben, welche aber Einfluss auf die Ergebnisse der Gruppendiskussion haben kann. Sie beeinflusst, was gesagt und was nicht gesagt wird, wer mehr und wer weniger spricht. Weiter werden dadurch auch die Diskussionspunkte vielleicht in eine andere Richtung gelenkt, als vielleicht von den InterviewerInnen erwünscht.

Weiter wurden in den Befragungen offene Fragen gestellt, die den MitarbeiterInnen in ihren Antwortmöglichkeiten viel Freiraum ließen. Oft schien es aufgrund der derart offenen Formulierung für die Befragten aber schwierig, konkrete Antworten zu finden. Vor allem bei der Frage nach den Konflikten im Team schien es schwierig, Antworten zu formulieren. Ob dies nun genau an der Fragestellung, oder am Thema der Fragestellung lag, kann aber letztendlich nicht gesagt werden. Die InterviewerInnen versuchten zu erklären, was genau mit der Frage beabsichtigt war. Oft blieben die Antworten trotzdem eher oberflächlich, weshalb dann zur nächsten Frage übergegangen wurde.

Letztendlich war es teilweise schwierig, zu den Antworten zu gelangen, die die Forschungsgruppe als Intention hinter den Formulierungen der Fragen sahen. Auch bei genauerem Nachfragen während der Gruppendiskussion wurden gewisse Bereiche nicht angesprochen. Es stellt sich die Frage, ob dies in Einzelinterviews besser möglich gewesen wäre.

Allgemein ist zu erwähnen, dass kein extra Raum für die Durchführung der Gruppendiskussion gefunden werden konnte. Somit war kein neutraler Ort vorhanden, in welchem sich alle Beteiligten, sowohl MitarbeiterInnen als auch InterviewerInnen, auf Augenhöhe begegnen konnten. Dies galt für beide Gruppendiskussionen. Das Interview mit Eva Wopfner, der Leitung des Wohnverbundes Hall, konnte jedoch, wie bereits oben erwähnt, am MCI in einem Besprechungsraum durchgeführt werden.

6.2.2.3 Ethische Aspekte

Der folgende Abschnitt wird sich mit der forschungsethischen Perspektive der Kleingruppe MitarbeiterInnen befassen. Es werden Themen angesprochen, die sich für die Gruppe im Laufe des Forschungsprozesses ergeben haben und wie mit diesen umgegangen wird. Für das Projekt ist die Forschungsethik deshalb wichtig, weil in jeder Erforschung die Frage gestellt werden muss, welche ethischen Prinzipien für die eigene Forschung wichtig sind und wie sie in der Forschung umgesetzt und kontrolliert werden können (vgl. Schimpf, Stehr 2012, S. 108). Es gibt neben der Schadensvermeidung auch andere relevante ethische Prinzipien, die für eine Forschung wichtig sind. "Informierte Einwilligung", "Anonymität" und "Vertraulichkeit", "die Einhaltung der Persönlichkeitsrechte" (Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 2010) der ProbandInnen, ein sensibler Umgang mit den erforschten Daten sowie die Integrität und Objektivität der Forschenden sind nur einige wichtige Beispiele aus dem Ethikkodex der deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 2010).

Aus forschungsethischer Perspektive hat sich die Forschungsgruppe vor allem mit dem Thema der Anonymität auseinandergesetzt. Die Gewährleistung der Anonymität der MitarbeiterInnen war der forschenden Gruppe besonders wichtig. Aufgrund der engen Zusammenarbeit mit dem Regionalleiter Lorenz Kerer wurde versucht so sensibel als möglich zu sein und ihm keine Daten zu übermitteln, mit welchen er auf Personen zurück schließen könnte. Deshalb waren bzw. sind die Tonaufnahmen aus den Gruppendiskussionen sowie auch die Transkripte für ihn nicht zugänglich. Dies war auch ein Anliegen seinerseits. Bei Diskussionen oder Fragen, wo Unsicherheiten auftraten, wurde Eva Fleischer, die ebenfalls das Projekt leitet, zu Rat gezogen. Das Wohl aller Beteiligten sollte im gesamten Forschungsprozess im Blick behalten werden, sodass niemand zu Schaden kommt (vgl. Kiegelmann 2010, S. 384). Mit den erlangten Informationen wurde vertraulich und verantwortungsbewusst umgegangen, d. h., dass in den präsentierten Ergebnissen keine Rückschlüsse auf Personen gemacht werden können. Name, Alter oder jegliche andere Information, die Rückschlüsse zulassen würden, wurden anonymisiert. Bereits im Vorhinein wurden die MitarbeiterInnen über diese Anonymität und den Umgang mit den erhobenen Daten mündlich sowie auch schriftlich aufgeklärt. Diesbezüglich unterzeichneten alle TeilnehmerInnen der Gruppendiskussionen eine "informierte Einwilligung" (vgl. von Unger 2014, S. 19f.).

In dieser Forschung sind zudem Machtverhältnisse zu beachten. Die Ergebnisse, welche sich aus der Forschung ergeben, werden sicherlich bei allen Beteiligten etwas bewirken und auslösen. Durch die Interpretationsmacht der Studierenden können Ergebnisse so dargestellt werden, dass sie unter Umständen nicht dem entsprechen, was die MitarbeiterInnen mitgeteilt haben bzw. mitteilen wollten. Macht, Ethik und Positionierung der Forschenden sind vor allem in diesem Projekt zu beachten, da Menschen mit Unterstützungsbedarf als "vulnerable Gruppe" gesehen werden können (vgl. von Unger 2014, S. 28). Dabei ist es wichtig, dass subjektive Haltungen nicht zu sehr ins Projekt mit einfließen und die Aussagen der MitarbeiterInnen nicht gewertet werden. Wesentlich ist hier, dass keine suggestiven Fragen gestellt werden. Die MitarbeiterInnen sollten frei und

unabhängig vom Wohnkonzept erzählen können, damit ein Bild darüber entsteht, wie das neue Wohnkonzept auf sie und die KlientInnen wirkt und welche Chancen und Grenzen sich daraus ergeben bzw. welche Faktoren für ein gelungenes oder auch nicht gelungenes Konzept von Bedeutung sind.

Zu beachten ist außerdem, dass die MitarbeiterInnen nicht unabhängig voneinander befragt wurden und, dass die Gruppe die einzelnen MitarbeiterInnen möglicherweise in ihren Aussagen beeinflusst haben könnten oder einige vielleicht sogar gehemmt waren, alle ihre Gedanken auszudrücken. Die Diskussion kann eine bestimmte Dynamik annehmen, wobei Ergebnisse gegebenenfalls verfälscht werden könnten, zum Beispiel unterschiedliche Gleichgewichte in der Verteilung von Beiträgen aufgrund unterschiedlicher TeilnehmerInnen-Rollen, selektives Einwerfen von Ansichten, Erfahrungen und sozial erwünschten Beiträgen, Anpassungsdruck, Konformität, Polarisierungen innerhalb der Gruppe und gegenseitiges Hochschaukeln im Redeprozess (vgl. Kühn, Koschel 2011, S. 235f.).

Ein weiterer Aspekt, der hier noch angesprochen werden möchte, liegt in Bezug auf die Auftragslage. Auftraggeber für diese Forschung ist die Institution selbst – die Lebenshilfe Tirol. Die MitarbeiterInnen könnten einen gewissen Druck verspüren, an der Forschung teilzunehmen. Es war der Forschungsgruppe wichtig, dass die Teilnahme an der Befragung auf Freiwilligkeit basiert und sich keiner der MitarbeiterInnen gezwungen fühlt. Letztendlich geht es um ein Dilemma – der Auftrag kommt von der Lebenshilfe Tirol, die MitarbeiterInnen werden aufgrund ihrer Position vielleicht zu etwas gedrängt, was sie gar nicht möchten, auch wenn im Hintergrund der Aspekt der Freiwilligkeit steht. Des Weiteren könnte es einen Unterschied machen, ob dabei noch eine dritte Instanz involviert ist oder nicht. Es kommt Unsicherheit ins Spiel, Aspekte, die vielleicht nicht so gut kontrolliert werden können, nicht im Sinne der Manipulation, sondern im Sinne von Richtungs- und Fokuslegung innerhalb der Forschung.

6.2.3 Theorie/Praxiszusammenhang

Im vorliegenden Abschnitt werden nun die Ergebnisse aus dem Einzelinterview und den Gruppendiskussionen, mit der in Kapitel 4 geschilderten Theorien, in Zusammenhang gebracht.

Bezüglich der UN-Behindertenrechtskonvention kann aus den Ergebnissen der MitarbeiterInnen Folgendes festgehalten werden: Die UN-Behindertenrechtskonvention regelt die Rechte der Menschen mit Unterstützungsbedarf. Für unser Projekt und die Ergebnisse aus den Befragungen der MitarbeiterInnen ist besonders der Artikel 19 der Behindertenrechtskonvention zu beachten. Die-

ser regelt die "Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft" (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2011, Art. 19). Dieser Artikel besagt, dass die Menschen mit Unterstützungsbedarf selbst bestimmen wo und mit wem sie leben bzw. wohnen möchten.

Innovative Wohnformen können als eine Möglichkeit gesehen werden, die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention und somit auch Inklusion umzusetzen. Die Wohnform in der Unteren Lend ermöglicht Menschen mit Unterstützungsbedarf eine unabhängigere Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft. Die Menschen mit Unterstützungsbedarf wurden von den MitarbeiterInnen gefragt, mit wem sie in der neuen Wohnform gerne zusammen leben möchten. Sie konnten also Einfluss darauf nehmen, mit wem sie zusammen wohnen und leben möchten. Die Menschen mit Unterstützungsbedarf leben in der neuen Wohnform nicht mehr alle gemeinsam in einem Haus, sondern in einzelnen Wohnungen in einem Wohnkomplex. Dies ermöglicht, dass sie in eine Gemeinschaft mit einbezogen werden. Sie leben nun in einer Nachbarschaft und nicht mehr in einer Einrichtung. Durch die neue, innovative Wohnform können die BewohernInnen selbst entscheiden, was und wann sie essen, schlafen gehen und wie sie ihre Freizeit gestalten möchten. Sie sind in ihrer Lebensführung nun selbstbestimmter und unabhängiger.

Inklusion soll also Menschen, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts, welcher Religion, welcher sexuellen Orientierung oder welcher Behinderung ermöglichen, in gleichem Maße am gesellschaftlichen Leben teil zu haben. Jeder und jede sollte gleich behandelt werden und niemand sollte Nachteile durch eine Gegebenheit erfahren (vgl. Trescher 2015, S. 11ff.). Inklusion ist also eine "Form der Berücksichtigung von Personen in Sozialsystemen" (Dederich 2013, S. 59).

Durch die Befragungen der MitarbeiterInnen wurde deutlich, dass in der neuen, innovativen Wohnform in der Unteren Lend der Prozess der Inklusion von Menschen mit Unterstützungsbedarf deutlich schneller und besser umgesetzt werden kann. Inklusion soll Menschen ermöglichen, im gleichem Maße am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dies ist in der Unteren Lend gegeben. Die Menschen mit Unterstützungsbedarf leben in ihren eigenen Wohnungen und haben deutlich mehr Selbstbestimmung über ihr Leben als in dem Wohnhaus. Im Wohnhaus mussten alle gemeinsam zu Abend essen, nun kann jeder/jede selbst bestimmen was und wann er/sie essen möchte. Sie können mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben, da sie nun in einem Wohnkomplex, also einer Nachbarschaft leben. Es lässt sich also festhalten, dass die Menschen mit Unterstützungsbedarf in den neuen, innovativen Wohnformen deutlich mehr Inklusion erfahren, als im alten Wohnhaus.

De-Institutionalisierung spielt für die Förderung von Inklusion eine wesentliche Rolle. Sie hat als Ziel, Heimsysteme aufzulösen. Aus den Gruppendiskussionen der MitarbeiterInnen kann mitge-

nommen werden, dass wie auch bereits aus den Ergebnissen der Forschungsgruppe der BewohnerInnen in Kapitel 6.1 festgestellt wurde, durch den Wohnverbund eine De-Insitutionalisierung ansatzweise erreicht wird.

Die MitarbeiterInnen sehen, dass die BewohnerInnen mehr Selbstbestimmung in ihren Wohnungen erhalten haben, was für die MitarbeiterInnen selbst zwar eine Herausforderung ist, jedoch möchten sie den BewohnerInnen dieses Recht nicht verweigern. Durch diese Machtübergabe wird den BewohnerInnen auch mehr Entscheidungsmacht eingeräumt.

Diese Selbstbestimmung spiegelt sich vor allem in den Bereichen des Wohnens und der teilweisen selbstständigen Einteilung des Alltags wider. Trotzdem sind im Wohnverbund immer noch strukturelle Grenzen der Selbstbestimmung vorhanden. Da es hauptsächlich an den Wochenenden an Personal mangelt, kann oft Wünschen der BewohnerInnen nicht nachgegangen werden.

Ein weiteres andauerndes Problem bildet die Schwierigkeit im Aufbauen von sozialen Kontakten. In diesem Punkt ist es aber wichtig zu hinterfragen, wie sehr die BewohnerInnen den Wunsch haben, weitere soziale Kontakte aufzubauen.

Auch das Abhängigkeitsverhältnis zur Institution hat sich noch nicht aufgelöst. Die BewohnerInnen erhalten (bis auf eine Person) weiterhin Taschengeld und arbeiten teilweise in den Werkstätten der Lebenshilfe Tirol.

Wie bereits in Kapitel 4.1.1 beschrieben wurde, ist das Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention die "Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft" (Seifert 2016, S. 65). Menschen mit Unterstützungsbedarf sollen also in die Gesellschaft inkludiert werden (vgl. ebd., S. 65). Dies ist unter anderem der Gedanke des Wohnkonzeptes in Hall. Die ambulante Wohnform soll es den BewohnerInnen ermöglichen eigenständig zu wohnen und ihren Alltag selbst zu gestalten und zu strukturieren. Durch die Auflösung der stationären Wohnform wird es zunehmend möglich, die Bedürfnisse der BewohnerInnen zu verfolgen und Inklusion zu ermöglichen. Menschen mit Unterstützungsbedarf können ihren Alltag nun mehr oder weniger eigenständig gestalten. Sie müssen sich nicht mehr an die Struktur des Wohnheimes halten und können beispielsweise Essenszeiten selbst bestimmen. Eine gewisse Struktur wird jedoch durch die MitarbeiterInnen aus organisatorischen Gründen dennoch vorgegeben. Ihrer Meinung nach, braucht der Mensch auch Struktur im Alltag. Durch die Wohnform leben die BewohnerInnen nicht mehr abgeschirmt, sondern innerhalb des Wohnkomplexes in Hall. Somit ist ein erster Schritt der Inklusion bereits geschafft.

Mit Hilfe des Caring Communities-Ansatzes könnte Menschen mit Unterstützungsbedarf zunehmend gelebte Inklusion ermöglicht werden. Sie sollten persönliche Pflege und Betreuung in ihrem Sozialraum erhalten und dieser sollte angeregt werden, aktiv in der Betreuung mitzuwirken. Verbundenheit und Mitverantwortung sollten angestrebt werden. Wie bereits in Kapitel 4.5.3 angeführt wurde, braucht es für das Gelingen des Konzeptes einige wesentliche Voraussetzungen, welche

momentan im Wohnverbund Hall noch nicht zur Gänze gegeben sind. Den MitarbeiterInnen zu Folge, ist das Verhältnis zum Sozialraum noch sehr anonym und die Chancen, das Konzept zu verwirklichen, sehen sie derzeit noch als sehr weit entfernt. Die fehlende Zeit der MitarbeiterInnen ihre KlientInnen, individuell in der Freizeitgestaltung zu betreuen, könnte durch den Community Care Ansatz vermutlich kompensiert werden. Jedoch wurde dies in der Gruppendiskussion nicht angesprochen. Das Thema bekam im Allgemeinen wenig Aufmerksamkeit und wurde nach hinten verschoben. Es wäre für die MitarbeiterInnen wichtiger, sich zunächst voll und ganz auf das Wohnen selbst zu konzentrieren und die BewohnerInnen diesbezüglich angemessen zu unterstützen.

Mit der Forschungsfrage "Wie hat sich das neue Wohnkonzept auf BewohnerInnen, MitbewohnerInnen und den Sozialraum ausgewirkt?" wird die Wirkungsorientierung für das Forschungsprojekt von Bedeutung. Die Wirkungsorientierung hat das Ziel, wie der Name schon sagt, sich an Wirkungen zu orientieren. Dies wurde sowohl in diesem Forschungsprojekt umgesetzt, was schon an der Forschungsfrage ersichtlich ist, als auch im Wohnprojekt in Hall festgestellt.

Aus den Ergebnissen der Befragungen ist ersichtlich, dass die Auswirkungen der Umstellung vom Wohnheim auf Wohnverbund auf die BewohnerInnen im Zentrum der Aufmerksamkeit der MitarbeiterInnen und auch der Leitung stehen. Es wurde viel über das positiv veränderte Verhalten der BewohnerInnen gesprochen, über deren positive Entwicklung und wie sich die veränderten Bedingungen auf das Leben der BewohnerInnen auswirkt.

In Bezug auf die MitarbeiterInnen wurden ebenfalls Veränderungen diskutiert, dass zum Beispiel die Wege weiter geworden sind, und sich dadurch die Art der Arbeit verändert hat - nicht, welche Tätigkeiten dabei durchgeführt werden, aber wie jene durchgeführt werden. Weiter zeigt sich, dass die Veränderung der Räumlichkeiten auch Auswirkungen auf die Kommunikation im Team hat. Da sich die MitarbeiterInnen nicht mehr regelmäßig begegnen aufgrund der gestaffelten Dienste und der Aufteilung der Dienste in Wohnverbund und Mobile Begleitung, ist es teilweise schwierig, ohne zu großen Aufwand, zu ausreichend Informationen zu kommen.

Mit der Leitung wurden auch Veränderungen im Management besprochen, die zum Beispiel die Abrechnung des Wohnverbundes oder die Instandhaltung des Wohnbereiches aufwendiger machen, da nun vier bzw. fünf Wohnungen zu bewirtschaften sind und nicht mehr nur ein Stockwerk. Die Aufzählung an Veränderungen und Wirkungen könnte hier noch fortgeführt werden. Letztendlich bilden sie den Großteil der Ergebnisse des Forschungsprojektes, da auch die Forschungsfrage genau darauf abzielt. Dadurch konnten Veränderungen und Wirkungen sichtbar gemacht werden und auch Empfehlungen für die Zukunft des Projektes formuliert werden.

Für die kritische Betrachtung der Wirkungsorientierung sollte hier noch erwähnt werden, dass direkte Zusammenhänge von Ursache und Wirkung nicht immer überprüft werden können. In diesen

Fällen jedoch, können Wirkungen großteils ziemlich genau auf die Umstellung der Wohnform zurückgeführt werden, da diese Veränderung stichhaltig erklärt werden können und für diese schlüssig argumentiert werden kann.

6.3 Ergebnisse Perspektive Sozialraum

Im Folgendem Berichtsteil beschreibt die Kleingruppe, die sich mit dem Sozialraum beschäftigt hat, ihre Ergebnisse und untermauern diese mit entsprechenden Grafiken. Zudem werden Hypothesen aufgestellt.

6.3.1 Ergebnisdarstellung

Im Folgendem werden die Ergebnisse der in der Anna-Dengel-Straße durchgeführten Datenerhebung präsentiert. Wird in der Ergebnisdarstellung von "Nachbarschaft" oder "NachbarInnen" gesprochen, so sind die BewohnerInnen der Anna-Dengel-Straße damit gemeint. Von den insgesamt 666 ausgehändigten Fragebögen wurden 184 Fragebögen von den Personen ausgefüllt und retourniert. Die Rücklaufquote lag somit bei rund 28 %.

Die folgenden drei Hauptüberschriften beinhalten die unterschiedlichen Teilergebnisse der persönlichen Daten der interviewten Personen, des nachbarschaftlichen Zusammenlebens in der Anna-Dengel-Straße sowie die des Sozialraums. Die Gesamtanzahl der Antworten auf die einzelnen Fragen variieren, da manche Personen nicht auf alle Fragen antworteten oder Mehrfachnennungen getroffen wurden.

Die gewonnenen Informationen wurden anschließend vom Projektteam ausgewertet. Nicht klar zuordenbare und nicht gegebene Antworten wurden in die Ergebnisermittlung integriert, werden jedoch nicht gesondert dargestellt. Die folgende Ergebnisdarstellung zeigt die Antworten entweder in absoluten Häufigkeiten (Anzahl) oder in relativen Häufigkeiten (in %). Es wird darauf hingewiesen, dass der folglich verwendete Begriff "Menschen mit Unterstützungsbedarf" die Begrifflichkeiten "Menschen mit Behinderung" und "RollstuhlfahrerInnen" in Kombination meint. Die Abbildungen zu den Ergebnisdarstellungen sind eigene Entwürfe, die auf Basis der Forschungsdaten erstellt wurden.

6.3.1.1 Personenbezogene Daten

Zu Beginn der Befragung wurden die Personen gebeten, personenbezogene Informationenmitzuteilen, um Anhaltspunkte zu der Geschlechterverteilung, dem Alter und der Wohndauer in der Anna-Dengel-Straße zu erhalten.

Alter

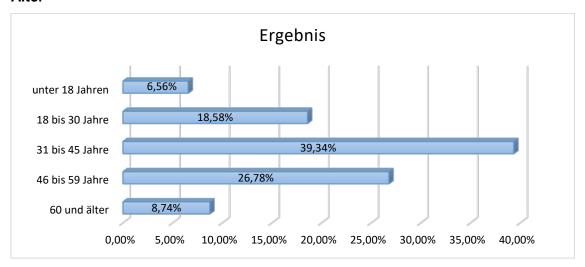


Abb. 17: Altersgruppen in Prozent der Gesamtantworten

184 der Befragten äußerten sich zu ihrem Alter. Die Antwortmöglichkeiten gestalteten sich wie in der Tabelle abgebildet. Die größte Gruppe bilden die 31 bis 45-Jährigen (39%). Die kleinste die unter 18-Jährigen (6%). Dazwischen sind die 45 bis 60-Jährigen mit 27%, die 18 bis 30-Jährigen mit 19% und die über 60-Jährigen mit 9% vertreten.

Geschlecht

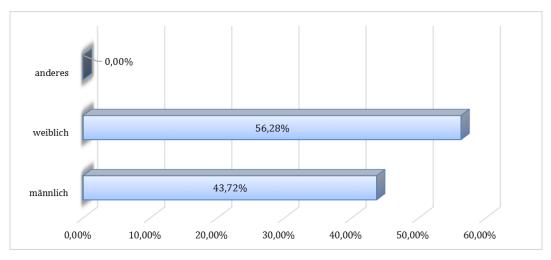


Abb. 18: Geschlecht in Prozent der Gesamtantworten

Auf die Frage nach dem Geschlecht antworteten 184 Personen. 56% waren Teilnehmerinnen und 44% Teilnehmer. Zudem wurde eine neutrale dritte Geschlechtsoption angeboten, welche jedoch nicht genutzt wurde.

Wohndauer

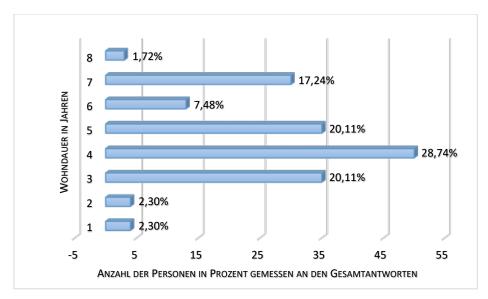


Abb. 19: Wohndauer in Jahren

Dieses Balkendiagramm zeigt die Wohndauer der befragten Personen in Jahren. 174 TeilnehmerInnen beantworteten diese Frage. Die vertikale Achse auf der linken Seite zeigt die Anzahl der Wohndauer in der Anna-Dengel-Straße in Jahren.

Die Datenbalken zeigen die Ausprägung der Antwort in relativen Zahlen. Es lässt sich erkennen, dass die größte Gruppe aus jenen besteht, die seit vier Jahren in diesem Wohngebiet leben. Die kleinste Ausprägung findet sich bei fünfeinhalb Jahren. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Großteil der TeilnehmerInnen zwischen drei und sieben Jahren in der Anna-Dengel-Straße wohnt.

6.3.1.2 Nachbarschaftliches Zusammenleben

Dieser Abschnitt beinhaltet Fragen in Bezug auf das nachbarschaftliche Zusammenleben in der Anna-Dengel-Straße. Die Fragen beziehen sich vor allem auf die Art und Häufigkeit des nachbarschaftlichen Kontaktes.

Häufigkeit des nachbarschaftlichen Kontaktes

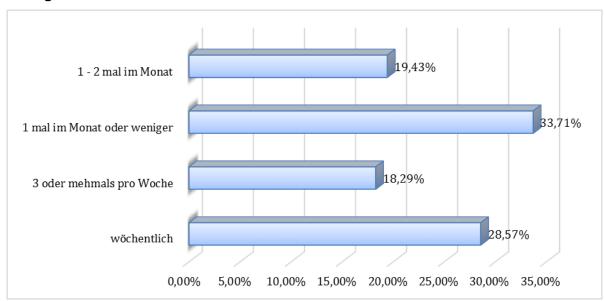


Abb. 20: Häufigkeit des nachbarschaftlichen Kontaktes in Prozent der Gesamtantworten

Auf diese Frage haben insgesamt 178 Personen geantwortet. Die Antwortmöglichkeiten gestalteten sich in der Erhebung wie in der Grafik dargestellt. Von den gesamten Antworten lässt sich erschließen, dass circa die Hälfte der Nachbarschaft in der Anna-Dengel-Straße wöchentlich oder mehrmals wöchentlich Kontakt zu ihren NachbarInnen pflegen. Die andere Hälfte gibt hingegen an, dass sie zweimal im Monat oder weniger bis zu gar keinen Kontakt zu ihren NachbarInnen haben.

Art des nachbarschaftlichen Kontaktes

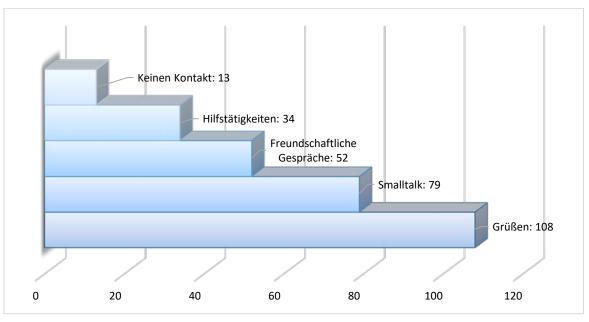


Abb. 21: Art des nachbarschaftlichen Kontaktes in absoluten Zahlen

Die Frage ist aufbauend auf die vorherige und lautet wie folgt: "Wie würden Sie Ihre nachbarschaftlichen Kontakte beschreiben?" Auf diese Frage haben insgesamt 182 Personen geantwortet. Es ist anzumerken, dass bei dieser Frage mehrere Antwortmöglichkeiten angekreuzt werden konnten, weshalb die Gesamtsumme der Antworten von der Summe der BeantworterInnen abweicht. Die größte Ausprägung stellt die Antwortmöglichkeit "Grüßen" dar, die 108 Personen angekreuzt haben. 79 Personen beschreiben den Kontakt als "Smalltalk" und 52 der Befragten geben an, mit ihren NachbarInnen freundschaftliche Gespräche zu führen. Als weitere Antwortmöglichkeit geben 34 Personen "Hilfstätigkeiten" an. 13 Personen antworten zudem, dass sie keinen Kontakt zu ihren NachbarInnen haben. Des Weiteren wird der nachbarschaftliche Kontakt basierend auf offenen Antwortmöglichkeiten als Telefongespräche, Streit und Freundschaften beschrieben. Dem ist hinzuzufügen, dass ein/e TeilnehmerIn angab der nachbarschaftliche Kontakt variiere je nach NachbarIn.

Smalltalk, Freundschaftliche Gespräche, Hilfstätigkeiten Grüßen, Smalltalk, Hilfstätigkeiten Grüßen, Smalltalk, Freundschaftliche Gespräche Grüßen, Hilfstätigkeiten Grüßen, Freundschaftliche Gespräche, Hilfstätigkeiten Smalltalk, Freundschaftliche Gespräche Grüßen, Freundschaftliche Gespräche Freundschaftliche Gespräche, Hilfstätigkeiten Grüßen, Smalltalk, Freundschaftliche Gespräche,... Grüßen, Smalltalk 0 5 10 15 20 25

Kombination der Art des nachbarschaftlichen Kontaktes

Abb. 22: Kombinationen der Art des nachbarschaftlichen Kontaktes in absoluten Zahlen

Das in Abb. 22 gezeigte Diagramm zeigt die Häufigkeit der mehrfach gleich genannten Antworten auf die Frage nach der Art des nachbarschaftlichen Kontaktes in absoluten Zahlen.

Die entsprechenden Kombinationen gestalten sich wie folgt:

- "Grüßen" und "Smalltalk"
- "Grüßen", "Smalltalk", "Freundschaftliche Gespräche" in Verbindung mit "Hilfstätigkeiten"
- "Freundschaftliche Gespräche" in Kombination mit jeweils "Hilfstätigkeiten", "Grüßen" oder "Smalltalk"

Bei der zur Datenerhebung genutzten Frage war die Möglichkeit gegeben, individuell die Art des nachbarschaftlichen Kontaktes zu beschreiben. Genannt wurde in diesem Zusammenhang:

- Telefonieren
- Streiten
- Unterschiedlich je nach NachbarIn
- Freundschaft

Vergleich von Häufigkeit und Art des nachbarschaftlichen Kontaktes

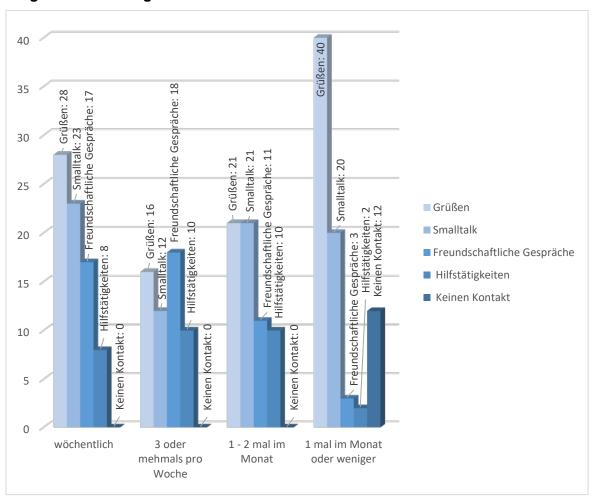
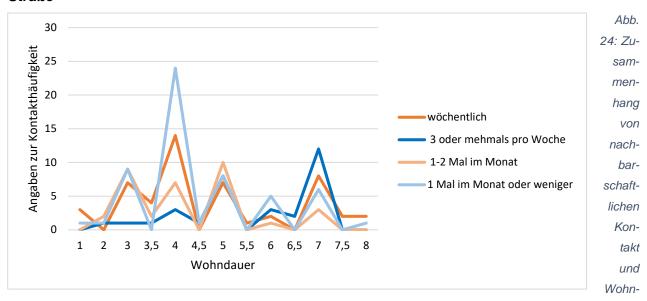


Abb. 23: Vergleich von Häufigkeit und Art des nachbarschaftlichen Kontaktes in absoluten Zahlen

Wird die Häufigkeit mit der Art des Kontaktes verglichen, so kann gesagt werden, dass die Personen, die wöchentlich oder mehrmals pro Woche miteinander interagieren, neben Grüßen und Smalltalk, eher freundschaftliche Gespräche führen. Personen, die wenig Kontakt zu ihrer Nachbarschaft pflegen, grüßen sich am häufigsten. 50% dieser Personengruppe gibt als Art des nachbarschaftlichen Kontakts "Grüßen" an. Die Ergebnisse zeigen, dass die Personen, die mehrmals pro Woche, wöchentlich oder ein bis zwei Mal im Monat miteinander in Kontakt treten, ähnlich oft angeben, sich zu grüßen oder Smalltalk zu führen.

Unabhängig von der Kontakthäufigkeit lässt sich feststellen, dass alle Personen bis auf diejenigen, die wenig bis gar keinen Kontakt pflegen, in ähnlicher Intensität Smalltalk führen und Hilfstätigkeiten ausüben, als auch annehmen.

Zusammenhang von nachbarschaftlichen Kontakt und Wohndauer in der Anna-Dengel-Straße



dauer in der Anna-Dengel-Straße

Es kann festgestellt werden, dass die Häufigkeit des Kontakts tendenziell mit der Länge der Wohndauer zunimmt. So kann gesagt werden, dass Personen, die zwischen fünf und sieben Jahren in der Anna-Dengel-Straße wohnen, wöchentlichen oder mehrmals wöchentlichen Kontakt haben.

Unterstützungsbedarf

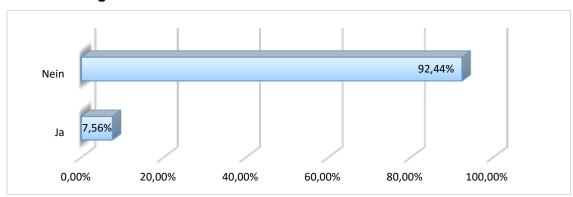


Abb. 25: Unterstützungsbedarf in Prozent der Gesamtantworten

Diese Frage lautet wie folgt: "Haben Sie einen Bedarf an Unterstützung?" Auf diese Frage haben insgesamt 175 Personen geantwortet. Von diesen haben 13 angegeben, dass sie einen Bedarf an Unterstützung haben. Von den restlichen Antworten geben 159 Personen an, dass sie keinen Bedarf haben. Drei Antworten konnten nicht zugeordnet werden.

Aufbauend auf diese Frage wurden die Personen, die mit "Ja" geantwortet haben, gebeten die Art des Unterstützungsbedarfs zu nennen. Diese Frage lautet: "Wenn ja, welchen?" und wurde von elf Personen beantwortet. Die Aussagen bezogen sich auf:

- Pflanzenpflege,
- das Ausleihen von Dingen,
- Sauberkeit.
- Hilfe,
- Freunde,
- Geld und die Belehrung durch Bekannte, Verwandte und FreundInnen.

Vergleich von Häufigkeit des nachbarschaftlichen Kontaktes und der Wahrnehmung nachbarschaftlicher Unterstützung

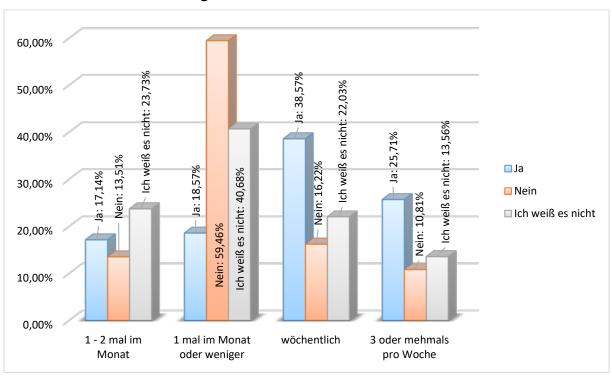


Abb. 26: Vergleich von Häufigkeit des nachbarschaftlichen Kontaktes und der Wahrnehmung nachbarschaftlicher Unterstützung

Der Vergleich der Daten bezüglich der Kontakthäufigkeit und der Wahrnehmung nachbarschaftlicher Unterstützung lässt erkennen, dass die Personen, die wöchentlich oder mehrmals pro Woche Kontakt zu ihren NachbarInnen pflegen, mit Abstand am häufigsten bejahen, dass es nachbarschaftliche Unterstützung gibt. Am zweithäufigsten wurde geantwortet, dass die Befragten nicht wissen, ob es nachbarschaftliche Unterstützung gibt. Es lässt sich ablesen, dass diejenigen Personen, die zweimal oder weniger im Monat Kontakt zu ihren NachbarInnen pflegen die größte Ausprägung von "Nein" aufweisen. Zudem lässt sich ablesen, dass diejenigen, die eher weniger Kontakt zu anderen in der Anna-Dengel-Straße Wohnenden, die Antwortmöglichkeit "Ich weiß es nicht" am häufigsten nutzten.

6.3.1.3 Sozialraum Anna-Dengel-Straße

Die NachbarInnen geben an, welche Personengruppen sie in der Anna-Dengel-Straße besonders wahrnehmen und ob sie eine Zunahme der jeweiligen Personengruppe erlebt haben. Des Weiteren werden Fragen hinsichtlich der Wahrnehmung sozialer DienstleisterInnen beantwortet. Eine offene Antwortmöglichkeit lässt Raum für Anregungen bezüglich des Sozialraums offen.

Studierende: 8 RollstuhlfahrerInnen: 20 Alleinerziehende: 20 Alleinstehende: 24 PensionistInnen: 36 Menschen mit Behinderung: 47 MigrantInnen: 60 Jugendliche: 62 Familien: 122 20 60 ጸበ 100 40 120 140

Wahrgenommene Personengruppen

Abb. 27: Wahrgenommene Personengruppen in absoluten Zahlen

Auf die Frage, welche Personengruppen in der Anna-Dengel-Straße besonders wahrgenommen werden antworten 179 Personen. Die Zahlen werden in absoluten Häufigkeiten angegeben. Am häufigsten werden "Familien" mit 122 Nennungen von den befragten BewohnerInnen wahrgenommen. Danach folgen "Jugendliche" (62) und "MigrantInnen" (60). "Menschen mit Behinderung" wurden 47mal angegeben und "PensionistInnen" 36mal. Danach folgen "Alleinstehende" (24) und "Alleinerziehende" und "RollstuhlfahrerInnen" mit jeweils 20 Nennungen. Das Schlusslicht bildet "Studierende" mit acht Nennungen.

Vergleich ob Menschen mit Unterstützungsbedarf an unterschiedlichen Wohnorten unterschiedlich wahrgenommen werden

Das folgende Diagramm zeigt die Ergebnisse von der Wahrnehmung von Menschen mit Unterstützungsbedarf gesondert nach Wohnhaus und Etage der befragten Personen. Von den neun Personen, die auf derselben Etage wie Menschen mit Behinderung leben, geben drei an, Menschen mit Behinderung wahrzunehmen. Zwei von den neun Personen nehmen RollstuhlfahrerInnen wahr.

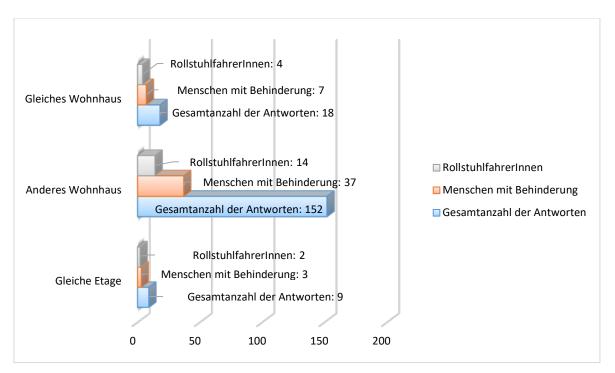


Abb. 28: Vergleich ob Menschen mit Unterstützungsbedarf an unterschiedlichen Wohnorten unterschiedlich wahrgenommen werden in absoluten Zahlen

Im gleichen Wohnhaus wie Menschen mit Behinderung wohnen 18 der befragten Personen. Von diesen gaben vier an, RollstuhlfahrerInnen und sieben an, Menschen mit Behinderung wahrzunehmen. 152 der TeilnehmerInnen wohnen in einem anderen Wohnhaus als die Menschen mit Behinderung. 14 von ihnen nannten RollstuhlfahrerInnen und 37 Menschen mit Behinderung. Es lässt sich die Hypothese ableiten, dass prozentual verteilt die Personen, die im gleichen Wohnhaus wohnen, Menschen mit Unterstützungsbedarf mit knapp 40 % am häufigsten wahrnehmen. Danach folgen diejenigen, die auf derselben Etage wohnen, von denen ein Drittel Menschen mit Unterstützungsbedarf wahrnehmen. Von den Personen, die in einem anderen Wohnhaus leben, nehmen circa ein Viertel Menschen mit Unterstützungsbedarf wahr.

Vergleich von Kontakthäufigkeit und der Wahrnehmung von Menschen mit Unterstützungsbedarf

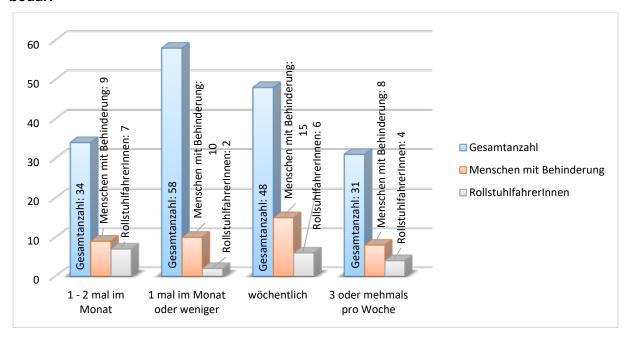


Abb. 29: Vergleich von Kontakthäufigkeit und der Wahrnehmung von Menschen mit Unterstützungsbedarf

Die blauen Säulen stellen die Gesamtanzahl der Antworten auf die Frage, welche Personengruppen besonders wahrgenommen werden aufgeteilt nach der Kontakthäufigkeit dar. Es lässt sich feststellen, dass die Personen, die wöchentlich Kontakt zu ihren Nachbarlnnen haben, auch am häufigsten Menschen mit Behinderung und RollstuhlfahrerInnen wahrnehmen. Die Personen, die Menschen mit Behinderung und RollstuhlfahrerInnen am zweithäufigsten wahrnehmen, sind die, die einmal im Monat oder weniger Kontakt haben.

Erlebte Zunahme von Personengruppen

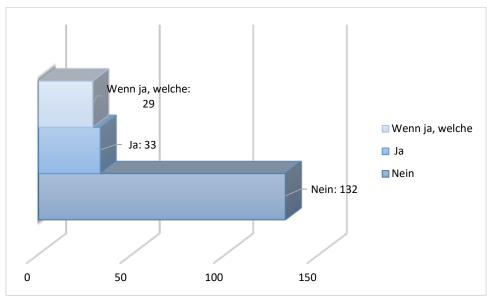


Abb. 30: Erlebte Zunahme von Personengruppen in absoluten Zahlen

Diese Frage bezieht sich auf die vorhergehende und lautet wie folgt: "Haben Sie bei einer der folgenden Gruppen eine Zunahme erlebt?". Insgesamt antworteten 175 Personen auf diese Frage. Die Antwortmöglichkeiten beschränken sich auf "Ja", "Nein" und "Wenn ja, welche" wobei die Personen das offene Textfeld für Anregungen nutzen konnten.

Die Aufstellung der erlebten Zunahme der im Fragebogen genannten Gruppen gestaltet sich folgend:

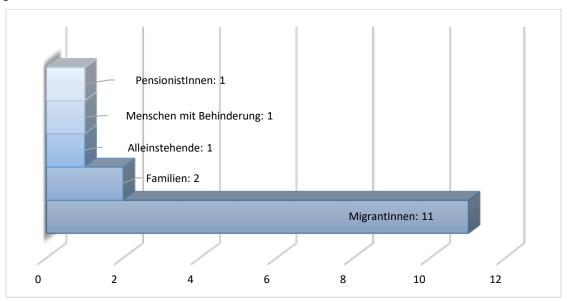


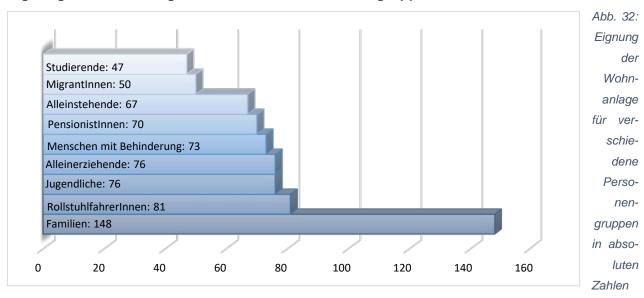
Abb. 31: Erlebte Zunahme genannter Gruppen in absoluten Zahlen

Weiters nannten die Befragten folgende Personengruppen bei denen eine Zunahme erlebt wurde:

- "AusländerInnen"
- "Kinder"
- "Hunde"
- "Ältere Personen"
- "Schwarze AfrikanerInnen"

Drei Personen von 144, die eine Zunahme von mindestens einer Personengruppe erlebt haben, geben an, eine Zunahme von Menschen mit Behinderung wahrgenommen zu haben. Zwei von den Personen, die sagen, eine Zunahme bei einer Personengruppe wahrzunehmen, nannten RollstuhlfahrerInnen.

Eignung der Wohnanlage für verschiedene Personengruppen



Die Fragestellung "Für welche dieser Gruppen finden Sie die Wohnanlage zum Wohnen geeignet?" wurde 177mal beantwortet. Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich, weshalb die Gesamtheit der Nennungen nicht mit jener der Gesamtantworten übereinstimmt. Die in der Grafik repräsentierten Gruppen spiegeln die Antwortmöglichkeiten in relativen Häufigkeiten wieder. Für Familien wird mit 84% der Antworten die Wohnanlage am häufigsten als geeignet erklärt. Die am zweit öftesten vertretene Personengruppe sind RollstuhlfahrerInnen mit 45%, gefolgt von Jugendlichen (43%) und Alleinerziehenden (42%). Menschen mit Behinderung liegen mit 41% in der Mitte. PensionistInnen (40%), Alleinstehende (38%), MigrantInnen (28%) und Studierende (27%) wurden in absteigender Reihenfolge genannt. Die "Sonstigen"-Antworten (6%) ließen sich wie folgt zusammenfassen:

- "Alle, die sich gegenseitig respektiert"
- "Allen, denen es gefällt"
- Menschen, die Ordnung und Sauberkeit schätzen
- Kinder

Nachbarschaftliche Unterstützung

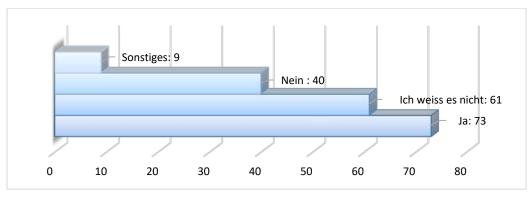


Abb. 33: Nachbarschaftliche Unterstützung in absoluten Zahlen

Insgesamt haben diese Frage 181 Personen beantwortet. Rund 40 Prozent geben an, dass es nachbarschaftliche Unterstützung gibt. Ein Drittel der Personen weiß nicht, ob es nachbarschaftliche Unterstützung gibt und circa 20 Prozent sagen, es gibt keine gegenseitigen Hilfeleistungen. Die Antworten bei der offenen Antwortmöglichkeit bezogen sich auf Pflanzenpflege, Post, Haustierbetreuung, Hilfstätigkeiten, Gespräche, Unterstützung im Haushalt sowie Kinderbetreuung. Auf die Frage, um welchen nachbarschaftlichen Kontakt es sich dabei handelt, haben 85 Personen die offene Antwortmöglichkeit genutzt. 34 Personen geben Hilfstätigkeiten als nachbarschaftliche Unterstützung an. Des Weiteren nennen 14 Personen, dass es Unterstützung im Haushalt gibt. Weitere zehn Personen geben sonstige nachbarschaftliche Unterstützung an. Weitere Antworten sind Post (neun in absoluten Zahlen), Pflanzenpflege (sechs), Haustierbetreuung (sechs), Kinderbetreuung (drei) und Gespräche (drei).

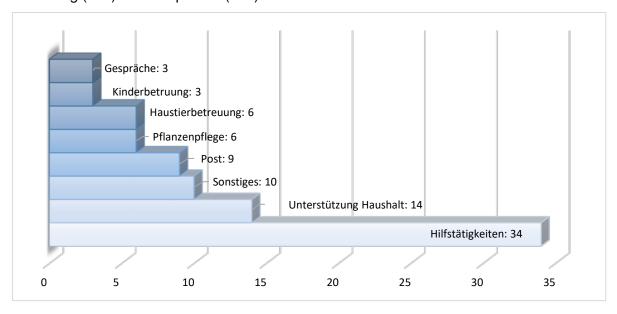


Abb. 34: Art der nachbarschaftlichen Unterstützung in absoluten Zahlen

Dabei lässt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Wohndauer und der Wahrnehmung von nachbarschaftlicher Unterstützung feststellen.

Ich weiss es nicht: 14 es nicht: 13 Nein: 22 30 Ja: 27 25 Ich weiss es nicht: 24 es nicht: ch weiss <u>ت</u> 20 <u>ə:</u> Ja 15 ■ Nein Nein : Nein ☐ Ich weiss es nicht 10 Nein 5 0 1 - 2 mal im 1 mal im Monat wöchentlich 3 oder mehmals pro Woche Monat oder weniger

Zusammenhang nachbarschaftliche Unterstützung und Kontakthäufigkeit

Abb. 35: Zusammenhang nachbarschaftliche Unterstützung und Kontakthäufigkeit in absoluten Zahlen

Wird der Zusammenhang zwischen nachbarschaftlicher Unterstützung und der Kontakthäufigkeit überprüft, so lässt sich feststellen, dass Personen, die drei oder mehrmals pro Woche oder mindestens wöchentlich miteinander agieren, tendenziell mehr nachbarschaftliche Unterstützung wahrnehmen. Es zeigt sich, dass Personen, die ein bis zwei Mal oder weniger im Monat Kontakt zu ihrer Nachbarschaft pflegen, im Allgemeinen weniger nachbarschaftliche Unterstützung wahrnehmen. So kann festgestellt werden, dass die nachbarschaftliche Unterstützung mit der Kontakthäufigkeit zusammenhängt. Umso weniger Kontakt die Personen untereinander pflegen, desto häufiger wissen die Personen nicht, ob es gegenseitige nachbarschaftliche Unterstützung gibt.

Soziale DienstleisterInnen

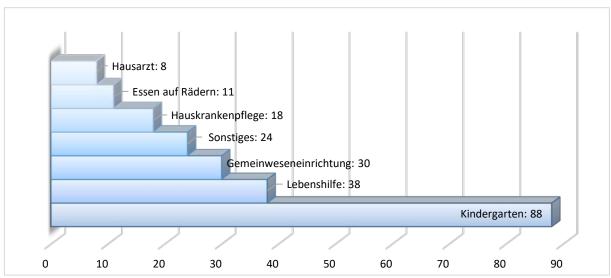


Abb. 36: Soziale DienstleisterInnen in absoluten Zahlen

Auf die Frage "Welche sozialen DienstleisterInnen nehmen Sie in der Unteren Lend wahr?" haben 139 Personen geantwortet. Die häufigste Nennung ist dabei der Kindergarten mit 88 Antworten. Die zweithäufigste Antwortauswahl ist die Lebenshilfe mit 38 Angaben. 30 Personen nehmen die Gemeinweseneinrichtung "KommEnt" wahr. Des Weiteren nehmen die 18 Personen die "Hauskrankenpflege", elf "Essen auf Rädern" und acht Personen einen Hausarzt wahr.

Zusammenhang Wahrnehmung Menschen mit Unterstützungsbedarf und Lebenshilfe und Wohnnähe

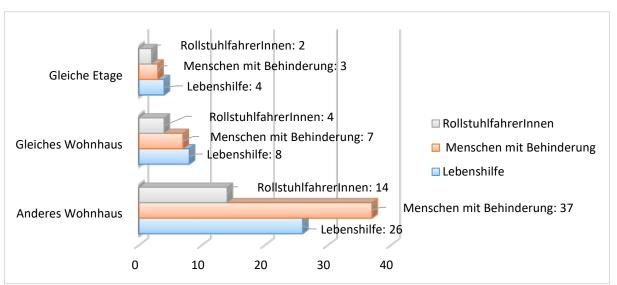


Abb. 37: Zusammenhang Wahrnehmung Menschen mit Unterstützungsbedarf und der Lebenshilfe mit der Wohnnähe in absoluten Zahlen

Im Diagramm lässt sich ablesen, dass von vier Personen, die in der selben Etage wie Menschen mit Unterstützungsbedarf wohnen, die Lebenshilfe wahrnehmen. Zudem wurden von jenen dreimal Menschen mit Behinderung und zweimal RollstuhlfahrerInnen genannt.

Acht im gleichen Wohnhaus Wohnende nehmen die Lebenshilfe wahr und von denen geben auch sieben an, Menschen mit Behinderung wahrzunehmen. Vier von den Befragten nehmen auch RollstuhlfahrerInnen wahr. Die in einem anderen Wohnhaus Lebenden nehmen die Lebenshilfe (26) deutlich weniger wahr als Menschen mit Behinderung (37). "RollstuhlfahrerInnen" gaben diese 14mal an, wahrzunehmen.

Anregungen bezüglich des Sozialraumes

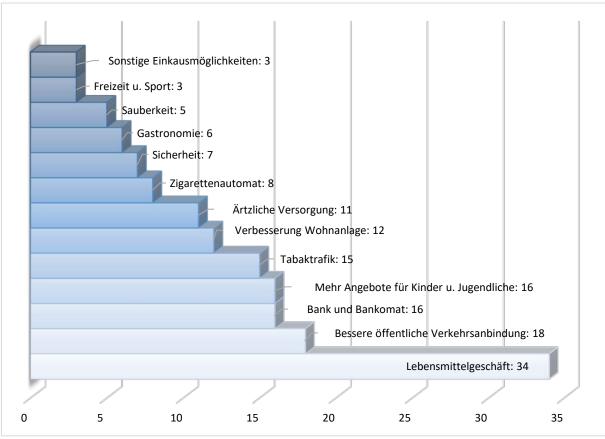


Abb. 38: Anregungen bezüglich Sozialraum in absoluten Zahlen

Insgesamt gab es auf die Frage "Was fehlt Ihnen in der Unteren Lend?" 154 Nennungen. Am häufigsten wurde erläutert, dass ein Lebensmittelgeschäft (34) in der Unteren Lend fehlt. Mit 18 Nennungen folgt der Wunsch nach einer besseren öffentlichen Verkehrsanbindung. Das etablieren einer Bank oder Bankomat und ein mehr an Angebot für Kinder und Jugendliche folgt mit jeweils 16 Nennungen. 15 Personen gaben an, ihnen würde eine Tabaktrafik fehlen. Die ärztliche Versorgung bemängelten elf Befragte. Acht wünschen sich einen Zigarettenautomaten und sieben TeilnehmerInnen mehr Sicherheit. Verbesserungsvorschläge für die Wohnanlage wurden zwölfmal angegeben. Gastronomische Angebote wurden sechsmal genannt. Der Wunsch nach mehr Sauberkeit wurde fünfmal geäußert. Sonstige Einkaufsmöglichkeiten wurden dreimal und Freizeit- und Sportangebot dreimal erwähnt.

6.3.2 Diskussion der Ergebnisse

In dem nun folgenden Abschnitt wird die Aussagekraft der Ergebnisse bezüglich des Sozialraumes beleuchtet, die angewandte Methode reflektiert, und Überlegungen zu den einzelnen Fragen des Fragebogens welcher in Kapitel 0 dargestellt ist dargestellt. Außerdem wird auf ethische Aspekte eingegangen.

6.3.2.1 Aussagekraft

Die Anzahl der TeilnehmerInnen, in diesem Fall der Befragten, in einer Studie ist entscheidend für die Aussagekraft der Ergebnisse. Da der angefertigte Fragebogen nicht von jeder in der Anna-Dengel-Straße lebenden Person beantwortet wurde, ist bei den auf der Datenerhebung basierenden Ergebnissen ein Aspekt von Repräsentativität gegeben. Die Repräsentativität wurde gewährleistet, indem jede in der genannten Straße wohnhaften Personen die Möglichkeit erhielt an der Befragung teilzunehmen und entsprechend die Grundgesamtheit zu vertreten (vgl. Ramm 2014, S. 1). Bei den erhobenen Daten handelt es sich somit um eine sogenannte "echte Stichprobe" (Bortz 1993, S. 86 zit. nach Ramm 2014, S. 2), da jede in der genannten Straße wohnhafte Person mit gleicher Wahrscheinlichkeit auf die Befragung hätte antworten können (vgl. Ramm 2014, S. 2).

6.3.2.2 Reflexion der Methode

Während der Phase der Datenauswertung ist das Forschungsteam auf Herausforderungen gestoßen, welche im Folgendem diskutiert werden.

Fragebogenerstellung:

Bei der Fragebogenerstellung wurden insgesamt zwei Versionen erarbeitet. Zuerst wurde ein Fragebogen vom Forschungsteam entworfen, welcher nach Rücksprache mit den begleitenden DozentInnen grundlegend überarbeitet werden musste. Die erste Version war teilweise zu unverständlich formuliert und zielte zu offensichtlich auf Menschen mit Unterstützungsbedarf ab. Für die Forscherinnen war dies ein prägendes Erlebnis, da sie stark darauf fokussiert waren, dass genau dies nicht geschehen sollte. Dieser Umstand zeigte den Forscherinnen, dass es wichtig ist, sich mit Personen auszutauschen, die nicht so tiefgehend in die Thematik verwoben sind, da blinde Flecken sehr rasch entstehen können.

Reaktionen bei Face-to-Face-Befragungen:

Für die ForscherInnen waren die Reaktionen der Befragten bei den Face-to-Face-Befragungen in der Anna-Dengel-Straße teilweise überraschend. Geplant war es, den Bogen gemeinsam mit den Befragten an der Wohnungstür auszufüllen. Schnell wurde jedoch klar, dass die Bereitschaft den Bogen an der Tür gemeinsam mit den Forscherinnen auszufüllen eher gering war. Die Situation wurde durch eine Entgegennahme des Bogens seitens der Befragten positiv gelöst. Der Fragebogen wurde selbständig von den befragten Personen ausgefüllt und in die dafür vorgesehenen Boxen eingeworfen. Das Forschungsteam vermutet, dass durch eine persönliche Abgabe des Fragebogens an der Haustür die Verbindlichkeit, den Bogen auszufüllen, gestiegen ist.

Reflexionen zum Fragebogen:

Der Fragebogen wurde von der Nachbarschaft händisch ausgefüllt und vom Forschungsteam wiederum per Hand in die Programme Google Drive und Excel übertragen. Hier könnten möglicherweise Fehlerquellen entstanden sein, wenn eine Schrift beispielsweise nicht leserlich war und falsch übertragen wurde. Zudem haben Befragte Vermerke auf den Bögen gemacht, welche von den Forscherinnen nicht in Google Drive übertragen werden konnten.

Der Fragebogen wurde ausschließlich in deutscher Sprache verteilt. Es ist möglich, dass dies zu Sprachbarrieren und Missverständnissen geführt hat. Möglicherweise wurden durch das Verfassen des Fragebogens in deutscher Sprache generell Personen ausgeschlossen, den Bogen beantworten zu können. Es gilt auch zu bedenken, dass kein "Fragebogen-Pretest" zuvor durchgeführt wurde (vgl. Döring et al. 2016, S. 405). Dadurch hätten möglicherweise Quellen führ Fehler und Missverständnisse vermieden werden können. Im Folgenden werden ausgewählte Fragen aus dem Bogen besonders hervorgehoben, um auf mögliche Missverständnisse hinzudeuten:

- Zu Frage 3: "Wie lange wohnen Sie bereits in der Anna-Dengel-Straße (Jahreszahl)?"

Einige der befragten Personen haben nicht die Jahreszahl, sondern die Anzahl der Jahre hingeschrieben. Während der Phase der Datenübertragung haben sich die Forscherinnen darauf geeinigt, die Zahl der Jahre zu verwenden, da ihnen dies für den weiteren Auswertungsprozess sinnvoller schien.

Die angegebenen Jahreszahlen wurden in Anzahl der Jahre umgerechnet und übertragen. Die Art und Weise der Rechnung wurde ebenfalls abgesprochen. Das Jahr an sich wurde bis einschließlich 2017 mitgezählt, da die Datenerhebung im Januar 2018 stattfand. Als Beispiel: Wurde 2013 als Jahreszahl angegeben, wurde daraus auf fünf Jahre geschlossen.

Hier kann davon ausgegangen werden, dass die Zahlen durch unser nachträgliches Ändern teilweise nicht exakt sind.

- Zu Frage 4: "Wie häufig haben Sie Kontakt zu Ihren NachbarInnen?"

Hier wurden vier Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgegeben, welche alle von dem Vorhandensein nachbarschaftlichen Kontaktes ausgehen. In einzelnen Fragebögen wurde diese Frage nicht beantwortet. Hier können die Gründe nur vermutet werden. Möglicherweise hatten die befragten Personen gar keinen Kontakt zu ihren NachbarInnen. Hier wäre eine fünfte Antwortmöglichkeit sinnvoll gewesen, welche einen Kontakt zu NachbarInnen ausschließt.

- Frage 6: "Haben Sie einen Bedarf an Unterstützung?"

Bei dieser Frage vermuten die Forscherinnen, dass den Befragten nicht klar gewesen sein könnte, was mit Unterstützungsbedarf gemeint ist. Möglicherweise wären hier Beispiele für ein besseres

Verständnis vorteilhaft gewesen. Des Weiteren kann es sein, dass Unterstützungsbedarf als solcher nicht wahrgenommen wird. Die Forscherinnen gehen davon aus, dass die Definitionen von Unterstützungsbedarf sehr individuell geprägt sein können.

Frage 10: "Für welche dieser Gruppen finden Sie die Wohnanlage geeignet?"

Auch hier hätte beispielhaft erklärt werden sollen, woran die Eignung ausgemacht werden könnte. Beispielsweise Barrierefreiheit für RollstuhlfahrerInnen und Kinderwagen, oder Größen der Wohnungen in Hinblick auf Familien. Teilweise entstand der Eindruck, dass die Frage anders ausgelegt wurde, als von den Forscherinnen beabsichtigt. Das Forschungsteam vermutet hier, dass die Frage so verstanden wurde, dass nach der Personengruppe gefragt wird, die bevorzugt in der Nachbarschaft wohnen sollte. Von den Forscherinnen wurden bei der Auswertung ausländerfeindliche Kommentare wahrgenommen. Zunächst schienen diese auffällig häufig zu sein. Im Vergleich mit den Gesamtdaten waren diese Kommentare jedoch als eher gering einzuschätzen.

- Frage 11 "Gibt es gegenseitige Unterstützung hier im Haus?"

Bei dieser Frage wurden die Antwortmöglichkeiten "Ja", "Nein" und "Ich weiss es nicht" vorgegeben. Die Antwortmöglichkeit "Ich weiss es nicht" ist schwierig zu interpretieren. Die Forscherinnen stellten sich diesbezüglich folgende Fragen: Wissen die Befragten die Antwort nicht, weil sie noch nie einen Bedarf an Unterstützung hatten oder liegt es daran, dass es keine Unterstützung im Haus gibt?

Eine weitere Frage, welche auf diese Antwort aufbaute, wäre rückblickend hilfreich gewesen.

BewohnerInnen der Lebenshilfe

Zudem wurde vom Forschungsteam entschieden den Fragebogen nicht bei den BewohnerInnen der Lebenshilfe selber einzuwerfen. Ein Grund hierfür war, dass der Bogen nicht selbständig von den BewohnerInnen ausgefüllt werden konnte.

Im Nachhinein wäre es interessant gewesen, Antworten der BewohnerInnen auf die Frage 14 "Fehlt ihnen etwas in der Unteren Lend?" zu haben. Nun ist es nicht möglich diese mit den Antworten der NachbarInnen zu vergleichen und herauszufinden ob die Wünsche und Bedürfnisse an den Sozialraum ähnlich oder unterschiedlich sind.

6.3.2.3 Ethische Aspekte

Sozialarbeitsforschung hat die Aufgabe, soziale Problemfelder auf unterschiedlichsten Ebenen zu beforschen und Erkenntnisse für die theoretische Weiterentwicklung sowie das praktische Handeln zu liefern, wobei den beforschten Personen in diesem gesamten Prozess keinesfalls Schaden

entstehen soll (vgl. Soydan 2017, S. 135). Aus diesem Grund sind "forschungsethische Fragen" und Überlegungen auf allen Ebenen des "Forschungsprozesses" unabdinglich (vgl. von Unger 2014, S. 16). Im Folgenden werden die forschungsethischen Überlegungen des Teams "Sozialraum" erläutert.

Verdeckte Befragung, Informiertes Einverständnis & Schadensvermeidung:

Bereits in der Vorbereitungsphase beschäftigten sich die Forscherinnen damit, wie sie die Nachbarschaft befragen sollten, ohne dass sich dies negativ auf die KlientInnen der Lebenshilfe auswirkt. Da der Fokus bei einer verdeckten Befragung lag, stellte sich zusätzlich die Frage: Wie können Ergebnisse erlangt werden, ohne die Lebenshilfe Tirol und die KlientInnen der Lebenshilfe im Fragebogen zu benennen?

Die Forscherinnen haben sich in Bezug auf die oben genannten Fragen mit dem "informiertem Einverständnis" (Martin, Meezan 2009, S. 25) auseinandergesetzt. Forschungsethisch ist unter dem informierten Einverständnis zu verstehen, dass beforschte Personen über den Inhalt und Ablauf der Forschung informiert werden und dazu ihr Einverständnis geben müssen. Das Einverständnis beruht dabei auf Freiwilligkeit und die Teilnahme am Forschungsprozess kann jederzeit zurückgezogen werden. Die Informationen sollen zielgruppenadäquat und verständlich formuliert sein (vgl. ebd., S. 25ff.). Hier haben sich die Forscherinnen die Frage gestellt, wie und ob das informierte Einverständnis auf die Befragung der Nachbarlnnen umgesetzt werden kann. Um die Aufmerksamkeit der Nachbarlnnen durch die Befragung nicht auf die "Behinderung" der Klientlnnen oder auf die Lebenshilfe zu lenken, wurden diese - wie schon erwähnt - im Fragebogen nicht direkt angeführt. Die Forscherinnen entschieden sich somit für eine verdeckte Befragung mit einer "zumindest angemessenen Information" für die befragten Personen durchzuführen (vgl. Friedrichs 2014, S. 81).

Die NachbarInnen wurden durch einen Aushang in den Stiegenhäusern über die Befragung vorab informiert. Die Teilnahme an der Befragung beruhte dabei auf Freiwilligkeit.

Eine persönliche Befragung konnte abgelehnt oder durch die alleinige Beantwortung des Fragebogens und Rückgabe mittels Boxeinwurf vollzogen werden. Am Fragebogen wurden einleitend Informationen zu den Forscherinnen, dem Befragungszeitraum und dem Befragungsthema "Umfrage zum nachbarschaftlichen Zusammenleben in der Anna-Dengel-Straße" angeführt. Die Nachbarlnnen wurden somit nicht über alle Einzelheiten des Forschungsprozesses der gesamten Projektforschung informiert. Die Zusammenarbeit der Forscherinnen mit der Lebenshilfe Tirol wurde den Befragten nicht bekannt gegeben, denn das informierte Einverständnis kann sich trotz seiner Wichtigkeit im Forschungsprozess auch als problematisch herausstellen. Vor allem dann, wenn eine teilweise Uninformiertheit, wie in diesem Fall, Teil der Forschungsmethode ist (vgl. Shaw

2008, S. 404). Die Forscherinnen haben somit den Schutz der KlientInnen der Lebenshilfe über die Offenheit gegenüber der Nachbarschaft gestellt.

Als Forschungsteam mussten sich die Forscherinnen darauf einigen, wie sie damit umgehen werden, wenn die befragten Personen sie bitten, ihnen die Ergebnisse zur Verfügung zu stellen. Dabei einigten sich die Forscherinnen eine Kontaktperson am Fragebogen anzuführen, welche für etwaige Anfragen zur Verfügung stand. Sie entschieden sich bei Bedarf einen gesonderten Bericht nur zu den Ergebnissen im Sozialraum zu verfassen, welcher nicht auf die Lebenshilfe Tirol und ihre KlientInnen rückschließen lässt. Dadurch sollte abermals der Schutz dieser gewährleistet werden. Während und nach der Datenerhebungsphase langten keine Anfragen zu den Ergebnissen der Befragung ein. Daher wurde kein gesonderter Bericht für die Nachbarschaft erstellt. Am Ende der Befragung wurde ein Dankesschreiben für die Teilnahme in den Stiegenhäusern des Wohnkomplexes ausgehängt. Somit sollte die befragte Nachbarschaft abschließend Wertschätzung erfahren.

Methodenwahl:

Zu Beginn diskutierten die Forscherinnen eingehend, welche Methode für die Sozialraumforschung am sinnvollsten wäre. Dabei wurde vor allem die "aktivierende Befragung" in Betracht gezogen (vgl. Lüttringhaus & Richers 2012, S. 9). Jedoch mussten sich die Forscherinnen gegen diese Methode entscheiden, da nach der Befragungsphase eine "Akteurskonferenz" folgen müsste, um die Befragten über die Ergebnisse zu informieren (vgl. Früchtel, Budde, Cyprian, 2013, S. 301). In Bezug auf die forschungsethischen Überlegungen zum Schutz der Anonymität der KlientInnen der Lebenshilfe war es sehr schwierig, eine aktivierende Befragung durchzuführen, ohne ungewollt die Aufmerksamkeit der in der Anna-Dengel-Straße Lebenden auf die Menschen mit Unterstützungsbedarf zu richten. Die mangelnden personellen und zeitlichen Ressourcen waren zusätzliche Gründe für die Entscheidung gegen eine aktivierende Befragung.

Differenzsensible Forschung

Für die Forscherinnen war Interkulturalität ein weiteres forschungsethisches Thema. Eine Vorrecherche beim Gemeinwesenarbeiter Mag. Paul Klumpner ergab, dass es im Wohnkomplex teils auch Sozialwohnungen und Familien mit Migrationshintergrund gibt (genaue Anzahl nicht bekannt). Diesbezüglich haben sich folgende Fragen ergeben:

- Inwieweit kann und wird die Interkulturalität bei der Fragebogenerstellung berücksichtigt?
- Was muss bei der Formulierung der Fragen beachtet werden?
- Soll der Fragebogen auch in anderen Sprachen verfasst werden? Wenn ja, in welchen Sprachen?
- Beeinflusst der Migrationshintergrund die Befragung?

Hier war vor allem zu beachten, dass eigene Gedanken oder Vorurteile zu Verallgemeinerungen führen können. Ein Beispiel dafür wäre die Annahme, dass vorwiegend Familien mit Migrationshintergrund in den Sozialwohnungen leben und ihr sozialer Status und Migrationshintergrund die Befragung beeinflussen könnte. Solche auf Vorurteilen basierenden Verallgemeinerung können abgesehen vom ethischen Faktor zu Fehlerquellen im Forschungsprozess führen. Daher sei auch auf die Wichtigkeit von "Kriterien und Standards" in der "interkulturellen Forschung" verwiesen. (vgl. Griese 2006, S. 73, 76)

Bezugnehmend auf die oben angeführten Fragen, haben sich die Forscherinnen aufgrund ihrer Ressourcen entschieden, die Fragebögen ausschließlich auf Deutsch zu verfassen. Weiter wurde bei der Formulierung der Fragen auf kurze und leicht verständliche Fragestellungen geachtet. Die Forscherinnen gingen davon aus, dass der Fragebogen aufgrund von sprachlichen Barrieren eventuell nicht von allen befragten Personen ausgefüllt werden kann. Eine Testung des Fragebogens konnte aus zeitlichen und personellen Gründen vorab nicht durchgeführt werden.

Abschließend zeigt sich, dass forschungsethische Überlegungen und Reflexionen den gesamten Forschungsprozess durchzogen.

6.3.3 Theorie/Praxiszusammenhang

Inklusion

Inklusion bedeutet, wie bereits im Theorieteil beschrieben, dass jeder Mensch egal durch welche Merkmale er sich auch von anderen unterscheiden mag, am gesellschaftlichen Leben in gleichem Maße teilnehmen kann, gleichbehandelt werden und keine Nachteile erfahren soll (vgl. Trescher, 2015, S. 11ff.). Ziel des Wohnprojekts ist, genau dies zu erreichen. Menschen mit Unterstützungsbedarf werden ermächtigt ihr Leben selbstständig und vor allem selbstbestimmt zu gestalten. Zudem bietet die neue Wohnform einen starken Kontrast zur institutionellen Separation. Menschen mit Unterstützungsbedarf werden in die Gesellschaft inkludiert. Die Untersuchung bezüglich der differenzierten Wahrnehmung verschiedener Personengruppen ergab, dass im direkten Vergleich Menschen mit Unterstützungsbedarf und RollstuhlfahrerInnen nicht übermäßig auffallen. Als erfragt wurde, welche Personengruppen der/die Befragte besonders wahrnimmt, wurden bei 179 Gesamtantworten Menschen mit Behinderung 47mal und RollstuhlfahrerInnen 20mal genannt. Zum Vergleich wurden Familien von 122 Personen genannt und Jugendliche 62mal.

Weiters hat sich aus der Umfrage ergeben, dass sich die AnwohnerInnen in der Anna-Dengel-Straße eine besser ausgebaute Infrastruktur wünschen (siehe Abb. 38). Dies würde auch den Menschen mit Unterstützungsbedarf zu Gute kommen, da sich ihre Möglichkeiten in der Selbstbestimmung und Selbstständigkeit dadurch erweitern.

Community Care-Ansatz und Caring Communities:

Der Community Care-Ansatz beschäftigt sich mit sozialräumlich ausgerichteten wohnbezogenen Unterstützungsformen und somit mit der Schaffung eines an den individuellen Unterstützungsbedarf angepassten Unterstützungsangebotes durch das Gemeinwesen. Bevor stationäre Hilfsangebote genutzt werden, sollen demnach vorhandene örtliche Ressourcen erschlossen werden (vgl. Schablon 2016b, S. 108). Die aus der Befragung des Sozialraums generierten Daten ergaben, dass auf die Frage hin, ob es nachbarschaftliche Unterstützung in der Anna-Dengel-Straße gibt, 40% der Befragten das Vorhandensein nachbarschaftlicher Hilfe bejahen. Ein Drittel der TeilnehmerInnen gab an, nicht zu wissen, ob es gemeinschaftliche Unterstützung gibt und 20% verneinten die Unterstützungsform. In Bezug auf die Formen der nachbarschaftlichen Unterstützung wurden vor allem generelle Hilfstätigkeiten von 34, Unterstützung im Haushalt von zehn, Postbetreuung von neun, Pflanzenpflege und Haustierbetreuung von jeweils sechs und Kinderbetreuung als auch Gespräche von jeweils drei Personen genannt. Zudem konnte ein Zusammenhang zwischen der Kontakthäufigkeit zu den NachbarInnen und dem Bejahen des Vorhandenseins nachbarschaftlicher Unterstützung gefunden werden. Von jenen, die angaben, dass sie drei oder mehrmals wöchentlich Kontakt zu ihren NachbarInnen haben, bejahten gegenseitige Unterstützung in der Anna-Dengel-Straße. Auch bei denjenigen, die angaben, wöchentlich Kontakt zu ihren NachbarInnen zu haben, antwortete die Mehrheit mit "Ja" auf die Frage, ob es nachbarschaftliche Unterstützung gibt. Fällt die Kontakthäufigkeit auf ein- bis zweimal im Monat oder einmal im Monat so ist die meistgenannte Antwortmöglichkeit "ich weiß es nicht". Zwischen der Wohndauer und der Wahrnehmung des Vorhandenseins nachbarschaftlicher Unterstützung konnte kein Zusammenhang erkannt werden.

Die Tatsache, dass ein Drittel der Befragten die Frage nach dem Vorhandensein nachbarschaftlicher Unterstützung mit "ich weiß es nicht" beantwortete und somit die zweitgrößte Antwortgruppe darstellen als auch die mehrheitliche Bejahung der Frage seitens jener, die vergleichsweise oft Kontakt zur ihren NachbarInnen haben, zeigt, dass sich Caring Communities nicht zwangsweise selbst entwickeln, sondern gezielt implementiert werden müssen. Dies bedeutet, dass es sich um ein Konzept handelt, das professionell initiiert werden muss, bevor es zum Selbstläufer wird. Eben diesen Umstand beschreiben Kricheldorff, Klott, Tonello (vgl. 2015, S. 409) mit dem Anstreben der Verbundenheit und Mitverantwortung als auch Sensibilisierung der BürgerInnen und Gemeinschaftsmitglieder für die Thematik. Zudem müssen vor einer erfolgreichen Implementierung infrastrukturelle Voraussetzungen gegeben und konstante AnsprechpartnerInnen und Verantwortliche vorhanden sein (vgl. Kricheldorff et al. 2015, S. 413). Neben der gemeinschaftlichen Pflegekultur,

die der Caring Community- Begriff beinhaltet, steht er auch für eine gelebte Inklusion von Menschen mit Unterstützungsbedarf (vgl. Kricheldorff et al. 2015, S. 409).

In Bezug auf die zentrale Fragestellung "Wie hat sich das neue Wohnkonzept auf BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und den Sozialraum ausgewirkt?" kann aus Perspektive des Sozialraumes keine Antwort formuliert werden. Die Wahrnehmung von Menschen mit Unterstützungsbedarf seitens des Sozialraumes sprich der Nachbarn und Nachbarinnen wurde erhoben, doch können keine Wirksamkeiten oder Veränderungen in der Wahrnehmung über die Wirkung der neuen Wohnform abgeleitet werden. Sollte das Wohnkonzept verändert werden, könnte man eine zweite Befragung durchführen und auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt erhobenen Daten feststellen, ob sich die Wahrnehmung über Menschen mit Unterstützungsbedarf seitens des Sozialraumes verändert haben.

7 Empfehlungen & Ausblick

Auf Basis der Forschungsergebnisse wurden Empfehlungen hinsichtlich der Gestaltung und Umsetzung des Community-Care-Konzeptes auf MitarbeiterInnen-, KlientInnen- und Sozialraumebene abgeleitet. Die Forschungsergebnisse zeigen einige Problemfelder auf, an denen mithilfe der Empfehlungen weitergearbeitet werden kann. Die durch die Untersuchung gewonnenen Informationen zeigen vor allem Spannungsfelder hinsichtlich der individuellen Abstimmung der Unterstützungsangebote auf den Bedarf. Des Weiteren werden Empfehlungen hinsichtlich der Teamgröße und der vermehrten Miteinbeziehung des Sozialraums formuliert. Diese Empfehlungen können einerseits als Hilfestellung für die Implementierung eines weiteren Community-Care-Projektes herangezogen werden. Andererseits können sie als Anknüpfungspunkt für die Weiterentwicklung des Projektes in der Anna-Dengel-Straße fungieren. Die Empfehlungen beziehen sich unter anderem auf:

- die individuelle Abstimmung des Unterstützungsbedarfes,
- ein kleineres MitarbeiterInnen-Team sowie auf
- den vermehrten Miteinbezug des Sozialraums.

Unterstützungsbedarf individuell abstimmen

Hinsichtlich der zu befragten Personengruppe "Menschen mit Unterstützungsbedarf" kann die Empfehlung genannt werden, individueller auf die BewohnerInnen einzugehen. Dies ist insbesondere auf Grund dessen von großer Wichtigkeit, da jeder Mensch individuelle Wünsche und Bedürfnisse hat. Im Falle des Forschungsprojektes bedeutet dies, dass man den BewohnerInnen eine stärkere Selbstbestimmung hinsichtlich der eigenen MitbewohnerInnenwahl einräumen muss. Bedingt dadurch, dass sich die BewohnerInnen zeitweise alleine fühlen und einen Wunsch nach mehr Unterstützung haben, wurde zwischenzeitig von der Projektgruppe darüber nachgedacht, ob Dreier oder Vierer WGs diese Probleme abschwächen könnten. Dies geht kohärent mit den Äußerungen der MitarbeiterInnen. Zudem wurde dies mit dem Peer-Berater Simon Prucker besprochen. Dieser meinte, dass es primär nicht darum geht, Dreier oder Vierer WGs umsetzen, sondern vielmehr darum, dass man die konkreten einzelnen Personen fragen muss, mit wie vielen weiteren Personen sie zusammenleben wollen. Auch hier wird wieder der Aspekt der Selbstbestimmung deutlich. Dieser Punkt muss bedacht werden, da jeder Mensch über verschiedene Bedürfnisse verfügt, wobei eines die Selbstbestimmung darstellt. Daraus folgt die Empfehlung, die Betreuung individuell auf die BewohnerInnen abzustimmen. Auch ist die Standortwahl entsprechend der Bedürfnisse der BewohnerInnen zu wählen, sodass sie die Möglichkeit haben, ihre auch selbstständig zu befriedigen. Beispiele hierfür ist die entsprechende Nähe zu einem Supermarkt und Freizeitangebote. Es ist wichtig die BewohnerInnen bei jeglicher Entscheidung zu beteiligen und ihre Meinung zu respektieren und zu berücksichtigen.

Wird eine Weiterentwicklung dieses Projektes oder eine Implementierung dieser Wohnform an einem anderen Standort angestrebt, muss primär darauf geachtet werden, dass die individuellen Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigt werden und Menschen mit Unterstützungsbedarf in die Entscheidungsprozesse involviert werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass der Unterstützungsbedarf bestmöglich individuell abgestimmt werden kann und die BewohnerInnen die Hilfe bekommen, die sie auch wirklich brauchen beziehungsweise wollen.

Kleineres Team mit größerem Beschäftigungsausmaß

Auch hinsichtlich der Personengruppe MitarbeiterInnen konnte sich eine Empfehlung recht deutlich durchsetzen. Diese lautet, ein kleineres Team mit größerem Beschäftigungsausmaß zu integrieren. Konkreter könnte dies bedeuten, dass ein kleines Kernteam, bestehend aus drei bis vier Personen sinnvoll erscheint. Die Anzahl der gesamten MitarbeiterInnen sollte sich auf unter zehn Personen einpendeln. Dies kann bedeuten, dass sich die MitarbeiterInnen besser Schwerpunkte setzen können. Auch der von den KlientInnen geäußerte Wunsch, eine / einen persönlichen BetreuerIn zu haben, kann dadurch besser realisiert werden.

Ferner ist dies ein Punkt, welche die Kommunikation untereinander verbessern beziehungsweise vereinfachen kann. Die Forschungsergebnisse zeigen zudem, dass die beschränkte Anzahl an Computern und Arbeitsplätzen die Arbeit der MitarbeiterInnen erschwert. Gibt es kleineres Team, sehen sich die MitarbeiterInnen untereinander wesentlich öfter und können über Geschehnisse, welche vorgefallen sind, kommunizieren. Mit weniger Personal können die Personen zudem die Computer benutzen, um sich gegenseitig auszutauschen.

Caring Community-Konzept und Sozialraum

Die Forschungsergebnisse zeigen ganz deutlich, dass die BewohnerInnen der Unteren Lend der gegenseitigen nachbarschaftlichen Unterstützung keine große Rolle zuschreiben. Eine weitere Empfehlung bezieht deshalb auf die vermehrte Miteinbeziehung des Sozialraums. Der Kontrast zwischen dem, dass die Personen die Menschen mit Unterstützungsbedarf wahrnehmen, es jedoch fast keine nachbarschaftliche Unterstützung gibt, macht deutlich, dass der Community-Care-Ansatz noch nicht umgesetzt wurde.

Bei der Implementierung eines weiteren Community-Care-Projektes können Informationsveranstaltungen und Welcome-Events zu mehr Interaktion innerhalb des Sozialraums verhelfen. Bei der Implementierung des Wohnkonzeptes in Hall wurde bewusst auf eine Eröffnungsveranstaltung verzichtet, um nicht im Vorhinein das Verhältnis der KlientInnen der Lebenshilfe und dem Sozialraum zu bestimmen. Außerdem ist Ziel des Konzeptes eine Normalisierung der Lebensumstände von Menschen mit Unterstützungsbedarf. Entsprechend muss noch diskutiert werden, inwiefern eine Eröffnungsveranstaltung seitens eines Trägers, der Hilfestellungen für Menschen mit Unterstützungsbedarf anbietet, förderlich für eine vorurteilsfreie Integration in das Wohnumfeld ist. Um

zu einer Caring Community zu gelangen, erscheint es sinnvoll, die Personen innerhalb eines Sozialraums über die Idee dahinter aufzuklären. Die Nachbarschaft soll darüber informiert werden, dass das Konzept auf gegenseitiger Unterstützung basiert und alle Personen trotz unterschiedlicher Lebensbedingungen in ihrer Individualität gleichgestellt sind. Für die verstärkte Bewusstseinsbildung der Bevölkerung kann, falls genügend Ressourcen vorhanden sind, Gemeinwesenarbeit herangezogen werden. Diese kann helfen, Zuständigkeiten innerhalb des Sozialraums abzuklären, um die Möglichkeit zur aktiven Gestaltung zu verbessern. Durch die Unterstützung durch einer/s Sozialarbeiters/in kann die Inklusion in der Anna-Dengel-Straße gestärkt werden.

Weitere Unterstützung zu diesem Prozess kann eine bessere Infrastruktur in der Unteren Lend sein. Hinsichtlich der Infrastruktur wird aus der Befragung der Nachbarschaft in der Anna-Dengel-Straße ersichtlich, dass ein Infrastrukturausbau gewünscht ist (siehe Abb. 38). Dies ist insofern auch für Menschen mit Unterstützungsbedarf von Wichtigkeit, da die vorhandene Infrastruktur wesentlich beeinflusst, inwieweit Selbstständigkeit möglich ist und somit auch zu Inklusionsprozessen beiträgt.

8 Literaturverzeichnis

- Amt der Tiroler Landesregierung (2015): Transparenz in der Tiroler Behindertenhilfe: Qualitätsstandards und Leistungskatalog.
- Amt der Tiroler Landesregierung (2017): Landesstatistik. Hall und Umgebung (Planungsverband 16). Online verfügbar unter https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/statistik-budget/statistik/downloads/Regionsprofile/Stat_profile/Planungsverbaende/PV_Hall_und_Umgebung.pdf, zuletzt geprüft am 03.06.2018.
- Aselmeier, Laurenz (2016): Transformationsprozesse in wohnbezogenen Unterstützungsangeboten. Ideale Hemmnisse Realitäten Perspektiven. In: Georg Theunissen und Wolfram Kulig (Hg.): Inklusives Wohnen. Bestandsaufnahme, Best Practice von Wohnprojekten für Erwachsene mit Behinderung in Deutschland. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag, S. 45–64.
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen (2017): Die UN-Behindertenrechtskonvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Online verfügbar unter https://www.behindertenbeauftragte.de/Shared-Docs/Publikationen/UN_Konvention_deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt geprüft am 02.01.2018.
- Bernard, Jeff & Hovorka, Hans (1991): Normalisierung. Zur Entwicklung integrativer Wohn- und Lebenszusammenhänge geistig und mehrfach behinderter Menschen in Österreich. Wien: Kopito.
- Böhringer, Joachim; Bühler, Peter; Schlaich, Patrick & Sinner, Dominik (2014): Kompendium der Mediengestaltung: I. Konzeption und Gestaltung. Heidelberg, Berlin: Springer Vieweg.
- Bortz, Jürgen & Döring, Nicola (2015): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Berlin: Springer.
- Bortz, Jürgen & Döring, Nicola (2016): Forschungsmethoden und Evaluation in Sozial- und Humanwissenschaften. 5. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.
- Bourdieu, Pierre (2012): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Bauer, Ullrich; Bittlingmayer, Uwe H. & Scherr, Albert (Hg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungs- soziologie. Wiesbaden: Springer VS (Bildung und Gesellschaft).
- Brachmann, Andreas (2011): Re-Institutionalisierung statt De-Institutionalisierung in der Behindertenhilfe. Neubestimmung der Funktion von Wohneinrichtungen für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung aus sonderpädagogischer Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.) (2011): Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Referat Information, Monitoring, Bürgerservice, Bibliothek. Bonn: Publikationsversand der Bundesregierung.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.) (2016): Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Erklärt in leichter Sprache. Referat Information, Monitoring, Bürgerservice, Bibliothek. Bonn: Publikationsversand der Bundesregierung.
- Bürkle, Urs; Elsäßer, Daniela & Santos, Janice (2016): Inklusives Genossenschaftliches Soziales Wohnprojekt VAUBANaise eG. In: Georg Theunissen und Wolfram Kulig (Hg.): Inklusives Wohnen. Bestandsaufnahme, Best Practice von Wohnprojekten für Erwachsene mit Behinderung in Deutschland. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag, S. 131–142.
- Dederich, Markus (2013): Gibt es Grenzen der Inklusion von Menschen mit geistiger Behinderung? In: Buttner, Peter (Hg.): ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Inklusion in der Diskussion. Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., S. 58-69.

- Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (2010): Ethik-Rat und Ethikkodex der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Online verfügbar unter http://www.dgfe.de/service/ethik-rat-ethikkodex.html, zuletzt geprüft am 13.12.2017.
- Dreher, Michael & Dreher, Eva (1995): Gruppendiskussionsverfahren. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Keupp, Heiner; von Rosenstiel, Lutz & Wolff, Stephan (Hg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Verlag., S. 186–188.
- Dresing, Thorsten & Pehl, Thorsten (Hg.) (2015): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 6. Auflage. Marburg: Dr. Dresing und Pehl GmbH.
- Dunkel, Wolfgang & Weihrich, Margit (Hrsg.) (2012): Interaktive Arbeit: Theorie, Praxis und Gestaltung von Dienstleistungsbeziehungen. Wiesbaden: Springer.
- Europäische Vereinigung der ILSMH (Hg.) (1998): Sag es einfach! Europäische Richtlinien für die Erstellung von leicht lesbaren Informationen für Menschen mit geistiger Behinderung für Autoren, Herausgeber, Informationsdienste, Übersetzer und andere interessierte Personen. Brüssel: Europäische Vereinigung der ILSMH.
- Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst & Steinke, Ines (2012): Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst & Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, S. 14-25.
- Frey, Franz (2008): Chancen und Grenzen von Wirkungsorientierung in den Hilfen zur Erziehung. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Friedrichs, Jürgen (2014): Forschungsethik. Informierte Einwilligung. In: Nina Baur & Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Fritz, Florence (2015): Was können wir von KlientInnen lernen? Potenziale internationaler Modelle der NutzerInnenbeteiligung bei einer Übertragung auf die österreichische Sozialarbeitsausbildung. In: soziales_kapital wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit (14). Online verfügbar unter http://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/379/695.pdf.
- Früchtel, Frank; Budde Wolfgang & Cyprian, Gudrun (2013b): Sozialer Raum und soziale Arbeit. Textbook: Theoretische Grundlagen. 3. überarb. Aufl. Wiesbaden: Springer VS (Lehrbuch).
- Früchtel, Frank; Budde, Wolfgang & Cyprian, Gudrun (Hg.) (2013a): Sozialer Raum und soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken. 3. überarb. Aufl. Wiesbaden: Springer VS (Lehrbuch).
- Google-Maps, Untere Lend, 6060 Hall in Tirol. Online verfügbar unter https://www.google.at/maps/place/Untere+Lend,+6060+Hall+in+Ti-rol/@47.2776732,11.5127582,17z/data=!3m1!4b1!4m5!3m4!1s0x479d65f3ff43f861:0xcc0 4e8839a20f8b6!8m2!3d47.2776732!4d11.5149469, zuletzt geprüft am 16.06.2018.
- Graumann, Sigrid (2016): Rechte auf Selbstbestimmung und Inklusion. In: Schäfers, Markus & Wensing, Gudrun (Hg.): Teilhabebedarfe für Menschen mit Behinderungen: Zwischen Lebenswelt und Hilfesystem. Stuttgart: Kohlhammer, o.S.
- Griese, Hartmut (2006): Kriterien und Standards interkultureller Forschung. Methodologische Reflexionen nach einem deutsch-türkischen Projekt. In: Erziehungswissenschaft 17 (33).
- Großmaß, Ruth & Perko, Gudrun (2011): Ethik für Soziale Berufe. Stuttgart: UTB.
- Grundschule im Engelgarten (2012): Inklusion. Abbildung 1. Online verfügbar unter https://www.gs-im-engelgarten.de/schule/unterricht-projekte/inklusion-allgemein/, zuletzt geprüft am 20.02.2018.

- Hauser Mandy (2016): Anforderungen und Merkmale partizipativer und inklusiver Forschung. In: Tobias Buchner, Oliver Koenig und Saskia Schuppener (Hg.): Inklusive Forschung. Gemeinsam mit Menschen mit Lernschwierigkeiten forschen. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S.77-98.
- Heusinger, Josefine; Hämel, Kerstin & Kümpers, Susanne (2017): Hilfe, Pflege und Partizipation im Alter. Zukunft der häuslichen Versorgung bei Pflegebedürftigkeit. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie50 (5). DOI: 10.1007/s00391-017-1253-z, S. 439–445.
- Hinte, Wolfgang; Lüttringhaus, Maria & Oelschlägel, Dieter (2011): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. 3. Aufl. Weinheim: Juventa-Verl (Reihe Votum). Online verfügbar unter http://www.zedis-ev-hochschule-hh.de/files/kellermann_08042013.pdf, abgerufen am 02.01.2018.
- Kastl, Jörg Michael (2006): "Ambulant oder stationär?". Zur Zukunft und Qualität der Unterstützungssysteme für Menschen mit Behinderung. In: impulse 2006 (40), S. 3–10.
- Kellermann, Gudrun (2013): Leichte und Einfache Sprache Versuch einer Definition in: Aus Politik und Zeitgeschichte. 2014, 64 Jg., S. 7-10.
- Kerer, Lorenz: mündlicher Hinweis. 12/2017.
- Kiegelmann, Mechthild (2010): Ethik. In: Mey, Günter & Mruck, Katja (Hg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, S. 382 -395.
- Kricheldorff, Cornelia; Klott, Stefanie & Tonello, Lucia (2015): Sorgende Kommunen und Lokale Verantwortungsgemeinschaften. Modellhafte Ansätze zur Sicherung von gelingendem Altern und Pflege im Quartier. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 48 (5). DOI: 10.1007/s00391- 015-0914-z., S. 408–414.
- Klumpner, Paul (2018): Projektleitung Soziale Stadtteilentwicklung Untere Lend, 14.02.2018. E-Mail.
- Kreutz, Marcus; Lachwitz, Klaus & Trenk-Hinterberger, Peter (2013): Die UN-Behindertenrechtskonvention in der Praxis. Erläuterungen der Regelung und Anwendungsgebiete. Köln: Luchterhand.
- Kruse, Jan (2014): Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz. Weinheim, Basel: Beltz Juventa Verlag.
- Kubek, Doreen & Kurz, Bettina (2015): Kursbuch Wirkung. Das Praxishandbuch für alle, die Gutes noch besser tun wollen. Berlin: PHINEO gAG.
- Kühn, Thomas & Koschel, Kay-Volker (2011): Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Verlag.
- Landtag Tirol Gesetz vom 6. Juli 1983 über die (1983): Rehabilitation Behinderter (Tiroler Rehabilitationsgesetz). Online verfügbar **URL**: unter https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000088, abgerufen am 18.06.2018.
- Lebenshilfe e.V. (2013-2018): Das Büro für Leichte Sprache. Bilder Leichte Sprache. Online verfügbar unter http://www.leichte-sprache.de/, zuletzt geprüft am 18.06.2018.
- Lebenshilfe Tirol (2017): Dem Leben Raum geben. Positionspapier der Lebenshilfe Tirol. Begleitung von Menschen mit Behinderungen beim Wohnen. Online verfügbar unter http://www.tirol.lebenshilfe.at/fileadmin/user_upload/Marketing/Positionspapiere/Positionspapier_Wohnen_RZ.PDF, abgerufen am 10.12.2017.

- Lichtenauer, Annette (2012): Menschen mit Kommunikationsbeeinträchtigungen und schweren Behinderungen als kompetente Interviewpartner. Voraussetzungen einer gelingenden Befragung, dargelegt am Beispiel eines Projektes aus der Evaluationsforschung. In: Gredig, Daniel, & Schnurr, Stefan (Hg.): Forschen in der Sozialen Arbeit. Exemplarische Antworten auf typische methodische Herausforderungen. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren (Grundlagen der Sozialen Arbeit, Bd 27), S. 36-59.
- Lüttringhaus, Maria & Richers, Hille (2012): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. 3. Auflage. Bonn: Stiftung Mitarbeit (Reihe Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, 29).
- Martin, James; Meezan, William (2009): Applying Ethikal Standards to Research and Evaluations involving Lesbian, Gay, Bisexual, and Transgender Populations. In: Martin, James & Meezan, William (Hg.): Handbook of research with lesbian, gay, bisexual, and transgender populations. New York: Routledge. S. 19-39.
- Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. 5. Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., Neuausgabe, 12., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Weinheim, Bergstr: Beltz, J (Beltz Pädagogik).
- Monitoring Ausschuss (2016). Stellungnahme De-Institutionalisierung. Online verfügbar unter http://monitoringausschuss.at/download/stellungnahmen/de-institutionalisierung/MA_SN_DeInstitutionalisierung_final.pdf, abgerufen am 15.11.2017.
- Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa (2018): Aktivierende Befragung. Hg. v. Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus. Online verfügbar unter http://www.partizipation.at/aktivierende-befr.html, zuletzt geprüft am 13.01.2017.
- Przyborski, Aglaja & Riegler, Julia (2010): Gruppendiskussion und Fokusgruppe. In: Mey, Günter & Mruck, Katja (Hg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 436 448.
- Punch, Keith F. (2014): Introduction to Social Research. Quantitative & Qualitative Approaches. Großbritannien: SAGE Publications, S. 302, 306-307.
- Raithel, Jürgen (2008): Quantitative Forschung. Ein Praxiskurs. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ramm, Michael (2014): Response, Stichprobe und Repräsentativität. Zwei Dokumentationen zum Deutschen Studierendensurvey (DSS). Online verfügbar unter https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/29793/Ramm_0-262244.pdf?sequence=3, abgerufen am 16.06.2018.
- Ratzka, Adolf (2015): Die Voraussetzungen zur De-Institutionalisierung von Menschen mit Behinderungen. Online verfügbar unter https://www.independentliving.org/docs7/adolf-Teilhabe-Menschen-Behinderungen.html, abgerufen am 17.11.2017.
- Schablon, Kai-Uwe (2016a): Inklusion in der Gesellschaft. Community Care. In: Hedderich, Ingeborg; Biewer, Gottfried; Hollenweger, Judith & Markowetz, Reinhard (Hg.): Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik. Bad Heilbrunn: Klinkhardt (utb-studie-e-book, 8643), S. 538–543.
- Schablon, Kai-Uwe (2016b): Die Wohnsituation von Menschen mit Behinderung aus praktischer Sicht: Ideen, unterschiedliche Angebote und Umsetzungen. Community Care: ››Wohnst Du noch oder lebst Du schon?‹‹ Inklusives und sozialraumorientiertes Wohnen von Menschen mit Behinderungserfahrungen. In: Theunissen, Georg & Kulig, Wolfram (Hg.): Inklusives Wohnen. Bestandsaufnahme, Best Practice von Wohnprojekten für Erwachsene mit Behinderung in Deutschland. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag, S. 107–124.

- Schädler, Johannes & Rohrmann, Albrecht (2016): Die Wohnsituation von Menschen mit Behinderung im Überblick: Theorien, Konzepte und rechtliche Bestimmungen. Unentschieden wie das Recht auf ein Leben in einer eigenen Wohnung zur Glückssache wird. In: Theunissen, Georg & Kulig, Wolfram (Hg.): Inklusives Wohnen. Bestandsaufnahme, Best Practice von Wohnprojekten für Erwachsene mit Behinderung in Deutschland. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag, S. 21–43.
- Schimpf, Elke & Stehr, Johannes (2012). Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche Kontextbedingungen Positionierungen Perspektiven, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulze-Krüdener, Jörgen (2017): Wissen was in der Sozialen Arbeit wirkt! Zur Reichweite empirischer Zugänge. Bremen: Apollon University Press.
- Seifert, Monika (2016): Wohnen von Menschen mit komplexen Unterstützungsbedarf. Aktueller Stand und Perspektiven. In: Theunissen, Georg und Kulig, Wolfram (Hg.): Inklusives Wohnen. Bestandsaufnahme, Best Practice von Wohnprojekten für Erwachsene mit Behinderung in Deutschland. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag, S. 65–81.
- Shaw, Ian (2008): Ethics and the Practice of Qualitative Research. In: Shaw, Ian; Ruckdeschel, Roy (Hg.): Qualitative Social Work. Los Angeles: Sage Publications.
- Soydan Haluk (2017): Politics and Values in Social Work Reserch. In: Noman K. Denzin und Yvonna S. Lincoln (Hg.): The SAGE handbook of qualitative research. 5th edition. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore Washington DC, Melbourne: Sage.
- Spatscheck, Christian (2008): Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession. In: Sozial Extra 32 (5), S. 6–9.
- Steingruber, Alfred (2000): Der Behindertenbegriff im österreichischem Recht. Diplomarbeit. Karl-Franzens-Universität, Graz. Rechtswissenschaftlichen Fakultät.
- Straßburger, Gaby & Rieger, Judith (Hg.) (2014): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Weinheim: Beltz Juventa.
- Theunissen, Georg. (2010): Zeitgemäße Wohnformen Soziale Netze Bürgerschaftliches Engagement. In: Theunissen, Georg & Schirbort, Kerstin (Hg.) (2010): Inklusion von Menschen mit geistiger Behinderung. Zeitgemäße Wohnformen Soziale Netze Unterstützungsangebote. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer. S. 59-96.
- Theunissen, Georg. (2010a): Inklusion Schlagwort oder zukunftsweisende Perspektive? In: Theunissen, Georg & Schirbort, Kerstin (Hg.) (2010): Inklusion von Menschen mit geistiger Behinderung. Zeitgemäße Wohnformen Soziale Netze Unterstützungsangebote. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer. S. 13-40.
- Trescher, Hendrik (2015): Inklusion. Zur Dekonstruktion von Diskursteilhabebarrieren im Kontext von Freizeit und Behinderung. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Ulbrich, Sibylle (2017): Inklusion ist ein Paradigmenwechsel in der Sozialarbeitsforschung?! In: Christian Spatscheck & Barbara Thiessen (Hg.): Inklusion und Soziale Arbeit. Teilhabe und Vielfalt als gesellschaftliche Gestaltungsfelder. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich (Buchreihe Theorie, Forschung und Praxis der sozialen Arbeit, Band 14), S. 241-252.
- von Unger, Hella (2014a): Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Grundsätze, Debatten und offene Fragen. In: von Unger, Hella et al. (Hg.): Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Wiesbaden: Springer, 15-38.
- von Unger, Hella (2014b): Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer Vs (Lehrbuch).
- von Unger, Hella (2016): Durchführung partizipativer und inklusiver Forschung. Gemeinsam forschen Wie soll das gehen? Methodische und forschungspraktische Hinweise. In: Buchner,

- Tobias; Koenig; Oliver & Schuppener, Saskia (Hg.): Inklusive Forschung. Gemeinsamkeit mit Menschen mit Lernschwierigkeiten forschen. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, Julius, S. 54–66.
- von Unger, Hella; Narmini, Petra und M'Bayo, Rosaline (Hg.) (2014): Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Reflexivität, Perspektiven, Positionen. Wiesbaden: Springer VS.
- Wehling, Elisabeth (2016) Politisches Framing. Wie sich eine Nation ihr Denken einredet und daraus Politik macht. Köln: Halem.
- Wesselmann, Carla (2017): Inklusion aus dem Blickwinkel der Disability Studies Perspektiven und Konsequenzen für die soziale Arbeit. In: Christian Spatcheck und Barbara Thiessen (Hg.): Inklusion und Soziale Arbeit. Teilhabe und Vielfalt als gesellschaftliche Gestaltungsfelder. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich (Buchreihe Theorie, Forschung und Praxis der sozialen Arbeit, Band 14), S. 55-60.
- Witzel, Andreas (1985): Das problemzentrierte Interview. In: Jüttemann, Gerd (Hg.): Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder. Weinheim: Beltz Verlag. S. 227-255.

9 Anhang

9.1 Leitfäden und Fragebögen

9.1.1 Leitfaden Team BewohnerInnen, Piktogramme und Beobachtungsbogen

9.1.1.1 Leitfaden halbstandardisiertes Interview

<u>Fragebogen für das Projekt "Community Care für Menschen mit Unterstützungsbedarf" für die Zielgruppe der Menschen mit Unterstützungsbedarf</u>

- 1. Was machst du gerne, wenn du nicht arbeiten muss?
- a. Was brauchst du, damit du das machen kannst, was dir Spaß macht?



© Lebenshilfe Bremen e.V.



© Lebenshilfe Bremen e.V.



© Lebenshilfe Bremen e.V.



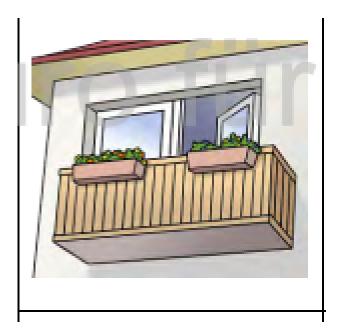
© Lebenshilfe Bremen e.V.



© Lebenshilfe Bremen e.V.

© Lebenshilfe Bremen e.V.

- b. Kannst du das hier in Hall machen?
- 2. Wie gefällt dir deine neue Wohnung?
- c. Was magst du besonders gerne an deiner neuen Wohnung? (Bilder Zimmer. Küche, Garten, Balkon...)



© Lebenshilfe Bremen e.V.



© Lebenshilfe Bremen e.V.



© Lebenshilfe Bremen e.V.



© Lebenshilfe Bremen e.V.



© Lebenshilfe Bremen e.V.





© Lebenshilfe Bremen e.V.

© Lebenshilfe Bremen e.V.

2. Was ist jetzt besser, was war früher besser?





3. Hast du noch viel mit den anderen BewohnerInnen zu tun?



© Lebenshilfe Bremen e.V.

© Lebenshilfe Bremen e.V.

- 4. Kennst du deine Nachbarschaft?
- a. Hast du viel mit ihnen zu tun?
- b. Was wünschst du dir von deinen NachbarInnen?



© Lebenshilfe Bremen e.V.



5. Was wünscht du dir von deinen AssistentInnen?



© Lebenshilfe Bremen e.V.

9.1.1.2 Beobachtungsbogen

Beobachtungsbogen: Interviews der Bewohner*innen in Hall

Datum:	
Uhrzeit:	
Person:	
Alter:	
Beeinträchtigung:	
Grad der Behinderung:	
1. Soziale Reaktion	
1.1 Partizipation am Interview	
(z.B. bringt sich aktiv ein/zieht sich zu-	
rück)	
1.2 Interaktion mit dem Interviewer (z.B.	
geht auf die Fragen ein)	
 Was machst du gerne wenn du nicht arb a. Was brauchst du, damit du das m b. Kannst du das hier in Hall mache 	achen kannst, was dir Spaß macht?
lächelnd, fröhlich	
ausdruckslos, neutral	
aggressiv, wütend	
unsicher	
traurig	
interessiert, neugierig	
abweisend	
skeptisch	
offen	
Zu 1.	L
Zu 1a.	
Zu 1b.	

2	Wie	nefällt	dir	deine	nelle	Wohnu	na?
∠.	V V I C	yciani	uII	uelile	HEUE	v v Oi ii iu	HQ:

a. Was magst du besonders gerne an deiner neuen Wohnung? (Bilder Zimmer. Küche, Garten, Balkon...)

lächelnd, fröhlich	
ausdruckslos, neutral	
aggressiv, wütend	
unsicher	
traurig	
interessiert, neugierig	
abweisend	
skeptisch	
Aufmerksam	

Zu 2.

Zu 2a.

3. Was ist jetzt besser, was war früher besser?

lächelnd, fröhlich	
ausdruckslos, neutral	
aggressiv, wütend	
unsicher	
traurig	
interessiert, neugierig	
abweisend	
skeptisch	

Zu 3.

4. Hast du noch viel mit den anderen BewohnerInnen zu tun?

lächelnd, fröhlich	
ausdruckslos, neutral	
aggressiv, wütend	
unsicher	
traurig	
interessiert, neugierig	
abweisend	

skeptisch		
Zu 4.		
5. Kennst du deine Nachbarn?		
a. Hast du viel mit ihnen zu tun?		
b. Was wünschst du dir von den Nachbarn?		
lächelnd, fröhlich		
ausdruckslos, neutral		
aggressiv, wütend		
unsicher		
traurig		
interessiert, neugierig		
abweisend		
skeptisch		
Zu 5.	,	
Zu 5a.		
Zu 5b.		
6. Was wünscht du dir von deinen Assistentli	nnen?	
lächelnd, fröhlich		
ausdruckslos, neutral		
aggressiv, wütend		
unsicher		
traurig		
interessiert, neugierig		
abweisend		
skeptisch		

Zu 6.

9.1.2 Leitfäden Team MitarbeiterInnen

9.1.2.1 Interviewleitfaden für das Forschungsprojekt "Community Care für Menschen mit Unterstützungsbedarf" – Eva Wopfner

Leitfrage	Check – Wurde das er-	Konkrete Fragen
(Erzählaufforderung)	wähnt?	an passender Stelle in dieser
	Memo für mögliche Nachfra-	Formulierung stellen (auch am
	gen – nur stellen, wenn nicht	Ende möglich)
	von allein angesprochen	
Einstiegsfrage:		
Zur Person:		
Welche Ausbildung hast du absolviert?		
Wie lange bist du bei der Le- benshilfe Tirol?		
Teil I: Allgemein		
Erzähle mir von einer Episode, die für dich maßgeblich das Wohnkonzept beschreibt?		
Wie würdest du deine Arbeit im Vergleich zu früher beschreiben?	Administrative Tätigkeiten Dienstpläne/-zeiten Rolle als Entscheidungsträ- gerin Finanzierung Elternarbeit Verhältnis zur Gesamtorga- nisation, zur Regionallei- tung	Welche Management Prozesse haben sich in deiner Tätigkeit durch das neue Wohnkonzept verändert?
Teil II: MitarbeiterInnen		
Wie würdest du das Verhalten der MitarbeiterInnen im neuen Wohnkonzept beschreiben?	Zusammenarbeit Kommunikation Verhältnis MitarbeiterInnen zu den KlientInnen Verhältnis MitarbeiterInnen zur Leitung	Inwieweit haben sich MitarbeiterInnen verändert? Welche Umgangsweisen mit der neuen Situation konntest du bei den MitarbeiterInnen feststellen? Wie wurde mit kritischen Situationen umgegangen?
Teil III: KlientInnen		
Wie würdest du das Verhalten der KlientInnen im neuen Wohnkonzept beschreiben?	Kommunikation Bewältigung des Alltages Selbstbestimmung Interessen/Hobbys	Inwieweit haben sich Kli- enInnen verändert?

	Kontakt zu Freundlnnen, Familie, Nachbarschaft Persönliche Veränderungen Selbstbestimmung Fremdbestimmung Machtverhältnis Verhältnien zu den MitarbeiterInnen	Wie würdest du die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung bei den KlientInnen im Vergleich zur vorigen Wohnform beschreiben?
Teil IV: Nachbarschaft Von welchen Erfahrungen mit NachbarInnen kannst du berichten?	Beschwerden Positives/ Akzeptanz Kontakt Unterstützung	Welche Kontakte gibt es in der Nachbarschaft – was nehmt ihr wahr? Wie gestalten sich diese Kontakte? Welche Kontakte gibt es in der Nachbarschaft? Bei welchen Anlässen kommt es zu Kontakten? Wo siehst du Möglichkeiten, Nachbarlnnen miteinzubeziehen?
Teil V: Ausblick Wunderfrage: Wenn du dir vorstellst du wachst eines Tages auf, und du weißt, du hast den Idealzustand im Wohnverbund erreicht – woran würdest du das festmachen?	Finanzierung Arbeitszeiten Arbeitsinhalt Zusammenarbeit Organisation Sozialraum Angehörige	Wo siehst du Chancen? Wo siehst du Grenzen? Welche Verbesserungs- vorschläge würdest du nennen?
Abschluss: Gibt es noch etwas, was dir noch wichtig ist? Was möchtest du noch erwähnen?		

9.1.2.2 Gruppendiskussionsleitfaden: Langjährige MitarbeiterInnen – Projekt Wohnverbund

Leitfrage (Erzählauf-	Check – Wurde das er-	Konkrete Fragen
forderung)	wähnt?	
	Memo für mögliche Nachfragen	an passender Stelle in dieser
	- nur stellen, wenn nicht von al-	Formulierung stellen (auch am
	lein angesprochen	Ende möglich)
Einstiegsfrage: Namen, wie lange seit ihr schon bei der Lebenshilfe und wie lange im Wohnkonzept? Welche Ausbildung habt ihr gemacht?		
Teil I: MitarbeiterInnen:		
Wie hat sich eure Arbeit in der neuen Wohnform ver- ändert?	Elternarbeit Pflege Freizeitgestaltung Administrative Tätigkeiten	Welchen Herausforderungen seht ihr in eurer beruflichen Rolle?
Wie würdet ihr eure Zu- sammenarbeit im Team beschreiben?	Dienstzeiten Arbeit mit den BewohnerInnen Dienstpläne Organisatorisches Arbeitsinhalte Kommunikation Hierarchien Konflikte Leitung Teamorientierung	Wie würdet ihr euren Arbeitsalltag hinsichtlich der Selbstbestimmung beschreiben? Wie würdet ihr eure Kommunikation im Team beschreiben? Wie werden kritische Situationen im Team gelöst?
Teil II: BewohnerInnen	Kommunikation Bewältigung des Alltages Selbstbestimmung	Welche Hobbies üben die BewohnerInnen aus?

Wie würdet ihr das Verhalten der KlientInnen im Vergleich zu früher beschreiben?	Interessen/Hobbys Kontakt zu Freundlnnen, Familie, Nachbarschaft Persönliche Veränderungen Selbstbestimmung Fremdbestimmung Machtverhältnis	Wie gestalten sich die Kontakte der BewohnerInnen? Wie würdet ihr euer Verhältnis zu den KlientInnen beschreiben?
Teil III: Angehörige		
Wie würdet ihr euer Verhältnis zu den Angehörigen im Vergleich zu früher beschreiben?	Akzeptanz des neuen Wohn- konzeptes Fremdbestimmung durch Angehörige über KlientInnen Fremdbestimmung durch An- gehörige in Arbeit der MAs	Würdet ihr sagen, hier hat sich etwas verändert?
Teil IV: Nachbarschaft		
Von welchen konkreten Erfahrungen mit Nachba- rInnen könnt ihr berichten?	Beschwerden Positives/ Akzeptanz Kontakt Unterstützung	Welche Kontakte gibt es in der Nachbarschaft – was nehmt ihr wahr? Wie gestalten sich diese Kontakte? Welche Kontakte gibt es in der Nachbarschaft? Bei welchen Anlässen kommt es zu Kontakten? Wo seht ihr Möglichkeiten, die NachbarInnen miteinzubeziehen?
Teil V: Allgemein		
Wunderfrage: Wenn ihr euch vorstellt, ihr wacht eines Tages auf, und ihr wisst, ihr habt den Idealzustand im Wohnverbund erreicht – woran würdet ihr das festmachen?	Finanzierung Arbeitszeiten Arbeitsinhalt Zusammenarbeit Organisation Sozialraum Angehörige	Wo seht ihr Chancen? Wo seht ihr Grenzen? Welche Verbesserungsvorschläge würdet ihr nennen?
Teil VI: Abschluss Gibt es noch etwas, was euch wichtig ist? Was ihr noch erwähnen möchtet?		

9.1.2.3 Gruppendiskussionsleitfaden: Neue MitarbeiterInnen – Projekt Wohnverbund

Leitfrage (Erzählauf-	Check – Wurde das er-	Konkrete Fragen
forderung)	wähnt?	
	Memo für mögliche Nachfragen	an passender Stelle in dieser
	- nur stellen, wenn nicht von al-	Formulierung stellen (auch am
	lein angesprochen	Ende möglich)
Einstiegsfrage: Namen, wie lange seid ihr schon bei der Lebenshilfe und wie lange im Wohnkonzept? Welche Ausbildung habt ihr gemacht?		
Teil I: MitarbeiterInnen:		
Wie würdet ihre eure Arbeit in der neuen Wohnform beschreiben?	Elternarbeit Pflege Freizeitgestaltung Administrative Tätigkeiten	
Wie würdet ihr eure Zu- sammenarbeit im Team beschreiben?	Dienstzeiten Arbeit mit den BewohnerInnen Dienstpläne Organisatorisches Arbeitsinhalte	Welchen Herausforderungen seht ihr in eurer beruflichen Rolle? In wie weit könnt ihr euren Arbeitsalltag selbst gestalten? Wie werden Entscheidungen, die euch betreffen, getroffen? Wie würdet ihr eure Kommunikation im Team beschreiben?
	Kommunikation Hierarchien Konflikte Leitung Teamorientierung	Wie werden kritische Situationen im Team gelöst? Wie könnt ihre eure Kompetenzen einsetzen? Welchen Herausforderungen seht ihr euch gegenüber?
Teil II: BewohnerInnen Wie würdet ihr das Verhal- ten der KlientInnen in die- ser Art von Wohnform be- schreiben?	Kommunikation Bewältigung des Alltages Selbstbestimmung Interessen/Hobbys Kontakt zu Freundlnnen, Familie, Nachbarschaft Persönliche Veränderungen	Welche Hobbies üben die BewohnerInnen aus? Wie gestalten sich die Kontakte der BewohnerInnen?

	Selbstbestimmung Fremdbestimmung Machtverhältnis	Wie würdet ihr euer Verhältnis zu den KlientInnen beschreiben? Wie sehr können – aus eurer Sicht – die BewohnerInnen selbstbestimmt leben? Wie werden Entscheidungen, die die BewohnerInnen betreffen, getroffen? Wie werden Entscheidungssituationen zwischen euch und den Reusehnerlagen gelägt?
		den BewohnerInnen gelöst?
Teil III: Angehörige Wie würdet ihr euer Verhältnis zu den Angehöri-	Akzeptanz des neuen Wohn- konzeptes	
gen beschreiben?	Fremdbestimmung durch Angehörige in Arbeit der MAs	Wie würdet ihr das Verhältnis zwischen euch und den Angehörigen beschreiben?
	Fremdbestimmung durch Angehörige über KlientInnen	Wie würdet ihr das Verhältnis zwischen KlientInnen und Angehörige beschreiben?
Teil IV: Nachbarschaft		<u> </u>
Von welchen konkreten Erfahrungen mit Nachba- rInnen könnt ihr berichten?	Beschwerden Positives/ Akzeptanz Kontakt Unterstützung	Welche Kontakte gibt es in der Nachbarschaft – was nehmt ihr wahr? Wie gestalten sich diese Kontakte? Welche Kontakte gibt es in der Nachbarschaft? Bei welchen Anlässen kommt es zu Kontakten? Wo seht ihr Möglichkeiten,
		die NachbarInnen miteinzubeziehen?
Teil V: Allgemein Wunderfrage: Wenn ihr euch vorstellt, ihr wacht ei- nes Tages auf, und ihr wisst, ihr habt den Idealzu- stand im Wohnverbund er- reicht – woran würdet ihr das festmachen?	Finanzierung Arbeitszeiten Arbeitsinhalt Zusammenarbeit Organisation Sozialraum Angehörige	Wo seht ihr Chancen? Wo seht ihr Grenzen?

	Welche Verbesserungsvorschläge würdet ihr nennen?
Teil VI: Abschluss	
Gibt es noch etwas, was	
euch wichtig ist? Was ihr	
noch erwähnen möchtet?	

9.1.3 Fragebogen Team Sozialraum

Umfrage zur Nachbarschaft

Für eventuelle Fragen wenden Sie sich bitte an ____

Wir sind eine Gruppe von Studierenden des Management Center Innsbruck (MCI) und führen im Rahmen unseres Masterstudiums "Soziale Arbeit, Sozialpolitik & -management" eine sozialwissenschaftliche Studie durch. Durch unsere Forschung möchten wir mehr über das Zusammenleben in der Anna-Dengel-Straße herauszufinden. Mit diesem Fragebogen verfolgen wir das Ziel, die Bewohner*innen zu nachbarschaftlichen Angelegenheiten zu befragen.

Ihre Meinung ist uns wichtig! Wir freuen uns, wenn Sie sich ca. 3 – 5 Minuten für diese Befragung Zeit nehmen würden. Diese Befragung ist anonym und alle erhaltenen Informationen werden strengst vertraut behandelt, sodass keine Rückverfolgung der Aussagen möglich ist.

1. W	ie alt sind Sie? Markieren
	unter 18 Jahren
	18 bis 30 Jahre
	31 bis 45 Jahre
	46 bis 59 Jahre
	60 und älter
2. G	eschlecht
	weiblich
	männlich
	anderes
3. W	ie lange wohnen Sie bereits in der Anna-Dengel-Straße (Jahreszahl)?
4. W	ie häufig haben Sie Kontakt zu Ihren Nachbar*innen?
	1 mal im Monat oder weniger
	1 - 2 mal im Monat
	wöchentlich
	3 oder mehrmals pro Woche

5. Wie würd	den Sie Ihre nachbarschaftlichen Kontakte beschreiben?
ke	einen Kontakt
G	rüßen
Sı	malitalk (Geplauder)
Fr	eundschaftliche Gespräche
Hi	ilfstätigkeiten
O Sc	onstiges:
6. Haben Si	ie einen Bedarf an Unterstützung?
O Ja	1
O No	ein
O Sc	onstiges:
7. Wenn ja,	welchen?
	der genannten Gruppen nehmen Sie besonders wahr?
Ju	ugendliche
Ju Ro	ugendliche ollstuhlfahrer*innen
Ju Ro	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende
Ju Ro	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen
Ju Ro	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen enschen mit Behinderung
July Roman State Market	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen enschen mit Behinderung
July Roman R	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen enschen mit Behinderung lleinstehende
Julian Roman	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen enschen mit Behinderung lleinstehende amilien
July Reference of the second o	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen enschen mit Behinderung lleinstehende amilien lleinerziehende ensionist*innen
July Reference of the second o	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen enschen mit Behinderung lleinstehende amilien
July Reference of the second o	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen enschen mit Behinderung lleinstehende amilien lleinerziehende ensionist*innen
July Reference of the second o	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen enschen mit Behinderung lleinstehende amilien lleinerziehende ensionist*innen onstiges:
Jules Records	ugendliche ollstuhlfahrer*innen tudierende igrant*innen enschen mit Behinderung lleinstehende amilien lleinerziehende ensionist*innen onstiges:

10. F	ur weiche dieser Gruppen finden Sie die Wonnanlage zum Wonnen geeignet?
(Jugendliche
(Rollstuhlfahrer*innen
(Studierende
(Migrant*innen
(Menschen mit Behinderung
(Alleinstehende
(Familien
(Alleinerziehende
(Pensionist*innen
(Sonstiges:
11. 0	ibt es gegenseitige nachbarschaftliche Unterstützung hier im Haus?
(Ja
(Nein
(Ich weiss es nicht
(Sonstiges:
12. V	/enn ja welcher Art?
13. V	/elche Sozialen Dienstleister nehmen Sie in der Unteren Lend wahr? Hauskrankenpflege Essen auf Rädern Kindergarten Lebenshilfe
(Gemeinweseneinrichtung - Komm Ent Hausarzt/Hausärztin
(
(Sonstiges:

Vielen Dank für ihre Teilnahme!

Bitte werfen Sie den ausgefüllten Bogen bis zum xx ein. Die Boxen befinden sich dafür in Ihrem Wohnhaus im Eingangsbereich.

9.2 Qualitätskriterien für Partizipative Forschung

Qualitätskriterium	Beschreibung
Respekt und Wertschätzung	 Respekt vor der Würde und Autonomie sowie Gleichheit und Unterschiedlichkeit der ForschungsteilnehmerInnen Achtung der Privatsphäre Recht zur freien Entscheidung zur Teilnahme oder Nicht-Teilnahme Achtung der Persönlichkeitsrechte Recht auf informationelle Selbstbestimmung Schutz der Integrität Anerkennung der sozialen, kulturellen und historischen Erfahrungen Perspektiven und Sichtweisen jederzeit respektieren und wertschätzen
Kompetenzorientierung	 Aufgeschlossenheit gegenüber allen ForschungsteilnehmerInnen Vermittlung von forschungsrelevanten Kompetenzen
Autonomie und Selbstbestimmung	 Autonome Entscheidungen zulassen Den ForschungsteilnehmerInnen das Recht auf Risiko zugestehen Rolle des Change Agent – eigenaktive, direkte Veränderungen
Barrierefreiheit	 Barrierefreier Zugang auf allen Ebenen und in allen Bereichen (psychisch, physisch und kognitiv) Zugänglichkeit von Information garantieren Hilfestellung kann die Arbeit mit Bildern, Piktogrammen, der Gebrauch von leichter Sprache, die Verwendung von Großdrucken oder Audiomaterial bieten Externe Vertrauenspersonen miteinbeziehen
Angemessenheit	 Alle Forschungsschritte müssen auf die Voraussetzungen und Bedürfnisse der Ko-ForscherInnen angepasst werden Aufbau eines Forschungsverständnisses
Transparenz und Offenheit	 Maxime eines ethisch verantwortungsvollen Forschens Informieren über alle Aspekte der Forschung Transparenter und sensibler Umgang mit Emotionen, Erfahrungen und Sichtweisen
Flexibilität	 Mit unvorhersehbaren Entwicklungen rechnen Zeitliche und materielle Planung großzügig gestalten

Partizipation und Inklusion	 Mitbestimmung und Übernahme von Entscheidungskompetenzen Ko-ForscherInnen bekommen Kontrolle über den Forschungsprozess und die Ergebnisse Orientierung an den Bedürfnissen und autonome Entscheidungen zulassen
Kompetenzentwicklung	 Wechselseitiger Prozess zwischen Ko-ForscherInnen und Studierenden Kompetenzen wie: Geduld, Ausdauer, Flexibilität, die Fähigkeit zur Selbstreflexion und soziale Fähigkeiten
Informierte Einwilligung	 Zentrales ethisches Prinzip Ko-ForscherInnen über absolute Freiwilligkeit informieren Teilnahme kann jederzeit ohne Konsequenzen verweigert oder abgebrochen werden Informierung kann auch über vertraute Person stattfinden
Schadensfreiheit	 Einhaltung von rechtlichen Rahmenbedingungen und Gesetzen zum Schutz von Personen Angstfreie Bedingungen schaffen Hohes Maß an Sensibilität erforderlich
Nützlichkeit	 Fremdnützige Forschung ethisch nicht vertretbar Forschung soll immer zum Nutzen der Ko-ForscherInnen sein
Veränderung	 Ziel und Qualitätsmerkmal partizipativer Forschung Mikroebene: Stärkung des Selbstbewusstseins Mesoebene: Verbesserung von Dienstleistungen oder organisatorischen Prozessen Makroebene: gesamtgesellschaftliche und gesellschaftspolitische Veränderungen im Sinne von Demokratisierungsprozessen
Intersubjektive Nachvollziehbarkeit	Ausführliche Dokumentation aller entscheidenden Details um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten
Reflektierte Subjektivität	 Subjektivität der Studierenden für die Theoriebildung reflektieren Es empfiehlt sich ein Forschungstagebuch, um alle wichtigen Situationen festhalten zu können
Validität	 Interne Validität: Einflussfaktoren der gewonnenen Er- kenntnisse Externe Validität: Frage der Generalisierbarkeit und Reprä- sentativität

Tab. 2: Qualitätskriterien nach Hauser (vgl. Hauser 2016, S. 80 - 96)